# Klassenkampf

**Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg**

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 26471 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Montag, 8. Dezember 1930 | 10. Jahrgang • Nr. 287


**Der Reichstag hat beschlossen:**

# Deutschland ist eine faschistische Republik

## Die rechten und „linken" Sozialfaschisten haben für die faschistische Brüning-Diktatur gestimmt — Die Deutsche Volkspartei fordert weiteren Ausbau des Diktaturapparates unter Einbeziehung Hitlers

## Allein die KPD. ruft das werktätige Volk zum revolutionären Befreiungskampf!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 7. Dezember.

**In der gestrigen Reichstagssitzung sprachen für die kommunistische Fraktion die Genossen Schumann, Putz und Torgler.**

**Nach längeren Debatten kam man in den Abendstunden endlich zu den Abstimmungen. Zuerst wurde über den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung abgestimmt, wobei der kommunistische Antrag mit anderen Anträgen gleicher Art verbunden wurde. Die Abstimmung war namentlich. 253 Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen, der Nazis, der Wirtschaftspartei und der Landvolkpartei stimmten für Aufhebung der Notverordnung, während die SPD. und die übrigen Parteien sich mit 293 Stimmen für die Beibehaltung der Diktaturverordnung entschieden.**

**Vor der Abstimmung der Mißtrauensanträge gab es eine kleine Kabbalgerei über den „Vertrauensantrag" der Nazis, der schließlich mit 298 gegen 233 Stimmen bei 22 Enthaltungen als unzulässig erklärt wurde.**

**Die Mißtrauensanträge wurden gemeinsam gegen 256 Stimmen und einer Enthaltung mit 291 Stimmen abgelehnt, wobei wieder die SPD. der faschistischen Diktatur ihr Vertrauensvotum ausstellte.**

**Auch der kommunistische Antrag zur Aufhebung der Juli-Notverordnung wurde mit 235 gegen 307 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.**

*

(Eig. Drahtmeldg.) Magdeburg, 8. Dezember.

Der kürzlich gewählte Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, hielt auf einem außerordentlichen Parteitag des Wahlkreises Magdeburg-Anhalt eine Aufsehen erregende Rede, in der er ankündigte, daß die Volkspartei der Brüning-Regierung ihre Gefolgschaft verweigere, wenn sie es versäume, „die wertvollen Kräfte in der nationalsozialistischen Bewegung", gegen die man sich zwar wegen ihres unklaren Programms wehren müssen, in den Aufbau des Staates mit einzuspannen. Dingeldey wandte sich gegen das Verhalten der preußischen Polizei gegenüber den Nationalsozialisten und gegen die Politik des Reichsinnenministers Wirth gegenüber Thüringen. Zum Schluß forderte Dingeldey die Beseitigung der parlamentarischen Regierungsform unter weiterer Stärkung der Macht des Reichspräsidenten, die Beseitigung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und schließlich die Schaffung einer ersten Kammer.

*

Was sich im Laufe dieser Woche vollzogen und in den Abstimmungen des Sonnabend bekundet hat, ist nicht mehr und nicht weniger als die

**Sanktionierung der errichteten faschistischen Diktatur durch den Reichstag, der politische Selbstmord der Weimarer „Demokratie".**

Das „Berliner Tageblatt" vom Sonnabend charakterisiert die gegenwärtige Verfassung Deutschlands folgendermaßen:

**„Dem Reichstag fiel in diesen Tagen keine imponierende Rolle zu. Als der überragende Faktor, der von den Gegnern der Verfassung oft als schrankenloser Parlamentarismus angegriffen worden ist, hat er vorläufig ausgespielt. Er ist zur Funktion eines Kontrollorgans herabgedrückt, zu einer Art zweiten Kammer, in deren Händen nicht mehr die Gestaltung der Reichsgesetze und Reichspolitik liegt, sondern nur die Befugnis, ja oder nein zu sagen, ein Vetorecht, dessen Ausübung noch weiter dadurch eingeschränkt ist, daß das Parlament in seiner heutigen Zusammensetzung zur Bildung einer andern Mehrheit gar nicht in der Lage ist."**

Die Funktion eines „Kontrollorganes" hat das Parlament auch — im Italien Mussolinis — es hat noch selten eine Diktatur gegeben, die es nicht zweckmäßig fand, sich der „Bestätigung" durch irgendeine Art von „Kundgebung des Volkswillens" zu unterwerfen. Darum bleibt Diktatur doch Diktatur. Dem „Vorwärts" von gestern blieb es vorbehalten, diesen nackten Tatbestand zu beschönigen durch die Erklärung, daß sich

**„die Staatsmacht von dem durch das Volk gewählten Reichstag dem ebenfalls vom Volke gewählten Reichspräsidenten verschoben hat."**

Das sind so ziemlich wörtlich die Formulierungen Luis Napoleons des „Dritten" für seinen Staatsstreich, den Marx „18. Brumaire" genügend gekennzeichnet hat. Der SPD. blieb es vorbehalten, den Satz „Mehr Macht dem Reichspräsidenten", die alte Parole der Reaktion, als „demokratisches" Prinzip darzustellen.

**Wenn die SPD. behauptet, durch ihre Sonnabend-Abstimmung die Demokratie gerettet zu haben, so stehen die Dinge vielmehr umgekehrt so, daß sie, um einen Anteil an der Ausübung der faschistischen Diktaturgewalt zu erhalten, die Verwandlung der bürgerlichen „Demokratie" in die offene faschistische Diktatur sanktionierte.**

Wenn „Vorwärts" und „Volksblatt" in ihrer letzten Nummer behaupten, daß durch die „Duldung" des „minderdemokratischen" Brüning die „völlige Beseitigung der Demokratie" verhindert worden sei, wenn sie darauf hinweisen, daß es in Deutschland ja noch Vereins- und Versammlungsfreiheit, öffentliche parlamentarische Diskussionen und dergleichen gäbe — (wobei der „Vorwärts" noch die Unverschämtheit hat, die systematische Niederknüppelung kommunistischer Demonstrationen durch sozialdemokratische Polizeipräsidenten als „Schutz der kommunistischen Demonstrationen" darzustellen!), so ist demgegenüber darauf zu verweisen, daß **auch in Mussolinis Italien der Faschismus zuerst nicht so ausgesehen hat, wie heute,** daß es in den ersten Stadien der Mussolini-Regierung — die auch vom Parlament Vertrauensvoten bekam —, eine legale Opposition kommunistischer Abgeordneten und sogar ein gewisses Versammlungsrecht gab.

**Jede faschistische Diktatur wird im Verlaufe der Entwicklung in dem Maße, wie ihre demagogischen Phrasen an den Tatsachen Schiffbruch erleiden, gezwungen, immer offener und brutaler die terroristische Seite des Faschismus hervorzukehren. Wer eine faschistische Diktatur in den Sattel setzt, übernimmt damit selbstverständlich die politische Verantwortung für ihre gesamte weitere Entwicklung.**

Dingeldey hat deutlich genug in seiner Rede die nächsten Schritte dieser Entwicklung angekündigt: Die offene Einbeziehung der Nazis in die Regierung (an der sie sich heute ebenso wie die SPD. nur indirekt auf dem Umwege über ihre Landesregierungen und den Reichsrat beteiligen können), und die offene Proklamierung jenes Zustandes der Diktatur, der sich in der Praxis bereits herausgebildet hat und — wie das oben angeführte Zitat aus dem „Berliner Tageblatt" zeigt, von der ganzen bürgerlichen Oeffentlichkeit als selbstverständlich betrachtet wird.

Die SPD. wird mit ihrer Argumentation vom „geringeren Uebel" auch die weitere Entwicklung der faschistischen Diktatur unterstützen, um mit dabei sein zu können.

**Sie wird tun, was jede bürgerliche Partei tun muß, weil der Faschismus heute die letzte Lebensmöglichkeit — und zwar eine sehr kurz beschränkte Lebensmöglichkeit — für die Ausbeuterklasse geworden ist.**

Wir wenden uns an alle denkenden Arbeiter, wir wenden uns an jene Proleten, die von der SPD. bisher irregeführt wurden, und die nun den Betrug erkennen müssen, dem sie zum Opfer gefallen sind:

**Der Faschismus ist da! Wer auf der Seite der SPD. steht, steht auf Seiten des Faschismus. Der Faschismus ist die Ausbeuterherrschaft. Wer den Faschismus stürzen will, muß unter Führung der Kommunistischen Partei, um den Sturz der Ausbeuterherrschaft kämpfen!**

## Nur die KPD. kämpft gegen die Hunger-Diktatur!

**Entschließung:**

**Die Belegschaft der Engelhardt-Brauerei nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Terror-Urteilen gegen die kommunistischen Kommunalfunktionäre. Insbesondere solidarisiert sie sich mit ihrem gemaßregelten Arbeiterratsmitglied und Stadtrat Otto Stauch.**

**Die Belegschaft erkennt, daß einzig und allein die kommunistischen Kommunalfunktionäre trotz Terrorurteile die Interessen der Werktätigen vertreten und wird ihren Teil dazu beitragen, daß die Aufforderung der Kommunalfunktionäre zum Steuerstreik in die Tat umgesetzt wird.**

## Volksrevolution gegen faschistische Diktatur!

Halle, 8. Dezember.

Mit dem Dienstag der vorigen Woche, an dem die neuen Diktaturverordnungen der Hindenburg-Brüning erlassen wurden, und mit dem Sonnabend, an dem der Reichstag unter Führung der Sozialfaschisten sie sanktionierte, ist die politische Entwicklung Deutschlands an einem Wendepunkt angelangt.

**Die Weimarer Demokratie ist tot, die faschistische Diktatur ist Wirklichkeit geworden.**

Die faschistische Diktatur ist mit dem vorgestrigen Tage noch nicht vollendet — aber das war sie auch in Italien nicht an dem Tage, wo Mussolini in den Formen der hergebrachten Verfassung vom König zum Ministerpräsidenten ernannt wurde. Und auch Hitler wollte ja in den Formen der Weimarer Verfassung die Macht übernehmen. Die faschistische Diktatur entwickelt sich durch die eiserne Logik der Tatsachen, durch die Tatsache, daß sie dem arbeitenden Volk kein Brot geben kann, daß ihr demagogischer

## Erklärung der KPD.-Fraktion

**zur Abstimmung über die Diktatur**

**Die Abstimmung über die Artikel-48-Gesetze der Volksausplünderung dient lediglich der Verschleierung der faschistischen Diktatur. Im Programm der Brüning-Regierung sind alle wesentlichen Forderungen des Finanzkapitals zur Ausplünderung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes enthalten. Durch diese faschistische Diktatur will das Finanzkapital seine Herrschaft retten, den Verfaulungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft aufhalten. Die Zustimmung der großen Koalition von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten im Reichsrat zeigt die Rolle dieser Parteien als Stützen des Finanzkapitals. Wenn die Vertreter der Nazis die Aufhebung der Notverordnung verlangen, so bedeutet das angesichts der Zustimmung ihrer Vertreter im Reichsrat nur ein demagogisches Manöver. Die Erklärung der Sozialdemokratie zeigt dem gesamten arbeitenden Volke, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu einem Instrument der faschistischen Diktatur geworden ist.**

**Für das arbeitende Volk, für die Millionen Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, Angestellte, Kleingewerbetreibende und schaffenden Bauern, bedeutet die faschistische Diktatur den Weg zur Hungerkatastrophe. Für das arbeitende Volk gibt es nur einen Ausweg:**

**Das ist der Sturz der faschistischen Diktatur, das ist die Organisierung der Volksrevolution gegen die drohende Hungerkatastrophe, das ist der siegreiche Kampf um ein Sowjet-Deutschland.**

**Die Kommunistische Partei ruft die werktätigen Massen auf, die Einheitsfront zum Kampf gegen die faschistische Diktatur zu bilden, überall**

**Aktionsausschüsse zum Kampf gegen die faschistische Diktatur zu wählen und zum politischen Massenstreik im Kampfe gegen den Faschismus zu rüsten.**

## Das Urteil im Moskauer Sabotage-Prozeß

(Eig. Drahtmeldg.) Moskau, 8. Dezember.

**Der Oberste Gerichtshof der Sowjetunion hat nach 38stündiger Beratung am Sonntagabend das Urteil gegen die weißgardistischen Verschwörer und Saboteure gefällt. Die Angeklagten Ramsin, Laritschew, Kallinikow, Tscharnowski, Fjedotow wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig.**


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301208-14/fragment/page=0001

Schwindel — wie es in der Preisabbaufrage schon offenkundig geworden ist — an den Tatsachen zerplatzt.

**Sie entwickelt sich zwangsläufig zu immer schärferen, zu immer offeneren, zu immer brutaleren Formen der Unterdrückung des Proletariats im Interesse der Ausbeuterklasse.**

Schon fordert Dingeldey die feierliche Proklamierung der Diktatur und die Einbeziehung der Nazis in die Regierung, schon fordert die „Saalezeitung" die „Ausrottung des Kommunismus" (wobei es eine andere Frage ist, wer in Wirklichkeit wen ausrotten wird). Die SPD. wird jeden weiteren Schritt in der Ausbildung der faschistischen Diktatur unterstützen, wie sie den entscheidenden gestützt hat.

Die faschistische Diktatur ist entstanden auf Grund der ungeheuren Krise der kapitalistischen Wirtschaft, die ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht hat. Sie stellt den verzweifelten Versuch der Ausbeuter dar, einen Ausweg aus ihren Schwierigkeiten zu finden. Da die faschistische Diktatur der letzte Rettungsversuch der zusammenbrechenden Ausbeuterherrschaft ist,

**kann sie auch nicht anders als durch den Sturz der Ausbeuterherrschaft überhaupt beseitigt werden.**

Die faschistische Diktatur stellt den werktätigen Massen Deutschlands die Aufgabe der sozialistischen Revolution, — aber sie entsteht auch unter Bedingungen, wo diese Aufgabe gelöst werden kann. Zum Unterschied von der Seeckt-Diktatur im Jahre 1923 steht an der Wiege der Brüning-Diktatur nicht die Niederlage des Proletariats, sondern im Gegenteil **der gewaltigste revolutionäre Aufschwung seit vielen Jahren**, den niederzuwerfen eben die Aufgabe der Diktatur ist. Die Brüning-Diktatur ist nicht entstanden nach dem Höhepunkt einer wirtschaftlichen Krise, wie die Seeckt'sche nach der Marksstabilisierung, sondern in einer Situation, wo die Krise im Weltmaßstabe **sich ungeheuer verschärft und weiter verschärfen wird.** Sie ist entstanden in einer Situation, wo die Krise und revolutionäre Gärung nicht ein Land, sondern die ganze kapitalistische Welt umfaßt, wo keine zeitweilige Ueberbrückung der Gegensätze der Imperialisten möglich ist, sondern wo sie sich im Gegenteil auf Grund der Krise andauernd verschärfen, wo — zum Unterschiede von 1923 — eine feste, geschlossene, von dem Vertrauen der Millionen getragene bolschewistische Vorhut des deutschen Proletariats dem herrschenden Faschismus gegenüber steht.

**Sowjet-Deutschland als der Erbe der faschistischen Diktatur, Sowjet-Deutschland als das Ziel, um das es nun zu kämpfen gilt, — es ist kein Traum einer fernen Zukunft, es ist reale politische Möglichkeit, die durch den Kampf der werktätigen Massen unter Führung der Kommunistischen Partei verwirklicht werden kann.**

Die Brüning-Diktatur plündert die Arbeiter bis aufs Hemd aus, sie nimmt den Erwerbslosen das Brot, sie nimmt den Betriebsarbeitern ihren kümmerlichen Lohn, sie läßt die Kranken auf der Straße sterben. Sie gibt blaue Bohnen dem Arbeiter, der gegen ihre Raubzüge rebelliert, — aber sie nimmt auch dem Beamten, der auf die Arbeiter schießen, der ihnen die Kopfsteuer abnehmen soll, sechs Prozent vom Lohne. Sie schafft die Voraussetzungen für die Eingliederung des Beamten in die Front des werktätigen Volkes.

Die Brüning-Diktatur nimmt jedem Arbeiter die Kopfsteuer. Aber sie pfändet auch die kleinen Bauern und Kleingewerbetreibenden, während sie den Besitzenden Steueramnestie gewährt. Sie stellt den gemeinsamen Kampf der Kleinbauern und Arbeiter gegen die Steuerzwingreiter und Pfänder auf die Tagesordnung.

Die Brüning-Regierung behauptet, „der Landwirtschaft" und „dem Mittelstand" zu helfen. Dabei aber verteuert sie durch Wucherzölle zugunsten der Junker dem Kleinbauer die Futtermittel, dabei macht sie durch ihre Politik des Lohnabbaues den Arbeiter unfähig, irgend etwas zu kaufen und **stößt so die breiten Massen der Kleingewerbetreibenden und Kleinbauern ins Elend.** Die Massen des werktätigen Volkes verstehen, daß der Arbeiter, der um höheren Lohn streikt, auch im Interesse des Kleingewerbetreibenden kämpft, und darum unterstützen sie den Streik der Arbeiter mit allen Mitteln.

**Der Faschismus plündert das ganze werktätige Volk aus, — das ganze werktätige Volk muß gegen den Faschismus kämpfen.**

Die Führung in den kommenden Kämpfen der werktätigen Massen wird mit eiserner Notwendigkeit der Arbeiterklasse zufallen, deren Aufgabe es ist, die Volksrevolution zu leiten und nach ihrem Siege Sowjet-Deutschland aufzubauen. Indem die Arbeiterklasse kämpft, führt sie die übrigen breiten Massen des werktätigen Volkes mit sich in den Kampf. Der Streik der Mansfeld-Kumpels und der Braunkohlenarbeiter, der Streik der Leuna-Proleten, der schon in seinem Vorbereitungsstadium den Charakter des politischen Machtkampfes angenommen hat, der Streik der Metallarbeiter, der politische Massenstreik der gesamten Arbeiterschaft gegen den Negersteuerraub am 10. Januar, der Kampf der Beamten gegen den Gehaltsraub am 1. Februar, der Kampf der Erwerbslosen um Winterbeihilfe — das sind die nächsten entscheidenden Schritte auf dem Wege der Organisierung der Volksrevolution.

Indem die arbeitenden Massen gegen Faschismus und Hunger kämpfen, schaffen sie sich in ihren Delegiertenkonferenzen und Aktionsausschüssen die Organe, die ihre Kämpfe in immer höheren Formen auf immer breiterer Grundlage führen werden.

**Der politische Massenstreik ist der nächste entscheidende Schritt der Volksrevolution gegen Faschismus — Sowjet-Deutschland wird, wenn wir unsere revolutionäre Pflicht erfüllen, an ihrem Ende stehen.**

## 70 Belgier durch Giftgase gemordet!

### Ueberall wird der imperialistische Krieg vorbereitet!

(Eig. Drahtmeldg.) **Berlin, 8. Dezember.**

Die Vermutungen, daß die Todesfälle im belgischen Maastal auf geheime Giftgasfabriken zurückzuführen sind, verdichten sich immer mehr. So gibt die Berliner Montagspresse die Meldung aus Brüssel wieder, daß Anzeigen bei der Brüsseler Polizei das Vorhandensein von geheimen Giftgasfabriken behaupten. Wegen der Dringlichkeit dieses Verdachts hat auch die Universität Löwen eine Studienkommission in das Maastal entsandt. Die Zahl der Todesfälle ist am Sonnabend bis auf 70 gestiegen und man rechnet noch mit weiteren massenhaften Todesfällen.

## Das 3. Todesopfer der Fleißner-Polizei

Am Freitagmorgen ist im Krankenhaus der Dreher Kießling an den Folgen einer Schußverletzung gestorben. Er ist das dritte Todesopfer des Feuerüberfalls der Polizei des „linken" Fleißner auf die demonstrierenden Erwerbslosen.

# SPD.- und KPD.-Arbeiter demonstrieren gemeinsam gegen den Faschismus

(Eig. Ber.) **Breslau, 6. Dezember.**

Die Arbeiter von Breslau sind besonders erregt über die Tatsache, daß auf den schlesischen Gütern Hunderte von bewaffneten Nationalsozialisten zusammengezogen wurden und daß

**die preußische Regierung die Freilassung sämtlicher auf dem Gut Jäschkowitz verhafteten Nationalsozialisten angeordnet hat.**

Die Reichsbannerführer Breslaus wollten eine Entlastungsoffensive für die Braun-Regierung durchführen und hatten zu Freitag eine Reichsbanner-Demonstration angeordnet, die sich angeblich „gegen den Faschismus" richten sollte. Vom Reichsbanner waren nur 500 Mann erschienen, aber zu Tausenden waren sozialdemokratische Arbeiter aufmarschiert, die ihre Feindschaft gegen den Faschismus laut zum Ausdruck brachten, aber auch mit der schärfsten Verurteilung der Braun-Regierung, der Führerschaft der SPD. und des Reichsbanners nicht zurückhielten

Die oppositionellen SPD.-Arbeiter riefen den Reichsbanner-Leuten zu: **„Gegen den Faschismus wollt Ihr kämpfen, Ihr werft uns ja raus!"** (An der letzten Generalversammlung der SPD. sind bekanntlich SPD.-Arbeiter von Reichsbanner-Rollkommandos verprügelt worden.)

**Als dann noch zahlreiche kommunistische Arbeiter auf dem Platz erschienen, verbrüderten sich die SPD.-Arbeiter mit ihnen und die Kundgebung konnte zu einer wirklichen Demonstration gegen den Faschismus und Sozialfaschismus gestaltet werden.**

Unter einem ungeheuren Polizeischutz zog das Reichsbanner kläglich ab und

**kommunistische und sozialdemokratische Arbeiter formierten sich zu einer wuchtigen Demonstration, die bis spät in die Nacht dauerte.**

Die Rebellion der Breslauer SPD.-Arbeiter gegen die sozialdemokratischen Führer wird immer stärker. Der Parteivorstand hat bekanntlich den oppositionellen SPD.-Arbeiter Walter Müller aus der Partei ausgeschlossen, doch die Versammlungen des Distriktes, dem Walter Müller angehört, **lehnte mit überwältigender Mehrheit, mit 58 gegen 14 Stimmen, den Ausschluß ab.** Wie stark sich die Breslauer oppositionellen SPD.-Arbeiter mit Walter Müller solidarisieren, zeigt die Tatsache, daß

**dieser Tage Walter Müller mit einigen hundert SPD-Arbeitern vor das Breslauer Gewerkschaftshaus marschierte und dort eine Ansprache hielt.**

*

Nicht nur in Breslau wollen die oppositionellen sozialdemokratischen Arbeiter zusammen mit den Kommunisten gegen den Faschismus kämpfen. **Ueberall ist die Empörung der bisherigen SPD.-Anhänger im Wachsen.** Wir müssen ihnen in kameradschaftlicher Diskussion den richtigen Weg zum Kampf gegen den Faschismus, **den Weg des Kampfes um Sowjet-Deutschland**, zeigen.

## Hettstedter Arbeiter marschieren gegen Faschismus und Lohnraub

Trotz überaus schlechten Wetters hatten sich am Sonntag bis um 2 Uhr über 400 Arbeiter und Arbeiterinnen im „Hohenzollernpark" versammelt, um in geschlossener Kundgebung durch die Straßen der Stadt Hettstedt zu marschieren. (Am Sonntag vorher marschierten unter Führung der Sozialdemokratie 93 Männeckens durch die Stadt Hettstedt zu marschieren. (Am Sonntag vorher marschierten die Straßen der Stadt Hettstedt ging, schlossen sich immer mehr Arbeitermassen an.

**Auf dem Marktplatz hatten sich ungefähr 1500 Menschen angesammelt.**

Dort sprachen die Genossen Kunz und Otto Halle, die gründlich mit dem National- und Sozialfaschismus abrechneten. Große Empörung entstand, als die Massen erfuhren, daß die Sozialdemokratie bei der Abstimmung im Reichstag über die Notverordnung und den Mißtrauensantrag der Kommunisten gegen die Reichsregierung sich für die Notverordnung und für die Brüning-Regierung ausgesprochen haben. Besonders wurde von beiden Genossen die

**Organisierung des neuen Mansfeld-Streikes**

betont, was von den Massen mit großem Beifall quittiert wurde.

Die Kundgebung beweist, daß auch im Mansfelder Gebiet die Arbeiterschaft gewillt ist, den Kampf unter der Führung der Kommunistischen Partei und der RGO. gegen die faschistische Schergendiktatur und gegen den Lohnraub der Mansfeld A.-G. aufzunehmen.

## Belagerungszustand in Hamburg

(Eig. Ber.) **Hamburg, 6. Dezember.**

Der sozialdemokratische Polizeisenator Hamburgs hat sämtliche Versammlungen und Straßenumzüge der KPD. und RGO. verboten. Die für den 10. Dezember geplanten Demonstrationen und Versammlungen wurden verboten mit der Begründung, „daß diese Versammlungen keinen friedlichen Charakter haben werden".

Nach dem Verbot der „Hamburger Volkszeitung" folgt nun dieses Verbot aller Demonstrationen und Versammlungen der KPD und RGO. Das Vorgehen des Hamburger sozialdemokratischen Polizeisenators signalisiert eine weitere Verschärfung der faschistischen Diktatur, deren Schrittmacher die sozialdemokratischen Führer sind.

Die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands muß überall gegen diese Unterdrückung protestieren, denn

**was in Hamburg geschieht, wird morgen im übrigen Teil Deutschlands vorkommen.**

In Hamburg wurden nun ausdrücklich **nur die Demonstrationen der KPD. und der RGO.** und sogar die Versammlungen in geschlossenen Räumen verboten.

**Den nationalsozialistischen Banden, die sich bereits zu hunderten kriegsmäßig bewaffneten, gibt der sozialdemokratische Polizeisenator die Straße frei.**

So soll es überall in Deutschland kommen.

**Aber die revolutionäre Arbeiterschaft wird die Straße zu behaupten wissen!**

## Berliner Arbeiter im Kampfe gegen Naziprovokationen

(Eig. Drahtmeldg.) **Berlin, 8. Dezember.**

**In dem Berliner Vorort Bernau kam es am Sonntag zu großen Zusammenstößen zwischen der Arbeiterschaft und Berliner Nationalsozialisten. Die Nazis, die erst vor kurzer Zeit mehrere kommunistische Arbeiter hinterrücks überfallen und acht von ihnen durch Schüsse niedergestreckt hatten, wollten am Sonntag trotz dieser Tatsachen einen Propagandaaufmarsch in Bernau veranstalten. Die Kommunistische Partei trug der Stimmung der empörten Arbeiterschaft Rechnung und berief eine Protestkundgebung ein. Die Polizei erwies sich auch hier wieder als Helfer der Nazis und verbot die kommunistische Protestkundgebung, während sie den provokatorischen Nazi-Aufmarsch gestattete.**

**Jedoch ließ sich die Arbeiterschaft davon nicht beirren und bereitete den Nazi-Mordkolonnen einen gebührenden Empfang.**

**Die Polizei schützte in riesiger Stärke die Lastkraftwagen der Nazis und ging gegen die demonstrierende Arbeiterschaft in brutalster Weise vor. Eine Reihe von Nazis und fünf Polizisten wurden verletzt.**

# Sturmbereit gegen Faschismus — für ein Sowjet-Deutschland!

## Erste Bezirksverbandstagung des Kampfbundes gegen den Faschismus in Halle

Am Sonnabend hielt der Kampfbund gegen den Faschismus in Halle seine erste Bezirksverbandstagung ab. Aus zahlreichen Orten des Bezirks waren die Delegierten erschienen, um gemeinschaftlich über den Kampf der Arbeiterklasse gegen den Faschismus und die faschistische Diktatur zu beraten. Das Hauptreferat hielt ein Vertreter der Reichsleitung des Kampfbundes. Der Referent gab einen Ueberblick über die politische und wirtschaftliche Lage, um dann in seinen weiteren Ausführungen die Bedeutung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen den Faschismus darzulegen und die Aufgaben des Kampfbundes gegen den Faschismus zu umreißen. Dem Hauptreferat schloß sich eine ausführliche Diskussion an.

Im zweiten Punkt der Tagesordnung referierte der Genosse Kurt Wabbel über den organisatorischen Aufbau des Kampfbundes gegen den Faschismus im Bezirk Halle-Merseburg. Am Sonntag wurde die Tagung fortgesetzt in Form einer öffentlichen Kampfberatung, an der sich zahlreiche Arbeiter aus den Betrieben und Massenorganisationen beteiligten. Das politische Referat hielt der Genosse Karl Gutjahr. Den Höhepunkt der Kampfberatung bildete der

**Vorbeimarsch des Kampfbundes gegen den Faschismus und der Antifa.**

Nach dem Aufmarsch des Kampfbundes gegen den Faschismus im Garten des „Volksparks" sprach für den RFMB. Genossin Seidel. Sie führte aus, daß

**der RFMB. beschlossen hat, zum Kampfbund gegen den Faschismus überzugehen.**

Eine einheitliche Kampffront des Proletariats muß geschaffen werden. Und darum müssen alle, Männer und Frauen, gegen die Weiterentwicklung der faschistischen Diktatur, für ein Sowjet-Deutschland kämpfen. Kapitalistische Diktatur oder Diktatur des Proletariats, das ist die Frage, die heute vor uns steht. **Wir kämpfen für die Diktatur des Proletariats.** In einem Aufruf wenden wir uns

## An die werktätigen Frauen Mitteldeutschlands!

**In einer Zeit der immer frecher werdenden Reaktion, der immer drohender werdenden faschistischen Diktatur, der Kapitalsoffensive gegen die Arbeiterklasse steht vor dem deutschen Proletariat die große Aufgabe, sich in einer einheitlichen Kampffront zusammenzuschließen. In diese Kampffront müssen auch die werktätigen Frauen einbezogen werden, da die Frauen diejenigen sind, die mit am stärksten die immer größer werdende Notlage des Proletariats spüren.**

**Der Kampfbund gegen den Faschismus ist die Organisation, die das Proletariat zusammenschließt und unter Führung der Kommunistischen Partei die herrschende Klasse beseitigen wird!**

**Auf der heutigen antifaschistischen Kampfberatung hat der RFMB. seinen Uebertritt zum Kampfbund gegen den Faschismus vollzogen, aus der Erkenntnis heraus, daß es ein getrenntes Marschieren innerhalb des deutschen Proletariats nicht mehr geben kann. Männer und Frauen, die gemeinsam darben und hungern, müssen auch gemeinsam kämpfen gegen das fluchwürdige kapitalistische System.**

**Die antifaschistische Kampfberatung am 7. 12. 30 wendet sich daher an alle werktätigen Frauen Mitteldeutschlands, sich dem Kampfbund gegen den Faschismus anzuschließen und damit zu beweisen, daß sie bereit sind, Seite an Seite mit den Männern für ihre Befreiung zu kämpfen.**

**Es lebe die einheitliche Kampffront von Arbeitern und Arbeiterinnen!**

**Es lebe die Befreiung des deutschen Proletariats!**

## Schwerer Zusammenstoß in Hannover

(Eig. Drahtmeldg.) **Hannover, 8. Dezember.**

**In einer Reichsbannerkundgebung in Hameln kam es am Sonnabend zu blutigen Zusammenstößen zwischen Reichsbannerleuten und Nazis, die mit Messern, Schlagringen und Stühlen aufeinander los gingen. Drei Reichsbannerleute und zwei Nazis wurden schwer, weitere Versammlungsteilnehmer leicht verletzt.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301208-14/fragment/page=0002

# Werktätige Bauern Europas rüsten zum Kampf!

Die vom 1. bis 3. Dezember in [illegible] stattgefundene zweite Session des Europäischen Bauernkomitees zeitigte eine Reihe beachtlicher Ergebnisse. Die Tagung stellte fest, daß in der Periode seit dem im März d. J. abgehaltenen ersten Europäischen Bauernkongreß die Krise der bäuerlichen Wirtschaft sich weiter verschärft hat, die unter der Maske des „Schutzes der Landwirtschaft" durchgeführten Maßnahmen der Regierungen und Parlamente lediglich den Interessen der Finanzkapitalisten, Großagrarier und Großbauern auf Kosten der werktätigen Massen dienten.

Die Agrarkonferenzen in Warschau, Sinaia, Bukarest usw. dienten ebenso wie die Dumpinghetze und der Warenboykott, der Schaffung eines Antisowjetblockes gegen die Sowjetunion. Die Tätigkeit der Saboteure in der Sowjetunion ist — wie die Tagung richtig erkannte — ein Glied in der Kette dieser Maßnahmen.

Unter Beachtung all dieser Tatsachen und der daraus sich ergebenden großen Aufgaben unterzogen die Delegierten die bisherige Tätigkeit in den einzelnen Ländern seit dem 1. Kongreß einer scharfen Selbstkritik. Diese neue Erscheinung in der revolutionären Bauernbewegung sei besonders hervorgehoben; nur durch sie war es möglich, die Schwächen der revolutionären Bewegung zu entblößen und zu positiven Beschlüssen zu gelangen, einen Schritt vorwärts zu tun.

Die Hauptaufgabe nach dem Kongreß war die Popularisierung der damals beschlossenen Kampfplattform und **Sammlung breiter Massen werktätiger Bauern** auf Grundlage der Plattform in bäuerlichen Komitees. In einigen Ländern, darunter Deutschland und Frankreich, wurde diese Aufgabe sehr mangelhaft erfüllt, in einer Reihe anderer Länder, besonders Tschechoslowakei, Oesterreich und Holland, konnte die Tagung beachtliche Fortschritte feststellen.

Die II. Session sah ihre Hauptaufgabe darin, den Komitees nun wirklichen Kampfcharakter zu geben, d. h. sie **von der Propaganda zur Aktion** voranzuführen. Die Erfahrungen der revolutionären Bauernbewegung in allen Ländern haben gezeigt, daß die Beschränkung und Propaganda oder gar das Ausweichen vor den Angriffen der Gegner zum Stillstand und Rückgang, zur Vernichtung der revolutionären Bauernbewegung und zum Anwachsen des Einflusses der faschistischen Bewegung führt. Deshalb und entsprechend den Erfordernissen der gegenwärtigen Situation stand im Mittelpunkt der Beratungen die Frage der Kampftaktik, der **Formen des Massenkampfes der werktätigen Bauern.** Das bedeutet keineswegs, daß die Propagierung der Kampfplattform in den Hintergrund treten soll, sondern bedeutet verstärkte Propaganda der Forderungen unter gleichzeitiger Vorbereitung und Organisierung von Kampfhandlungen, seien es **Demonstrationen, Aktionen gegen die Schulden- und Steuerlasten, gegen Zwangsversteigerungen, Massenselbstschutz gegen faschistische Banden** usw. Mit Recht betonte die Tagung, daß dazu besondere Aufmerksamkeit auch gegenüber der werktätigen Bauernjugend und den Bäuerinnen notwendig ist, was bisher fast ausnahmslos vernachlässigt wurde.

Da die revolutionäre Bauernschaft erkannt hat, daß sie nur erfolgreich kämpfen kann **im Bunde mit der Arbeiterklasse,** ja, nur insoweit revolutionär sein kann, als ihr Kampf sich in den des revolutionären Proletariats eingliedert, das auch den Kampf der Bauern führen muß, stand die Frage des Bündnisses mit im Vordergrund der Beratung. Beispiele, wie der Massenterror schottländischer Bauern gegen Streikbrecher, oder wie die Unterstützung der streikenden Berliner Metallarbeiter mit Lebensmitteln zeigten, wie von seiten der werktätigen Bauern dieses Bündnis lebendigen Inhalt erhält. Aber nicht mit Unrecht erhoben die bäuerlichen Delegierten die schwere Anklage gegenüber dem Proletariat und der führenden Vorhut, der Kommunistischen Partei:

**Du erfüllst die dir zukommende Rolle des Führers verdammt schlecht, du vernachlässigst diese Pflicht, obwohl du erkannt hast, daß zum Siege über unseren gemeinsamen Feind, zur Errichtung der Arbeiter- und Bauernregierung die Herstellung des Bündnisses notwendig ist.**

Für die politische Entwicklung der Europäischen Bauern-Komitee-Bewegung ist die von der II. Session auf Vorschlag der tschechoslowakischen Delegation beschlossene scharfe **Frontstellung gegen die Grüne Internationale** (Sitz Prag), und andererseits die auf Antrag der deutschen Delegation beschlossene **Herstellung einer engeren Verbindung mit dem Internationalen Bauern-Rat** (Sitz Moskau) von großer Bedeutung.

Auf dem Wege der Herausbildung einer starken, aktionsfähigen, revolutionären Bauernbewegung im Bunde mit der Arbeiterklasse ist die II. Session des Europäischen Bauern-Komitees ein wichtiger Marksstein.

H. R.

# Zerschlagt die Kriegsfront gegen die Sowjetunion

## Folgt dem Appell des Internationalen Verteidigungskomitees!

Ein in diesen Tagen gegründetes „Internationales Verteidigungskomitee für die Sowjetunion — gegen die imperialistischen Kriegstreiber" erläßt folgenden Aufruf, den wir gern bringen:

**Für die Verteidigung der Sowjetunion!**
**Gegen die imperialistischen Kriegstreiber und -verbrecher!**

Der gegenwärtig in Moskau durchgeführte Prozeß des Volksgerichtes gegen russische weißgardistische Schädlinge und Saboteure hat bewiesen, was seit langem jeden politisch Einsichtigen klar war, daß einflußreiche imperialistische Konzerne, Gruppen und Generalstäbe planmäßig mit der russischen Konterrevolution eine Interventionskrieg gegen die Sowjetunion vorbereiten. Die Tatsachen, daß in den imperialistischen Ländern eine schwere Wirtschaftskrise andauert und sich von Tag zu Tag verschärft, während in der russischen Sowjetunion der Aufbau einer starken Industrie und Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage durch den „Fünfjahrplan" rasche Fortschritte macht, hat die Kriegsabsichten der Imperialisten verstärkt.

**Einflußreiche imperialistische Kreise sehen in dem Krieg gegen die Sowjetunion den einzigen Ausweg aus der Weltwirtschaftskrise.**

Sie hoffen auf einen neuen wirtschaftlichen Umschwung durch Einbeziehen des russischen Marktes und der 150 Millionen Arbeiter und Bauern in die kapitalistische Warenzirkulation. Der Sozialismus soll sterben, damit der Imperialismus leben kann! Gegen diesen verbrecherischen Plan, der einen neuen Weltkrieg in einem noch größeren Ausmaß als 1914 heraufzubeschwören droht und gerichtet ist gegen die Sowjetunion als Inbegriff jedes fortschrittlichen, freiheitlichen und sozialistischen Lebens, ist es notwendig, alle fortschrittlichen, freiheitlichen und sozialistischen Arbeiter, Bauern und der mit ihnen sympathisierenden Künstler, Intellektuelle und kleinbürgerlichen Schichten zu einem gemeinsamen Kampf aufzurufen.

Die einzige Hoffnung, die heute das internationale Proletariat hat, den immer frecher werdenden Faschismus zu überwinden, aus der Not und dem Elend der Weltwirtschaftskrise herauszukommen und den kapitalistischen Gegner in allen Ländern zu schlagen, ist die Sowjetunion.

**Das Volksgericht in Moskau verteidigt nicht nur die Interessen des russischen, sondern auch die Interessen des polnischen, französischen, deutschen, englischen und internationalen Proletariats!**

Das Schicksal der Sowjetunion ist das Schicksal der Arbeiter der ganzen Erde. Aus diesem Grunde ruft das internationale „Verteidigungskomitee für die Sowjetunion — gegen die imperialistischen Kriegstreiber" die Arbeiter, Bauern, Werktätigen und mit ihr sympathisierenden Intellektuellen und kleinbürgerlichen Schichten in allen Ländern auf, sofort eine breite Aktion gegen die Kriegshetze und die Umtriebe der weißgardistischen Konterrevolutionäre, für die Sowjetunion einzuleiten und sich in allen Orten zu einer roten Einheitsfront gegen den drohenden imperialistischen Krieg und zur Verteidigung der Sowjetunion zusammenzuschließen.

Wir appellieren an das höchste Gefühl aller Werktätigen, an die nie ermüdende internationale proletarische Solidarität, unseren Ruf zu hören und zu befolgen.

**Nieder mit den imperialistischen Kriegshetzern und Kriegsverbrechern!**
**Nieder mit den Schädlingen und weißgardistischen Konterrevolutionären!**
**Es lebe der Einheitskampf zur Verteidigung des Vaterlandes aller Armen und Unterdrückten, der Sowjetunion!**
**Es lebe die internationale proletarische Solidarität mit der Sowjetunion!**

**Für das Internationale Verteidigungskomitee**
**Die Vorsitzenden:**
**Maxim Gorki. Upton Sinclair. Henri Barbusse.**
**Willi Münzenberg.**

*

**Dem Aufruf schließen sich in Deutschland an:**

Arthur Holitscher, Ernst Toller, Alfred Kerr, Dr. Kurt Hiller, Egon Erwin Kisch, Karl Schnitz, Redakteur, John Heartfield, Otto Nagel, Otto Heller, Prof. Golschmidt, Pfarrer Pleier, Erwin Piscator, F. C. Weiskopf, Dr. Kurt Kersten, Fritz Genschow, Schauspieler, Hans Eisler, Dr. Lothar Wolf, Ernst Busch, Ludwig Renn, Schriftsteller, Martha Arendsee, Wieland Herzfelde, René Stobrawa, Erich Weinert, Bl, Maler, Dr. Ruben-Wolf, Dr. Paul Friedländer, Hans v. Zwehl, Emil Rabold, Dr. Bruno Frei, Arthur Segal, Kunstmaler, Dr. Schmidt, Piel Zubi, Regisseur, Rechtsanwalt Gerhard Dobe, Dr. Fritz Ausländer, Dr. Fritz Schiff, Dr. Boenheim, Prof. Reich, Erich Baron, Dr. Jürgen Kuczynski jun., Ernst Glaser, Schriftsteller, Prof. Grünberg, Hans Jäger, Schriftsteller, Johannes R. Becher, Miglioli, Italien, Prof. Otto Fitz, Gerhard Plenert, Schauspieler, Alfred Kreutschold, Inés Wetzel, Kunstmaler, Berta Lask, Schriftstellerin, Albert Hotopp, Schriftsteller, Otto Schoff, Kunstmaler, Prof. Georg Scholz, Karl Schnog, Schriftsteller, Herwart Walden, Dr. Hermann Duncker, Hannes Meier, Architekt, Oscar Maria Graf, Oskar Fischer, Maler, Otto Griebel, Kunstmaler, Heinrich Ehmsen, Dr. med. Lulenburg, Richard de Bruyker, Maler, Franz Biel, Schriftsteller, Hermynia zur Mühlen, Stefan J. Klein, Schriftsteller, Charles Girod, Maler, Erbach, Maler, Herbert Garke, Bildhauer, Ewa Roeder, Bildhauerin, Ernest Neuschul, Maler, Heinrich Rahn, Maler, Heinrich Reinhardt, Verleger, W. Kreh, Architekt, Konrad van der Schmitt, Studienrat, Dr. H. Günther, Dr. Herta Riele, Nerztin, Dr. Meyer-Rabel, Schriftsteller, Kurt Deich, Schriftsteller, Wolfgang Kaehler, Dramaturg, G. Liebke, Grafiker, Daniel Seip, Grafiker, Herbert Ebeli, Schauspieler, Herbert Meyer, Grafiker, Emmy Seipel, Schauspielerin, Christian Kirch, Pianist, Dr. Friedrich Paul, Lola Burt, Gymnastiklehrerin, Paul Scholze, Kurt Sauerland, Walter Karsch, Dr. Kurt Tucholsky, Rudolf Leonhard.

**und folgende Gruppen und Organisationen:**

Piscator-Kollektiv / Gruppe Junger Schauspieler / Internationale Arbeiterhilfe / Bund der Freunde der UdSSR. / Bund Revolutionärer Zeichner Arbeitsgemeinschaft sozialer Organisationen / Rote Hilfe / Bund revolutionärer bildender Künstler / Sozialistischer Schülerbund / Arbeiter-Theatergruppe / Opposition im Volksverbund / Arbeiter-Fotografenvereinigung Reichsverband freisozialistischer Studenten / Arbeitsgemeinschaft für marxistische Pädagogik / Bund proletarischer Freidenker / Proletarische Freidenkerjugend / Marxistische Arbeiterschule / Proletarische Elternbeirate / Freier Radiobund / Hörerkreis des Rundfunks / Kampfgemeinschaft gegen Kulturreaktion / Bund proletarischer Freidenker / Volksfilmverband / Deutscher Arbeitersängerbund, Opposition der Mieter / Bunte Volksbühne Sportverein „Fichte" / Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit / Liga gegen koloni. Unterdrückung / Antifaschistischer Kampfbund / Ifa.

# „Achtung, Achtung, hier spricht Moskau!"

## Macdonald will den Sowjetrundfunk verbieten

Maxim Gorki, der parteilose russische Dichter, hat vor einigen Tagen im Moskauer Rundfunk eine Rede in englischer Sprache gehalten, die sich an die Arbeiter in Großbritannien richtete und starken Widerhall beim englischen Proletariat gefunden hat.

Diese Tatsache ist dem englischen Kapital stark auf die Nerven gefallen. Obwohl Henderson im Unterhaus erklärte, daß man aus der Rede Maxim Gorkis „keinen unmittelbaren revolutionären Appell" herauslesen könnte, erlaubt sich das sozialfaschistische Regierungsblatt „Daily Herald", die Sowjetunion wegen dieser Aussprache des parteilosen weltberühmten Dichters „ernstlich zu verwarnen" und als „Feind des Friedens" (!) zu titulieren. Hierzu gehört schon eine anständige Portion Frechheit und Unverfrorenheit, wo gerade im Moskauer Prozeß die Kriegstreiber Churchill und Oberst Lawrence am Pranger stehen!

(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

58. Fortsetzung.

„Machen Sie uns freiwillig Platz, oder wir beschlagnahmen Ihnen einen Raum!" drohte nun auch Murr.

„Der Teufel hole euern Dreck!" fluchte der Bauer, öffnete nun aber die Tür ganz und kam hervor. „Einmal kommt die Reichswehr, dann Ihr, dann wieder die Reichswehr und so geht es in einem fort!"

„Wir müssen eine Unterkunft haben!" erklärte Franz Kreusat ruhiger. „Die Leute können nicht nachts draußen in der Kälte liegen bleiben!"

Der Bauer sah argwöhnisch von einem zum anderen: „Und wenn mir's dann wieder so geht wie das letztemal? Ein halbes Dutzend Hühner haben mir die Kerls geklaut!"

„Sie brauchen vor uns keine Angst zu haben!" versicherte Franz. — „Die von der Reichswehr haben das auch gesagt und haben doch geklaut!"

„Sie dürfen nicht alle über einen Kamm scheren, Mann!" mischte sich Murr ins Gespräch. „Wenn Sie gesehen hätten, was die Reichswehr sonst getan hat, dann müßten Sie, daß die vor keiner Gemeinheit zurückschreckt!!"

„Beide Sorten taugen nichts!" erwiderte der Bauer ärgerlich. Murr erzählte ihm von dem Toten, den sie im Walde gefunden hatten.

Der Bauer horchte auf. „Ich habe auch einen gefunden! Kommt mal mit!"

Murr und Franz Kreusat sahen sich bestürzt an und folgten dem Bauer. Fünfzig Schritt tiefer im Walde blieb er stehen und scharrte mit dem Holzschuh einen Laubhaufen auseinander. Eine Leiche wurde freigelegt. Es war ein Arbeiter. Der Kopf des Toten war ebenso wie bei dem ersten Toten durch Kolbenschläge zertrümmelt.

Der Bauer wandte sich ab und spukte aus. „Wißt Ihr, daß sich Menschen so tierisch zurichten, habe ich nicht mal im Felde erlebt!"

„Sie sehen, mit wem wir es zu tun haben!" sagte Murr.

Der Bauer pendelte bedächtig mit dem schweren Schädel. Er trottete wieder seinem Kotten zu. Murr und Kreusat folgten. In der Tür erwartete sie die Bäuerin: „Na — was gibt's denn?" fragte sie mürrisch.

„Mach' den Leuten einen Raum frei!" sagte der Bauer.

„Damit sie dir das letzte Vieh stehlen!"

„Es sind vernünftige Leute!" erwiderte der Bauer. „Ich kann euch wohl die Scheune überlassen," sagte er dann. „Ihr müßt aber aufpassen, daß sie mir nicht in Brand gesteckt wird!"

„Wir werden schon aufpassen!" versicherte Franz. Der Bauer machte eine Handbewegung: „Versprecht nur nicht zuviel!"

Sie verließen das Haus und gingen die Posten ab. Die Posten begannen zu frieren und murrten. „Willst du zurückgehen?" fragte Franz Kreusat Murr, „vielleicht sind Transporte angekommen! Sieh zu, daß du ein paar Gruppen mitbekommst!"

Murr nickte und hing seinen Tornister, der beim Maschinengewehr gelegen hatte, um. Er drückte Franz Kreusat die Hand und sagte: „Bin ich in anderthalb Stunden nicht zurück, dann sieh' zu, wie du dich durch die Nacht schlägst! Wir kriegen Nebel, es wird nicht leicht sein, sich im Nebel und in dem Gestrüpp hier bei Nacht zurechtzufinden!" Dann ging er fort.

Franz streifte wieder von Posten zu Posten. Er verspürte Hunger, da er sich keine Zeit genommen hatte, im Schloßhofe mitzuessen. Der ständige Trott durch die Büsche, die Unruhe, die sich seiner nach Murrs Fortgang immer stärker bemächtigte, ermüdete ihn. Er hockte sich in der Nähe des Maschinengewehres auf einen Wegstein und grübelte vor sich hin.

Eine Stunde ging herum. Er stand auf und begann wieder die Posten abzulaufen. Ueberall verängstigte Gesichter und Fragen. Eine zweite Stunde lief ab. Franz war die Kehle wie zugeschnürt. Er hockte wieder auf dem Wegstein. Dichte Nebel erhoben sich, in denen die Sonne verschwand. Immer dämmeriger und kühler wurde es. Bald verdichtete sich der Nebel so, daß ein Posten den anderen nicht mehr sehen konnte.

Franz Kreusat gab Befehl, die Zwischenräume abzupatrouillieren, damit sich kein Roskit vorbeischleichen konnte. Mürrisch wurde er von den Kameraden empfangen. „Man kann durch Nebel in die Fresse hauen," sagte einer der Posten, „und du weißt nicht, wer's getan hat!"

„Geduldet euch, bis Hilfe kommt!" sagte Franz. Es ging schon in die dritte Stunde hinein. Vorn begannen die Reichswehrposten ein regelrechtes Schützenfeuer und die Arbeiter mußten sich in acht nehmen, da die Geschosse oft an ihren Köpfen vorbeipfiffen.

„Paß auf, Franz, die Roskes greifen in der Dunkelheit an, dann sitzen wir im Sack!" brummte eine Baßstimme.

Franz wurde böse: „Macht euch nicht selbst was vor, ihr habt es alle gewußt, daß es auf Tod und Leben geht! Paßt lieber auf und knurrt nicht! Draußen habt ihr auch die Fresse gehalten, als ihr monatelang im Graben gesessen habt!"

Sie wurden still, lauschten gespannt in die Büsche und schreckten bei jedem Geräusch empor. Die zitternden Hände griffen nach den Gewehren. Wenn ein dürrer Zweig zu Boden raschelte, sprangen sie auf und knallten in den Nebel hinein.

„Knallt euch nicht gegenseitig über den Haufen!" warnte Franz, besonders die Jüngeren, die zum ersten Male ein Gewehr gebrauchten.

Er ging ruhelos durch das wallende Nebeldunkel, tappte sich bis zum Schloß hindurch und schickte alle Abgelösten an ihre Plätze, um die Posten zu verdoppeln. Dann begab er sich wieder zu der Waldzunge, wo der Schnidder mit dem alten Metaller stand. Die beiden fluchten und starrten ins Ungewisse hinein. Der Schnidder war nicht von der Stelle zu bringen. Er hatte jede Ablösung abgelehnt aus Furcht, der nächste Posten könnte nicht wachsam genug sein.

„Halt! — Wer da? — Wesel!" — gab Franz Kreusat das Parolewort, das sie vereinbart hatten.

„Mensch, du wirst hier blödsinnig!" brummte der Metaller. „Wenn ich hier noch lange so herumsitzen soll, dann könnt ihr mich morgen nach Huttrop*) schaffen!"

*) Huttrop = Irrenanstalt.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301208-14/fragment/page=0003

## Nazi gegen Winterbeihilfe für Erwerbslose

(Eig. Ber.) **Weimar**, 5. Dezember.

Vor einigen Tagen wurde im Thüringer Landtag der Winterhilfe-Antrag der KPD.-Fraktion von den Regierungsparteien (einschließlich Nazis) bei Stimmenthaltung der SPD. abgelehnt. In der Sitzung des Haushaltausschusses des Thüringer Landtages vom 2. Dezember forderten die Kommunisten nochmals dringend, daß den Erwerbslosen in diesem Winter eine Million mehr gegeben werden soll. Da sich die Nazis immer damit herausreden, daß keine Deckungsmöglichkeiten vorhanden seien, hat die Kommunistische Partei, obwohl sie sich nicht verpflichtet fühlt, diesem System die Sorge um die Deckung abzunehmen, folgenden Deckungsvorschlag gemacht:

1. **Alle im Lande Thüringen gezahlten Gehälter und Einkommen von Beamten und Angestellten der Behörden und öffentlichen Einrichtungen werden, soweit sie die Höhe von 8000 Mark jährlich übersteigen, einbehalten.**
2. **Alle im Lande Thüringen gezahlten Pensionen, Wartegelder und Uebergangsgelder werden, soweit sie die Höhe von 6000 Mark jährlich übersteigen, einbehalten.**

Gegen diesen Deckungsvorschlag stimmten die nationalsozialistischen Führer. Sie wollen auch diesmal wieder die Winterbeihilfe für Arbeitslose zu Fall bringen. In ihren Zeitungen wettern die Nazi-führer gegen die hohen Gehälter der Beamten und Großpensionäre, aber in Thüringen, wo die Nationalsozialisten Regierungspartei sind, lehnen sie es ab, trotz des unaeheuren Massenelends die Gehälter der oberen Beamten auf 8000 Mark jährlich zu beschränken.

Wieder einmal haben sich die Naziführer demaskiert. Die werktätigen Massen müssen mit den nationalsozialistischen Betrügern abrechnen.

## Hitler über Krieg und Revolution

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 8. Dezember.

Die „Welt am Montag" berichtet über nähere Einzelheiten über die Rede, die Adolf Hitler kürzlich vor den Hamburger Pfeffersäcken gehalten hat. Nach diesem Bericht empfahl Hitler als Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit die Aufstellung eines ständigen Heeres, wodurch die Arbeitslosenziffer um 1½ Millionen verringert werden würde. Hitler malte die Gefahren des Bolschewismus aus, die von den Arbeitslosen ausgehen und sagte, daß

**bei einem Aufstand der Massen, die nichts zu verlieren hätten, die ganze Reichswehr nicht genügen dürfte.**

Der Militarismus sei ein sehr wertvoller Faktor des ganzen nationalen Lebens der Deutschen gewesen. Es sei ein großer Fehler Deutschlands gewesen, mit Oesterreich in den Weltkrieg zu ziehen. Dies habe nicht Deutschlands Interessen entsprochen. Dagegen sei es von Italien ganz richtig gewesen, im Weltkrieg so zu entscheiden, wie es ihm sein Interesse geboten habe. Charakteristisch ist, daß sich Hitler den Hamburger Pfeffersäcken als der neue Bismarck empfahl, sich aber über nähere Einzelheiten seines Programms und über die Judenfrage vollkommen ausschwieg.

## Herrn Lüdemanns rote Fahne

**Und was Severing dazu sagt**

Herr Sozialdemokrat Lüdemann ist Oberpräsident der Provinz Niederschlesien mit dem Sitz in Breslau. Um den rebellierenden SPD.-Arbeitern in Breslau gegenüber als ein „Linker" zu erscheinen, hat Herr Lüdemann am 9. November aus seiner Privatwohnung neben einer schwarzrotgoldenen Fahne auch eine rote Fahne herausgesteckt. Das haben ihm die Herren des Staates, die in der Volkspartei vereinigten Schwerindustriellen, übelgenommen. Sie richteten an den preußischen Innenminister, den Sozialdemokraten Severing, die „Kleine Anfrage", was er denn zu der roten Fahne seines Parteigenossen Lüdemann sage. Und Severing ließ den Lüdemann nach Berlin kommen und erteilte ihm einen Rüffel.

Für solche Arbeiter, die immer noch glauben, daß die SPD. Arbeiterinteressen vertritt oder daß sie in Zukunft Arbeiterinteressen vertreten werde, ist das kleine Zwischenspiel Lüdemann-Severing sehr lehrreich. Es zeigt ihnen, daß die SPD. nur eine Sorge hat, dem Schwerkapital und seinen politischen Parteien gefällig zu sein, wie es sich für treue Diener des kapitalistischen Staates gehört.

## Lehrlingsschinder am Pranger

**A.-K.** Naumburg. Ein menschliches Ungeheuer ist der Küchenchef vom „Ratskeller". Bei jeder Kleinigkeit schlug er den Kochlehrling, **und zwar so fürchterlich, daß das Blut aus Mund und Nase floß.** Nicht genug damit, trat er dem 15jährigen Jungen noch mit den Füßen in den Rücken. Als der Vater des Jungen sich beschwerte über die Mißhandlungen des Küchenchefs, äußerte dieser Kerl: „Warte, Du Aas, Sch . . . kannst Du fahren lernen, aber nicht Koch, Dir zeige ich nichts mehr."

Nunmehr nahm der Vater (ein Beamter) seinen Sohn aus dieser Hölle fort. Die Arbeitszeit ist unmenschlich lang. Um den anderen armen Lehrling (Kellner), der ebenso brutal behandelt wird, kümmert sich niemand, da er eine Vollwaise ist. Die Polizei ist im Hause. Hören denn diese Herren nicht die Schreie der gequälten Lehrlinge?

Wir verlangen, daß dem Pächter des Naumburger „Ratskeller" das Recht genommen wird, Lehrlinge auszubilden und den Kellnerlehrling anderweitig unterzubringen!

## Her zum Kampfbund gegen Faschismus

**A.-K.** Zipsendorf. Zu recht sonderbaren Mitteln, die Arbeiterschaft einzuseifen, ist das hiesige Reichsbanner unter Führung von Riedel geschritten. Am Sonnabend hörte man im ganzen Dorfe Trommel- und Pfeifenklang und dazwischendurch immer die Stimme des Gemeindevorstehers Riedel, wie er auf der Straße Ansprachen hielt und die Einwohnerschaft zum Kampf gegen Faschismus, zur Verteidigung der „Demokratie" aufrief. Der Schlußsatz lautete: Kampf dem Bolschewismus und dem Nationalsozialismus. Und dann recht salbungsvoll. Ich danke Euch! — Erscheint das nächste Mal noch zahlreicher.

Die Arbeiter werden nicht zahlreicher erscheinen, lieber Riedel. Wir Kommunisten werden dafür sorgen, daß alle Arbeiter, welche bis jetzt noch nicht die Rolle der Sozialfaschisten als Wegbereiter des Faschismus erkannt haben, jetzt die Augen geöffnet werden.

**Kampf gegen National- wie Sozialfaschismus führt die Kommunistische Partei und der „Kampfbund gegen Faschismus". Das wissen immer mehr Arbeiter und reihen sich ein!**

## Der Monat des proletarischen Buches

### Lesen ist Parteipflicht

„Mensch, ich habe doch keine Zeit, ein Buch zu lesen. Mit einem halben Dutzend Funktionen, jeden Abend Versammlungen und Sitzungen, kann ich kaum die Zeitung richtig lesen"

Gerade deshalb, weil Du so überlastet bist, mußt Du lesen, Genosse. Das marxistisch-leninistische Buch hilft Dir Deine vielen Aufgaben besser zu bewältigen. Es zeigt Dir, wie Du mit Sozis und Nazis diskutieren und auf ihre Argumente antworten kannst. Es lehrt Dich, Fehler zu vermeiden, die oft das Ergebnis mühsamer monatelanger Arbeit zunichte machen.

Deshalb muß jeder Genosse, jeder klassenbewußte Arbeiter mindestens die grundlegendsten Schriften von Marx und Lenin nicht nur flüchtig lesen, sondern gründlich durcharbeiten. Jeder muß dieses unentbehrliche Rüstzeug besitzen. Im Monat des proletarischen Buches heißt deshalb die Parole: „Kein Genosse ohne unsere grundlegenden Schriften!" „Keine Parteizelle ohne Bibliothek!"

## Wie wird das Wetter?

Dienstag: Früh ziemlich trübe und regnerisch, später auffrischende westliche bis nordwestliche Winde. Wechsel zwischen aufklarend und eintrübend mit Schauerniederschlägen. Temperatur im Flachlande von 5 bis 6 Grad allmählich nahe Null sinkend. In mittleren und hohen Harzlagen leichter Frost.

Mittwoch: Vereinzelte Schneeschauer bei langsam sinkender Temperatur wahrscheinlich.


**MASCH** Marxistische Arbeiterschule Halle
Das Bildungsinstitut der Werktätigen
Technischer Leiter: Fritz Kitzel. Halle, Turnerweg Nr. 18 p.

**Anmeldung zu den Kursen in den Vortragsabenden — Karten an den Abendkassen — Erwerbstätige 25 Pf., Erwerbslose 10 Pf. pro Kursusabend**

Dienstag, 9. Dezember, Grundprobleme des Marxismus (5. Abend), Heilborn.
Dienstag, 9. Dezember, Technik der Agitation und Propaganda (2. Abend). Architekt Martin Knantke (BGM.).
Mittwoch, 10. Dezember, Ursprung der Familie (5. Abend). Paul Brand.
Donnerstag, 11. Dezember, Religion, Kirche und Freidenkertum (3. Abend).
Freitag, 12. Dezember, „Wintergarten" Gastspiel „Rotes Sprachrohr", verbunden mit großer Buchausstellung „Das proletarische Buch". Karten im Vorverkauf.


## Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

**Halle. Roter Wedding.** Montag, 8. Dezember Jugendversammlung im bekannten Lokal.

### Bund der Freunde der JAH.

**Halle.** Jugendaktiv West. Montag, 8. Dezember, 20 Uhr, bei Bendkin.
**Halle.** Kindergruppe Süd. Montag 16 Uhr im „Thüringer Schlößchen".
**Halle.** Westen. Mittwoch, 10. Dezember, Frauenabend bei Bendkin.
**Unterriehdorf.** Schulungskursus Montag, 8. Dezember.
**Neumark.** Dienstag, 9. Dezember, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Lokal Schumann. Referent Kuppe.
**Nordhausen.** Dienstag, 9. Dezember, Mitgliederversammlung im Lokal Schütt.
**Zeitz.** Dienstag, 9. Dezember, Schulungskursus, Gewerkschaftsherberge.
**Ammendorf.** Dienstag, 9. Dezember, Funktionärsitzung.
**Wolfen.** Mittwoch, 10. Dezember Funktionärsitzung in der Schule Leipziger Straße.

**Werbt für den „Klassenkampf"**


**Walhalla**
Gastspiel Apollo-Theater, Wien,
mit der erfolgreichen Operette:
**Die Förster-Christl**
Musik von Georg Jarno

**Prima Sultaninen** 1 Pfund 80, 70, 60 und 50 Pfg.
**Prima Mandeln,** süße, 1 Pfund 160, 140 und 125 Pfg.
**Prima Weizenmehl** 1 Pfund 24 Pfg., 10 Pfund 235 Pfg.
**Prima Rosinen** 1 Pfd. 55 u. 45 Pfg.
**Prima Corinthen** 1 Pfd. 48 Pfg.
**Prima Citronat** 1 Pfd. 120 Pfg.
**Mandelersatz,** süß, 1 Pfd. 48 Pfg.
**Kokos** geraspelt 1 Pfd. 45 Pfg.
**Prima Mohn,** blau, 1 Pfd. 45 Pfg.
**Backessenzen, Marsbutter**
**Schmelzmargarine** 1 Pfd. 75 u. 90 Pfg.
**Schmelzbutter** 1 Pfd. 210 Pfg.
**Louis Eisfeld** 6269
**Brüderstraße 15,** am Markt

**Wochen-Unter-Preis-Angebot**
Großer Posten 1964
**Kinder-Westen** mit Umlegekragen für das Alter bis 14 Jahre . . Mk. **2,50**
**Damen- u. Kinder-Pullover** m. Umlegekrag., Gürtel u. Schnallen Mk. **2,90**
Ferner:
**Kinder-Mützen** regulär 3—4 Mk. jetzt durchwes . . . Stück nur Mk **0,95**
**Otto Dobkowitz KG**

**Bettstellen Matratzen Inlettstoffe Bettfedern**
kauft man gut u. billig im
**Bett-Spezial-Geschäft**
**Kress & Co., Pfännerhöhe 4**

**Zeitungsmakulatur**
billigst abzugeben
Lerchenfeldstraße 14

**Hausfrau**
haben Sie schon Karten zum Vortrag:
**„Der Koch- und Heizstrom im Dienste der hallisch. Hausfrau"**
„Stadtschützenhaus". 10. Dezember, 20 Uhr Einlaß 19.30 Uhr ● Eintritt 30 ₰
**Beeil. Sie sich! Nur noch wenige Karten vorrätig!**
6289 **Vorverkauf bis 9. Dez. 1930:**
Zahlstelle Rathausstraße 1; Verwaltungsgebäude, Riebeckplatz 1, Kasse; Stadtgeschäft Halle a. d. Saale, Große Ulrichstraße 54

**Left den Klassenkampf**

**Nochmals großer Preissturz infolge Riesenfänge**
Dienstag und Mittwoch aus eintreffendem Waggon in hervorragender Qualität biete an:
**Kabeljau,** ohne Kopf / **Schellfisch** ohne Kopf / **Goldbarsch,** ohne Kopf } Pfd. nur **22 ₰**
**Goldbarsch-Filet** . . . . ℳ 40 ₰
**Grüne Heringe** . . . . . ℳ 28 ₰
Jede Hausfrau sollte diese günstige Einkaufsgelegenheit benutzen, da es vor Weihnachten der letzte billige Seefisch-Verkauf sein dürfte.
Gr. Auswahl in Weihnachts-Präsenten
Billige Einkaufsgelegenheit für Oelsardinen, da auch hierin Preissturz!
Beachten Sie bitte meine Schaufenster!
**Kieler Fischbörse Karl Ihde**
Telephon 23617 Telephon 23617
6288 Verkaufsstellen:
**Steinweg 55, Goethestraße 27**
**An der Moritzkirche 3**
**Ammendorf, Regensburger Str. 10**

**Stadt-Theater**
Heute, Montag 7½ bis 23½ Uhr:
**Othello** 6282
Oper von G. Verdi
Dienstag 10—22½ Uhr
**Das Lumm des Armen**
Tragikomödie von Stefan Zweig

**Kur-Lichtspiele Bad Dürrenberg**
Ab heute bis Donnerstag das große Doppelprogramm:
**Ken Maynard** in
**„Karawanenführer von Oklahoma"**
Eine Wild-West-Sensation
**Maria Paudler** in
**„Ein Mädchen von Temperament"**
Der große Lustspiel-Schlager 6279

**Seltene günstige Angebote Küchen** 6281
naturlasiert, ornamentiert u. gebeizt, komplett
165,- 224,- 256, 285,- 320,-M
weißlackiert mit Linoleum
von **120,- Mk.** an
**Gebr. Jungblut**
Halle a. S.
Albrechtstraße 37

**Best. „Zum alt. Fritz"**
Gustav Piesch
Merseburg,
obere Breitestraße 18
Jeden Dienstag und Freitag: 1963
**Schlachtefest**
**Gut. Mittagstisch**

**Gebt für die Rote Hilfe**

**Anzeigen** haben im „Klassenkampf" **Große Wirkung!**

**Kolossal billig!**
infolge Riesenfängen unserer Dampferflotte
Dienstag in der Deutschlands größten Fischerei Deutschlands größter Fischhandel
**Nordsee**
Gr. Ulrichstraße, Steinweg (am Rann. Platz), Bernburger Straße (am Reilell)
Unser Name bürgt für gute lebendfrische Ware
**Schellfisch o. Kopf**
**Kabeljau o. Kopf** } ℳ **24 ₰**
Seelachs und Goldbarsch
**Karbonaden,** bratfertig . . ℳ 45 ₰
**Schellfisch-, Kabeljau-, Goldbarsch- u. Seelachs-Filet,** ohne Haut u. Gräten ℳ 50 ₰
Ferner sehr billig: 6285
**Echte Sprotten** Kiste 1 Pfd. Inhalt . . nur **73 ₰**
ausgewogen . . ½ ℳ 40 ₰, ¼ ℳ 20 ₰
**ff. ger. Seelachs u. Goldbarsch** ½ ℳ **25 ₰**
Alle anderen Waren ebenfalls sehr preiswert

**Zum „Monat des proletarischen Buches"**
**Alle Bücher**
über Klassenkampf und Zeitgeschichte / Theorie des Marxismus-Leninismus / Kampf u. Aufbau in der Sowjetunion / Für die werktätige Frau / Gegen das religiöse Opium / Für die Arbeiterjugend / Romane, Reportagen, Erzählungen und Gedichte / Für das proletarische Kind
**führt die Volksbuchhandlung**
**G. m. b. H., Halle an der Saale**
**Lerchenfeldstr. 14 u. Filialen**

**Der Krieg**
Das erste Volksbuch, das packend und ohne Färbung den Krieg zeigt, wie er wirklich war
Halbleinen 2.50 M.; Leinen 3.20 M.
zu beziehen durch die
**Volksbuchhandlung, GmbH.**
**Halle a. d. S.,** Lerchenfeldstr. 14

**Zu allen Krankenkassen zugelassen**
**Frauenarzt Dr. Schmidt**
**Merseburger Str. 112**
6281 Ecke Lauchstädter Str.
Tel. 33171 Tel. 33171



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301208-14/fragment/page=0004

# Im Feuer des Kampfes wächst in Deutschland eine mächtige revolutionäre Gewerkschaftsbewegung

## Die Reichskonferenz der RGO. — Organisierung der Kämpfe von Millionen Ausgebeuteten um Brot und Macht — Die historische Bedeutung des Berliner Metallstreiks — Der rote Metallarbeiterverband signalisiert einen Wendepunkt in der deutschen Arbeiterbewegung

**Am 15. und 16. November fand in Berlin eine Reichskonferenz der Revolutionären Gewerkschaftsopposition statt, die von 340 Vertretern aus allen Teilen des Reiches beschickt war.**

**Die Tagesordnung lautete: 1. Die Beschlüsse des V. RGI.-Kongresses, die Lehren des Berliner Metallarbeiterkampfes und die nächsten Kampfaufgaben der RGO. 2. Die RGI. und der Kampf der Jungarbeiter und Lehrlinge. 3. Der organisatorische Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. 4. Betriebsräte- und Ortsverwaltungswahlen.**

**Genosse Ulbricht betonte einleitend, daß die Einberufung der Konferenz erfolgte, um die neuen Kampfaufgaben der Revolutionären Gewerkschaftsopposition auf Grund der Beschlüsse des 5. RGI.-Kongresses zu beraten. Die Konferenz tagt unter den Bedingungen des beschleunigten Tempos des revolutionären Aufschwungs in Deutschland. In dieser Situation gilt es, die RGO. zu der gewerkschaftlichen Kampforganisation der deutschen Arbeiter zu machen. Im Sinne der Lösung dieser Aufgaben soll diese Konferenz das Kampfprogramm der Revolutionären Gewerkschaftsopposition beschließen, die Kampferfahrungen der Streikbewegungen der letzten Monate, insbesondere im Berliner Metallarbeiterstreik, beraten, damit in den kommenden Bewegungen unter Führung der RGO. die Masse der Arbeiter die größte Initiative in der Organisierung und Durchführung der Streikbewegungen entfaltet.**

**Nach der Wahl des Präsidiums und der Erledigung anderer Formalitäten erhielt Genosse Dahlem das Wort zu seinem Referat.**

## Das Referat des Genossen Dahlem

**Der Genosse Dahlem charakterisiert in der Einleitung zu seinem Referat die allgemeine politische Lage in Deutschland und kommt auf den Berliner Metallstreik zu sprechen. Er führte aus:**

**Man kann den Berliner Metallstreik keineswegs gesondert behandeln, ohne die gesamte politische Lage, in der wir uns in Deutschland befinden, zu berücksichtigen. Der Berliner Metallstreik, der größte Kampf der letzten Jahre, ist zu gleicher Zeit ein Ergebnis und mächtiger Faktor der gesamten Entwicklung. Dieser Streik war keineswegs eine reine Abwehrbewegung, er war seinem ganzen politischen Inhalt nach, der ganzen Stimmung der Massen nach, die in den Beschlüssen der Belegschaften ihren dokumentarischen Ausdruck fanden, eine Gegenoffensive nicht nur gegen das Unternehmertum, sondern gegen die ganze Politik der Brüning-Regierung.** Am Anfang des Streiks war es überhaupt nur die RGO., die Belegschaftsversammlungen einberief. Der DMV. ging inmitten des Kampfes zu einer Versammlungskampagne über, die Versammlungen wurden aber durchwegs von uns übernommen. Die Belegschaften stellten überall, zusammen mit Lohnforderungen, auch politische Forderungen und Losungen gegen das Schlichtungswesen, gegen den Einsatz der Polizei, gegen das ganze Hungerprogramm der Brüning-Regierung.

Feinde und Freunde sind sich darüber klar, daß der Berliner Metallstreik eine Bedeutung hat, die weit über die Grenzen der Berliner Metallindustrie hinausgeht. Das haben die Zwangsschlichter in der Begründung des Metallspruchs öffentlich erklärt; das erklärt die gesamte bürgerliche Presse, das ist zum Gemeinplatz geworden. Der Berliner Metallstreik gewinnt deshalb für Millionen deutsche Arbeiter, die jetzt in Tarifbewegungen stehen, für die gesamte deutsche Arbeiterklasse eine außerordentliche Bedeutung. Die Lehren dieses Streiks müssen nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reiche studiert werden.

### Strategie des Kampfes und Strategie des Verrats

**Mit besonderer Genauigkeit müssen die zwei großen Richtungen, die in diesem Streik gegeneinander kämpften, vor die Augen der breitesten Massen der deutschen Arbeiter geführt werden. Die Strategie und Taktik der DMV.-Bürokratie und die Strategie und Taktik der Revolutionären Gewerkschaftsopposition — das sind die zwei Wege, unter denen die Arbeiterschaft wählen muß.**

Die große strategische Linie des deutschen Sozialfaschismus ist bekannt: Rettung des absterbenden, verfaulenden Kapitalismus. Da das nur auf Kosten der weiteren Auspressung der Arbeitermassen möglich ist, so muß mit aller Entschiedenheit die weitere Unterdrückung und Knechtung der Werktätigen durchgeführt werden. Deshalb die Unterstützung der kapitalistischen Rationalisierung, des Abbaus der Sozialpolitik, der Massensteuern, des Hungerprogramms der Brüning-Regierung. **Diese große strategische Linie des Verrats an den Lebensinteressen der Arbeiter diktierte der DMV.-Bürokratie ihre Taktik im Berliner Metallstreik.**

### Die Etappen des DMV.-Verrats

Der Berliner Metallstreik ist ein typisches Beispiel für alle Methoden der Streikbruchtaktik der Reformisten. Tag für Tag konnten wir das beobachten. Als unter dem Druck der Mobilisierung der RGO. eine Streiklust, ein Streikwille in die Belegschaften kam, als immer mehr Betriebe streikfertig waren, hielt es die DMV.-Bürokratie für zweckmäßig, auch den Streik zu proklamieren. Die Angst, daß entscheidende Großbetriebe unter Führung der RGO. allein, ohne den DMV. in den Kampf gehen würden, zwang die Bürokraten zur Streikproklamierung. Die Bürokraten bedienten sich in den Tagen vor dem Streik einer sehr radikalen Phraseologie. Ich erinnere an den Ausspruch von Urich: „Keinen zehntel Pfennig Lohnabbau!", an den Artikel von Brandes im „Vorwärts" mit dem Satz: „Was notwendig ist, ist eine Erhöhung der Löhne". Sie versuchten mit Hilfe der radikalen Phrase, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen und bei der ersten besten Gelegenheit den Kampf abzubrechen.

Wir haben während des Streiks gesehen, wie die DMV.-Bürokratie ein ganzes System von Streikbruchmethoden angewandt hat, um die Kampffront in sich zerfallen zu lassen. Sie haben Notstandsarbeiter in Hülle und Fülle in die Betriebe gelassen. Sie haben Anweisung gegeben, daß die Lehrlinge Streikbrucharbeit durchzuführen haben. Sie haben versucht, den Streik auf die VBMJ-Betriebe zu lokalisieren: den übrigen Betrieben wurde direkt verboten, zu streiken, obwohl in diesen Betrieben über 100 000 Metallarbeiter beschäftigt sind. Sie haben abgelehnt, die Angestellten der VBMJ.-Betriebe in die Bewegung hineinzuziehen. Sie haben versucht, die Unorganisierten gegen die Organisierten, die Jugendlichen gegen die Erwachsenen auszuspielen.

Am 28. Oktober unterzeichnete Urich die Vereinbarung über Streikabbruch. In den Betrieben, in denen die RGO. keine feste Positionen hatte, wie bei Siemens und in der AEG. Turbine, wurde die Aufnahme der Arbeit von der DMV.-Bürokratie durchgesetzt, ohne die Belegschaften auch auf irgendwelche Art und Weise zu befragen. Das hat dem Streik das Genick gebrochen. Die DMV.-Bürokratie schrieb in ihrem „Vorwärts" über den „Erfolg der Streikbewegung".

Es folgte dann der Schiedsspruch vom 8. November, der genau denselben achtprozentigen Lohnabbau brachte, wie der erste Schiedsspruch, dessentwegen die Metallarbeiter in den Kampf gegangen waren. Die Bürokratie und der „Vorwärts" gaben einige radikale Sätze von sich, erklärten aber, der Schiedsspruch sei bindend; man müsse zum Kampf am 1. Juli 1931 rüsten.

## Die RGO. im Metallkampf

**Was ist die Strategie und Taktik der RGO.?** Unsere große strategische Linie kennt die deutsche Arbeiterklasse: Wir sind der Auffassung, daß es nicht die Aufgabe der Arbeiterschaft ist, Opfer für die Erhaltung des zusammenkrachenden kapitalistischen Systems zu bringen. Wir sind vielmehr der erbittertste Gegner des Systems der Lohnsklaverei. Wir sind für die Organisierung des Kampfes der Massen auf der breitesten Grundlage, um den Anschlag auf ihre Lebenshaltung zurückzuweisen.

Unsere Taktik im Metallkampf hatte unsere strategische Einstellung zum Ausgangspunkt. **Was waren unsere wirtschaftlichen Forderungen?** Kein Lohnabbau, 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, Brot und Arbeit für die Erwerbslosen, Lohnerhöhung. Mit der letzten Forderung — Lohnerhöhung — haben wir einige Erfahrungen gemacht, die von den Kollegen im Reich beachtet werden müssen. Wir haben zuerst eine Lohnforderung von 20 Pf. aufgestellt. Diese Forderung entsprach aber nicht der Einstellung der Massen. Es zeigt sich dort, wo die RGO. auftrat, sei es in Delegiertenkonferenzen, öffentlichen Versammlungen oder Demonstrationen, daß die Losung der Lohnerhöhung von 20 Pf. hohl klang, also zu hoch gesetzt war, so daß die Massen an die Möglichkeit ihrer Durchsetzung in der jetzigen Situation nicht glaubten. **Im Vordergrund standen die Abwehr des Lohnabbaus und die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich.**

Die politischen Losungen waren richtig aufgestellt. Die Massen verstanden sie und machten sie sich zu eigen. Die Parole der Verbreiterung des Streiks gelang uns nicht, in die Tat umzusetzen. Nur 17 Metallbetriebe in Berlin, die keine VBMJ.-Betriebe sind, streikten. Im Reiche sind eine ganze Reihe Betriebe vorhanden, die Zweigbetriebe der Berliner Metallbetriebe sind; aber auch dort gelang es uns nicht, den Kampf zu entfalten. **Wir haben eine große materielle und moralische Unterstützung in Berlin und im ganzen Reich mobilisiert.** Die RGI. und ihre Sektionen, insbesondere die russischen Gewerkschaften, gaben den Berliner Metallarbeitern ihre volle moralische Unterstützung. In Berlin gab es in der letzten Woche ungefähr siebzig Küchen, von denen etwa 30 000 Arbeiter pro Tag verpflegt wurden.

**Die Vorbereitung des Metallstreiks** war zweifellos mangelhaft. Nur in der letzten Zeit vor dem Streik ist es uns gelungen, vorbereitende Kampfausschüsse in den großen Metallbetrieben zu organisieren. Ein Fehler in unserer Taktik in der Vorbereitung des Streiks hat sich an uns gerächt. Die Terminsetzung des Streiks auf den 5. Oktober war eine Ueberschätzung unserer damaligen Kräfte; die spätere Terminsetzung auf den 3. November war eine Unterschätzung unserer Kräfte. Hier sind wichtige Lehren über die Terminsetzung eines Kampfes zu ziehen. Die Fehler konnten schnell korrigiert werden. Im Laufe des Kampfes gelang es uns, in etwa 170 Betrieben gut arbeitende Streikleitungen zu schaffen.

Es muß gesagt werden, daß die „Rote Fahne" in der Organisierung und Führung des Streiks eine große Rolle gespielt hat. Sie hat durch ihre „Streikzeitung" Tag für Tag die Etappen angegeben, die politischen Losungen und die organisatorischen Schritte aufgezeigt. Es ist eine riesige Arbeit durchgeführt worden auf dem Gebiet der **politischen Erziehung der streikenden Arbeiterschaft.**

Als ein Mangel in der Führung des Streiks unsererseits muß die **ungenügende Fraktionsarbeit im DMV.** und den übrigen Verbänden betrachtet werden. Vor dem Streik waren in Berlin Branchenversammlungen des DMV. Unsere Genossen sind dort wenig aufgetreten, obwohl der Boden für uns sehr günstig war.

Wir konnten während des Streiks 14 000 Metallarbeiter als RGO.-Mitglieder gewinnen. Die Auflage des „Metallblock" hat 16 000 erreicht. Viele hunderte neue Funktionäre sind im Feuer des Kampfes geschaffen worden, die jetzt für die RGO. und für den roten Metallarbeiterverband werben werden.

## Was hat der Metallstreik gezeigt?

Der Verlauf des Berliner Metallstreiks hat mit großer Anschaulichkeit die Richtigkeit der Beschlüsse des 5. RGI.-Kongresses illustriert. Wir konnten das in jeder Phase des Kampfes feststellen. Hundertmal recht hatte der RGI.-Kongreß, als er den Satz aufgestellt hat: **Wirtschaftskämpfe sind die beste Revolutionsschule für die Arbeitermassen.** Wer den Berliner Metallstreik miterlebt hat, hat gesehen, welche Summe von Klassenhaß, von revolutionärer Empörung und Erbitterung, welcher Kampfesmut sich besonders bei den Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern gezeigt hat. Sechs Jahre lang haben die Berliner Metallarbeiter nicht gestreikt. **Innerhalb von 14 Streiktagen ist der Reformismus viel mehr bloßgelegt worden als in vielen Monaten durch unsere Agitation und Propaganda.** Wir können mit aller Deutlichkeit feststellen, was an revolutionärer Energie in diesen 14 Tagen von der Berliner Arbeiterschaft akkumuliert worden ist. Diese Energie hat nicht nur ihre Bedeutung für die nächsten Wirtschaftskämpfe, sondern für alle Kämpfe der nächsten Zukunft.

### Eine reformistische Legende geplatzt

Der Berliner Metallstreik hat darüber hinaus seine prinzipielle Bedeutung dadurch, daß er z. B. die reformistische Legende zerstört, wonach in der Zeit einer großen Krise keine Kämpfe geführt werden können. Die Reformisten stellten bekanntlich die These auf: Bei einer Millionenerwerbslosigkeit kann man keine Streiks führen, weil die Erwerbslosen ihren streikenden Kollegen in den Rücken fallen werden. **Gerade das Gegenteil hat sich gezeigt, die Erwerbslosen in Berlin waren mit die treuesten Truppen bei der Führung des Streiks!**

Es ist während des Streiks gelungen, die **Unorganisierten** restlos in der Kampffront zu halten. **Hier hat sich genau wie in Nordwest und Mansfeld gezeigt, daß nicht die hungernden Unorganisierten, sondern die satten Bürokraten die Gefahr für einen Streik sind.** Aehnlich kann man über die Rolle der **Arbeiterinnen** sprechen und über die der **Jungarbeiter. Sie standen in der vordersten Reihe des Kampfes.**

### Ruhrbergbau und Metall

**Der Berliner Metallstreik war die erste große Klassenschlacht. Jetzt kommt es darauf an, alle Kräfte auf die Auslösung des Metallarbeiterstreiks in Berlin und im ganzen Reiche zu konzentrieren. Der nächstwichtige geographisch-strategische Punkt, auf den sich die Klassenkräfte in Deutschland konzentrieren, ist der Ruhrbergbau.** Die Unternehmer im gesamten Bergbau, im Aachener Revier, im Saargebiet, in Schlesien und Sachsen warten auf den Ausgang des Kampfes an der Ruhr. Es ist unsere Pflicht, alle Kräfte einzusetzen, um das Ruhrproletariat zu unterstützen, den Angriff der Unternehmer abzuwehren. Zu gleicher Zeit ist es die **Metallindustrie im Reich,** in der sich die nächsten Kämpfe abspielen werden. **Bergbau und Metall stehen jetzt im Mittelpunkt des Ringens der Klassenkräfte in Deutschland.** Die Kämpfe in diesen Industriezweigen werden maßgebend sein für die gesamte Lage des deutschen Proletariats.

Das bedeutet natürlich keineswegs, daß wir die anderen Industriezweige und Wirtschaftsgebiete vernachlässigen können. Man muß aber im Klassenkampf, genau wie im Kriege, die Knotenpunkte, die für die kämpfenden Armeen von großer Bedeutung sind, niemals aus dem Auge lassen. In der gesamten übrigen Industrie, wo ebenfalls der Lohnabbau

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301208-14/fragment/page=0005

droht, die Tarife ablaufen, steht die Streikrüstung in allen Betrieben auf der Tagesordnung.

## Die gewaltigen Aufgaben der RGO.

In allen Fabriken und Schächten, in den Büros und den Kaufhäusern steht die RGO. an der Spitze der arbeitenden Massen. Sie organisiert und führt ihre Kämpfe, sie formuliert die Forderungen, sie vertritt rücksichtslos die Interessen der Arbeiter gegen die Kapitalisten. Wir stellen unsere Forderungen für die Industriearbeiter, Erwerbslosen, Arbeiterinnen, Jugendlichen, Landarbeiter und Angestellten auf. Alle Probleme des Arbeiterlebens, alle Dinge, die mit der täglichen Interessenvertretung der Arbeiter zu tun haben, alle materiellen Forderungen der Arbeiter stehen im Mittelpunkt der RGO.-Politik. Deshalb ist es notwendig, in raschem Tempo Betriebsgruppen aufzubauen, Erwerbslosengruppen zu schaffen und die Arbeit der RGO.-Fraktionen in den reformistischen Gewerkschaften zu vervielfachen.

Der Berliner Metallstreik hat zur Schaffung eines roten Metallarbeiterverbandes in Berlin geführt. **Im Feuer des Kampfes, im Gefecht des Streiks ist die Berliner Metallarbeiterschaft zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, um erfolgreiche Kämpfe zu führen, zu einer mächtigen, straff organisierten gewerkschaftlichen Massenorganisation ausgebaut werden muß.** Die Schaffung des roten Metallarbeiterverbandes in Berlin ist ein Signal für die ganze Arbeiterklasse. Millionen deutscher Arbeiter horchen auf, sie sehen zu, wie diese neue, gewaltige Tatsache in der revolutionären Bewegung aufsieht. **Die Massen urteilen nur an Hand von Tatsachen.**

**Wir schmieden in Deutschland eine mächtige selbständige revolutionäre Gewerkschaftsbewegung, die die Kämpfe der Arbeiterschaft um Brot und Macht führen soll. Der rote Metallarbeiterverband in Berlin ist der Ausdruck dafür, daß die deutsche Arbeiterbewegung an einem Wendepunkt von großer historischer Bedeutung angelangt ist. Der rote Metallarbeiterverband zeigt den Weg, auf den die RGO. in der Entwicklung zusteuert.**

Wir müssen die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition mit aller Energie ausbauen. **Wir müssen aber gleichzeitig unsere Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften vervielfachen.** Wir sind uns klar, daß die Gewerkschaftsbürokratie den Kampf gegen uns auf Leben und Tod aufnehmen wird. Sie weiß ganz genau, was für sie auf dem Spiel steht. In jedem Betrieb, in jeder Abteilung, in jeder Gewerkschaftsversammlung wird der unversöhnliche Kampf zwischen dem Gewerkschaftsapparat und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition entbrennen. Wir sind im Angriff gegen den Reformismus. **Wir führen ihn als die Vertreter der breitesten Schichten des deutschen Proletariats gegen die Clique, die die Massenorganisationen der deutschen Gewerkschaften beherrscht und vergewaltigt. Wir werden in diesem Kampf die Sieger sein!**

# Der organisatorische Aufbau der RGO.

Genosse Emmrich stellte in seinem Referat fest, daß die RGO. seit dem 1. Reichskongreß bereits gewerkschaftliche Erfolge zu verzeichnen hat und daß ihr politischer Einfluß gewaltig gestiegen ist. Nicht Schritt gehalten hat damit die organisatorische Verankerung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in den Betrieben und Arbeitsnachweisen.

**Der V. Kongreß der RGJ. stellt allen Sektionen die Aufgabe, auf dem Gebiet der organisatorischen Tätigkeit eine energische Wendung vorzunehmen.** Nach einer Kritik an der bisherigen Arbeit betonte der Redner, daß die

**Schaffung von Betriebsgruppen eine Lebensfrage für die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition**

in Deutschland ist.

In eine Betriebsgruppe der RGO. werden alle Anhänger der RGO. ungeachtet ihrer politischen, religiösen oder sonstigen Weltanschauung aufgenommen, wenn sie nur gewillt sind, gegen Unternehmer und gegen den sozialfaschistischen Gewerkschaftsapparat zu kämpfen. In den Orten, wo nur Zwergbetriebe bestehen, werden **Betriebsgruppen eines Industriezweiges** geschaffen. Die Registrierung in allen Betriebsgruppen erfolgt nach gewerkschaftlicher Zugehörigkeit und nach Abteilungen. Zur Forcierung unserer gewerkschaftlichen Tätigkeit werden außerdem alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu einer Betriebsfraktion der RGO. zusammengefaßt.

Die Betriebsgruppe ist verpflichtet, sofort in jedem Betrieb einen revolutionären Vertrauensmännerapparat aufzubauen. Die Verantwortung für die gesamte politische und organisatorische Arbeit innerhalb eines Betriebes trägt die Betriebsgruppenleitung, deren Zusammensetzung von der Größe des Betriebes und der Stärke der RGO.-Betriebsgruppe abhängt. In Betrieben, in denen die Jugend stärker vertreten ist, werden besondere Jugendgruppen gebildet; auch in Betrieben mit starken Frauenbelegschaften ist die Organisierung besonderer Frauenkommissionen notwendig, die ihre Arbeit natürlich im Rahmen der Betriebsgruppe durchzuführen haben.

**Jede RGO.-Betriebsgruppe muß eine enge organisatorische Verbindung mit den Erwerbslosen ihres Gebietes eingehen.**

Zu jeder Betriebsgruppenleitungssitzung, zu jeder Betriebsgruppenversammlung müssen Arbeitslose hinzugezogen werden. Alle Anhänger der RGO. erhalten in den Betrieben eine Mitgliedskarte ihrer Industriegruppe. Das trifft auch für die erwerbslosen RGO.-Anhänger zu.

### Vertiefung der Erwerbslosenarbeit

**Die Beschlüsse des 5. Kongresses verpflichten die RGO., die Arbeit unter den Erwerbslosen zu vertiefen.** Die bisherige lose Erfassung der Erwerbslosen genügt nicht mehr, um die breiten revolutionären Energien, die in den Massen der Erwerbslosen stecken, zur Organisierung des revolutionären Klassenkampfes auszunutzen.

Zur Unterstützung des Erwerbslosenausschusses muß auch auf den Stempelstellen genau wie in den Betrieben ein revolutionärer Vertrauensmännerkörper geschaffen werden sowie besondere Frauen- und Jugendkommissionen. An Orten, wo mehrere Stempelstellen bestehen, wählen sich sämtliche Erwerbslosenausschüsse einen örtlichen Erwerbslosenausschuß, der dann für die gesamte politisch-organisatorische Tätigkeit unter den Erwerbslosen des Ortes verantwortlich ist. Nach den Beschlüssen des 5. RGJ.-Kongresses sind die roten Verbände verpflichtet, erwerbslose Mitglieder als gleichberechtigte Mitglieder aufzunehmen. Erwerbslose, die ausgesteuert sind, müssen von den roten Verbänden ohne jede Beitragszahlung organisiert werden.

**RGO.-Betriebsgruppe und Erwerbslosengruppe sind die Fundamente, auf denen sich der vertikale und horizontale Aufbau der Revolutionären Gewerkschaftsopposition in Deutschland vollzieht.** Dabei hat die örtliche Industriegruppe die Aufgabe, die Mitglieder der RGO.-Gruppen zu organisieren und zu führen. Eine wichtige Aufgabe dieser Industriegruppen ist auch, die Fraktionsarbeit in den reformistischen Organisationen zu organisieren. Wo, wie in der Industriegruppe Textil, drei verschiedene Verbände bestehen — Bekleidungsarbeiter, Hutarbeiter und Textilarbeiter —, müssen selbstverständlich drei verschiedene Fraktionen organisiert werden.

Die **ausführenden Organe der Industriegruppe** sind: 1. die Betriebsgruppen der RGO.; 2. die Erwerbslosengruppen der RGO.; 3. die gewerkschaftlichen Fraktionen in den verschiedenen Gewerkschaften; 4. die roten Verbände. Es ist selbstverständlich, daß die roten Verbände als Teil der revolutionären Gewerkschaftsbewegung den Beschlüssen der leitenden RGO.-Organe, und im örtlichen Maßstab der RGO.-Industriegruppe unterstehen.

Die Presse ist die wichtigste propagandistische Waffe. Wenn sie ihren Zweck erfüllen soll, müssen aus den bisherigen Organen Massenorgane der RGO. gemacht werden. Deshalb wird grundsätzlich

**für jede Industriegruppe nur ein Organ**

herauskommen mit Beilagen für große Industriebezirke. **Eine Ausnahme in der zentralen Regelung der Pressefrage machen die Erwerbslosenzeitungen.** Sie werden nach wie vor bezirklich herausgegeben, um den verschiedenen anders gelagerten Verhältnissen gerecht zu werden.

Die Reichszeitungen der Industriegruppen werden obligatorisch und gratis an alle Mitglieder geliefert. Darüber hinaus müssen natürlich alle Industriegruppenzeitungen in den Betrieben und auf den Arbeitsnachweisen in Massen umgesetzt werden.

Auf die Frage der Wählbarkeit, die Abberufung von Funktionären und des Ausschlusses von Mitgliedern soll hier nicht näher eingegangen werden, weil es dabei sicher keine Differenzen geben wird. Der noch bestehende Mangel an Funktionären muß durch energische Heranschulung von neuen Kadern wettgemacht und die Engherzigkeit in bezug auf Heranziehung von unorganisierten Arbeitern in den Funktionärapparat überwunden werden. Sonst werden wir nicht in der Lage sein, die vor uns stehenden Aufgaben durchzuführen.

# Die Diskussion

Als erster Redner spricht ein Vertreter des **AEG.-Konzerns** und geht auf die Vorgeschichte des Metallarbeiterstreiks ausführlich ein. In den Berliner Betrieben wurde festgestellt, daß in mindestens 85 Prozent aller Betriebe bei Beginn des Streiks von den Reformisten keine Streikleitungen gewählt wurden. In 75 Prozent aller Betriebe haben wir uns das nicht gefallen lassen, sondern haben sofort Betriebsversammlungen einberufen und Streikleitungen gewählt.

Das Verhalten der reformistischen Gewerkschaften in dem Berliner Metallarbeiterstreik hat den Weg gewiesen, den diese Gewerkschaften in der Zukunft gehen werden. Die Berliner Metallarbeiter haben daraus die Konsequenzen gezogen und haben einen roten Metallarbeiterverband gegründet.

### Parteilose und unorganisierte Ruhrarbeiter entwickeln die größte Aktivität

Der Vertreter des **Ruhrgebietes** berichtet über die Erfolge der RGO. Beim Ausbruch des **Textilarbeiterstreiks in Nordhorn** hatte die RGO. keinerlei Einfluß. Der Unternehmer wollte die Löhne um 20 Prozent abbauen. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie schlug vor, sich einen sechsprozentigen Lohnabbau gefallen zu lassen. Unter aktiver Teilnahme der Unorganisierten haben die Textilarbeiter das mit Vierfünftelmehrheit abgelehnt. **Die Bewegung steht jetzt, wenn auch nicht hundertprozentig, unter der Führung der RGO.**

**Im Ruhrgebiet bestehen zur Zeit 52 vorbereitende Kampfausschüsse und 34 Vertrauensmännerkörper in den Betrieben,** Zechenanlagen, die von uns beherrscht werden, übernehmen Patenschaften für andere Betriebe.

### Deutsche RGO.-Arbeit muß internationale Anerkennung finden

Mit stürmischem Beifall wurde der Vertreter des Vollzugsbüros der Roten Gewerkschafts-Internationale von der Reichskonferenz empfangen. Der 5. RGJ.-Kongreß hat außerordentlich weittragende Beschlüsse für die Arbeit der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland gefaßt. Eure Reichskonferenz hat die Aufgabe, diese grundsätzlichen Beschlüsse zu konkretisieren und ihre praktische Durchführung zu organisieren.

**Die RGO. ist die Vorstufe zur Bildung revolutionärer Gewerkschaften.**

Die erste und Hauptvoraussetzung für die Bildung revolutionärer Gewerkschaften ist, daß ihre Bildung niemals eine Loslösung von den Massen, sondern ihre organisatorische Erfassung darstellt. Die zweite Voraussetzung ist, daß ihre Bildung keine mechanische Schaffung einer Gewerkschaft sein darf, sondern nur als Produkt des Kampfes gegen Unternehmertum und Gewerkschaftsbürokratie erfolgen darf. Die dritte Voraussetzung besteht darin, daß bei der Schaffung einer revolutionären Gewerkschaft die allgemeine Lage des Industriezweiges und des betreffenden Ortes berücksichtigt werden muß und nur unter Zustimmung der RGO. Deutschlands vorgenommen werden darf.

Nachdem der Redner ausdrücklich erklärt hatte, daß die RGJ. alle die bekämpfen wird, die sich gegen die Herausbildung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland wenden, betonte er, **daß die Arbeit der RGO. in Deutschland durch die angewandten Kampfmethoden, Mittel und Formen mustergültig und beispielgebend für die gesamte Internationale werden muß.**

Der Vertreter der **RGO. Thüringens** konnte berichten, daß es durch die Arbeit der RGO. den Unternehmern unmöglich gemacht wurde, den Lohnraub ohne Widerstand durchzuführen.

Mit großer Aufmerksamkeit wurde der Bericht einer **Berliner Metallarbeiterin** angehört. 60 000 Frauen haben während des Berliner Metallstreiks im Kampf gestanden. In den Hauptbetrieben traten sie hundertprozentig in den Streik.

Die folgenden Diskussionsredner **vom Niederrhein** und von **Sachsen** berichten von den Erfolgen ihrer Tätigkeit und weisen aber auch darauf hin, daß noch große Mängel bestehen.

Eine **Jungarbeiterin aus Berlin** stellt fest, daß die Jungarbeiter im Berliner Metallarbeiterkampf bewiesen haben, daß sie eine **wichtige Aktionstruppe der gesamten Arbeiterschaft im Kampf** sind.

Der Vertreter der **RGO. Hamburg** berichtet über die ausgezeichneten Erfolge der RGO., die durch hartnäckige Arbeit bei den Streiks der Fürsorgearbeiter und Textilarbeiter erzielt wurden. Innerhalb von drei Tagen war es möglich, 1000 vollkommen indifferente Arbeiterinnen unter roten Fahnen und revolutionären Losungen demonstrieren zu lassen.

Nachdem Genosse Ewers ausführlich über die Arbeit und die Lage der Erwerbslosen gesprochen hatte, betonte ein weiterer Redner aus dem Ruhrgebiet, daß die Arbeit der RGO. vor allem auf die Erfassung der schlechtestbezahlten Schichten der Arbeiterinnen und Jungarbeiter konzentriert werden muß.

Ein **Vertreter der Angestellten** betonte die große Wichtigkeit der Arbeit unter den sechs Millionen Angestellten, die es in Deutschland gibt, weil ein Versäumnis dieser Arbeit bedeutet, daß die Angestellten dem Faschismus in die Arme getrieben werden.

Nachdem der Vertreter der **RGO. Baden** über die Arbeiten und die internen Schwierigkeiten in seinem Bezirk berichtet hatte, konnte ein Vertreter von Köln über den Kampf berichten, der unter Führung der roten Betriebsräte anläßlich des Grubenunglücks in Alsdorf durchgeführt wurde.

Auf die Wichtigkeit der **Arbeit unter dem Landproletariat** wurde von dem nächsten Redner nachdrücklichst hingewiesen. Der Redner schildert die Schwierigkeiten bei der Organisierung der Landarbeiter und fordert ihre bezirksweise Organisierung.

Nach weiteren Berichten des Vertreters der RGO. aus dem Bezirk **Halle-Merseburg** sprach Genosse Klinger über die Wichtigkeit der **Arbeit unter den Jugendlichen.**

Genosse Ulbricht betonte in seinen Ausführungen, daß es nicht genügt, Sympathie mit der RGO. zu haben. Es ist notwendig, eine Klassenorganisation der deutschen Arbeiter zu schaffen, in der alle Arbeiter zusammengefaßt werden, die die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes gegen das Unternehmertum erkannt haben.

Den Berliner Metallindustriellen kam es nicht nur darauf an, den Lohn um 8 Prozent abzubauen.

Zum Schluß betonte der Redner: Wenn es möglich gewesen ist, in 165 Betrieben selbständige Streikleitungen zu wählen, so ist das zweifellos zu einem Teil das Ergebnis jener Vorarbeit, die bei den Betriebsrätewahlen systematisch begonnen wurde, und weil im Kampf um die Betriebe bei unseren führenden Funktionären der Gewerkschaftslegalismus beseitigt worden ist.

In der Diskussion sprachen dann noch Vertreter aus **Schlesien,** ein Vertreter des **graphischen Gewerbes,** eine **Arbeiterin aus Sachsen** sowie ein **Vertreter aus Thüringen.**

## Beiträge für RGO.-Mitglieder

Die Reichskonferenz der RGO. hat beschlossen, folgende Beiträge zu erheben:

| | |
|---|---|
| **Ausgeschlossene und Unorganisierte** | **30 Pf. pro Woche** |
| **Frauen und Kurzarbeiter** | **20 Pf. pro Woche** |
| **Landarbeiter und Jugendliche** | **10 Pf. pro Woche** |
| **Erwerbslose und Lehrlinge** | **5 Pf. pro Woche** |
| **Organisierte in reformistischen Verbänden** | **10 Pf. pro Woche** |

# Betriebsräte- und Ortsverwaltungswahlen

Nach den Berichten der verschiedenen Kommissionen referierte Genosse Auer über die Vorbereitungsarbeiten der RGO. zu den Betriebsrätewahlen und den Ortsverwaltungswahlen. Der Redner erklärte, daß überall dort, wo bereits bei den letzten Betriebsrätewahlen Listen der RGO. aufgestellt worden sind, alles aufgeboten werden muß, um die entscheidende Mehrheit der Belegschaften zur Stimmabgabe für die roten Betriebsratslisten zu gewinnen.

In allen Betrieben, wo es RGO.-Anhänger und RGO.-Betriebsgruppen gibt, müssen zu den Betriebsrätewahlen RGO.-Listen aufgestellt werden. Jede gemeinsame Kandidatur von RGO.-Anhängern und Reformisten muß abgelehnt werden.

Auch die Vorbereitungsarbeiten zu den **Ortsverwaltungswahlen** in den Gewerkschaften müssen sofort in Angriff genommen werden. Der Verrat der Reformisten bei der Lohnabbauoffensive der Unternehmer hat eine so große Erbitterung unter den Gewerkschaftsmitgliedern geschaffen, daß die besten Voraussetzungen dafür gegeben sind, die Beschlüsse des 5. RGJ.-Kongresses in die Tat umzusetzen, in denen eine verstärkte Arbeit der RGO.-Fraktionen in den Gewerkschaften gefordert wird.

**Die Anhänger der RGO. müssen alle Kräfte mobilisieren, um neue Tausende von Funktionen zu besetzen, um so die Voraussetzungen zu schaffen, die Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von dem Einfluß der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie zu befreien und für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen.**


## RGO.-Taschenkalender

Im Internationalen Arbeiter-Verlag ist ein RGO.-Taschenkalender erschienen. Aus dem Inhalt: Kalendarium, Adressenmaterial, RGO.-Organisationen, RGO.-Presse, Parteiorganisation, Parteipresse, Arbeiterkulturorganisationen, Statistiken, Bevölkerung der Erde, Koloniale Verteilung der Welt, Wettrüsten usw., Streiks, Arbeitsmarkt. Die wichtigsten Bestimmungen des Arbeitsrechts, Krankenversicherung. Die Reichstagswahlen 1919/30. Die Sowjetunion, Karl Marx über die Rolle der Gewerkschaften, Lenin über die Rolle der Gewerkschaften. Marxistische Arbeiterschulung, Gedenktage, Verzeichnis der Gewerkschafts- und Parteiliteratur usw

In biegsamem, dauerhaftem Einband. Preis 50 Pfennig. Der RGO.-Kalender ist der beste Ratgeber für jeden Arbeiter, Gewerkschaftler und Parteifunktionär. Erhältlich bei den Bezirksausschüssen der RGO. und bei allen Literaturobleuten.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301208-14/fragment/page=0006

SAJ.-„Führer" zittert vor dem

# „Abschwenken der sozialdemokratischen Jugend ins kommunistische Lager"

## Was uns ein SAJ.-Mitglied von der mitteldeutschen Führertagung in Magdeburg berichtet

Am vergangenen Sonntag fand, wie alljährlich, in Magdeburg eine Führertagung der Sozialistischen Arbeiterjugend für das Bezirksgebiet Mitteleibe statt. Im großen Saale der „Freundschaft" fanden sich alle die „Führer" zusammen, welche angeben, gegen den Faschismus zu kämpfen. Viele der Mitglieder werden innerlich in Widerspruch mit ihren Führern geraten sein, als sie das Referat des Verbandsvorsitzenden Ollenhauer hörten. Zu gleicher Zeit, in der die Partei der SAJ., die SPD., zu Demonstrationen „gegen Faschismus und Großkapital" aufruft, stellt sich dieser Ollenhauer aufs Podium und predigt der Arbeiterjugend etwas von „Frieden und Freiheit" vor. Es fehlte nur noch, daß dieser „Führer" auf die christliche Adventszeit Bezug nahm.

Was hatte nun Ollenhauer auf dieser Führertagung den jugendlichen Arbeitern zu sagen? In Nr. 284 der Magdeburger „Volksstimme" vom Freitag, dem 5 Dezember, 2. Beilage, steht es wörtlich in dem Bericht „Der Kampf um die Jugend":

„In den Kreisen der Erwerbslosen insbesondere und bei allen anderen Mitgliedern ebenfalls die politische Ungeschultheit einzuschränken ist notwendig, um ein Abschwenken ins kommunistische Lager mangels politischen Wissens zu verhindern. (Der Satz ist unklar und soll wohl heißen: Um ein Einschwenken ins kommunistische Lager mangels politischen Wissens zu verhindern, ist in den Kreisen der Erwerbslosen insbesondere und bei allen Mitgliedern ebenfalls die politische Ungeschultheit einzuschränken. Die Redaktion des „Klassenkampf").

Das beste Mittel ist eine Einführung in die Geschichte und Grundsätze der sozialistischen Arbeiterbewegung. Auf keinen Fall ist es Aufgabe der Jugend, Auseinandersetzungen innerhalb der sozialistischen Bewegung zu führen. Durch solche Auseinandersetzungen wird den Jungen die Partei nur verekelt."

Und einige Zeilen darunter heißt es weiter:

„Wir können aus praktischen und pädagogischen Gründen keine Abwehrorganisation bilden, wir wollen keine Gewaltideologie aufkommen lassen. Wir sind demokratische Sozialisten."

Sieh einmal an, mein lieber Ollenhauer und ehemaliger Fahrtengenosse, wo bleibt Deine Theorie und Praxis? Hier predigst Du Schulungskurse zur Einführung in die Geschichte und Grundsätze der sozialistischen Arbeiterbewegung — das ist vom proletarischen Standpunkt aus durchaus richtig; wie wird sich dies aber in Euren Reihen auswirken? Nachdem Ihr in Berlin und Königsberg bei den Jungsozialisten diese Schulungskurse beendet hattet, merkten die Schüler, daß diese Lehren von den alten Führern Marx und Engels heute in der SPD. keine Gültigkeit mehr haben. Als sie das der Parteiführerschaft gegenüber zum Ausdruck brachten, wurden sie ausgeschlossen oder es wurde ihnen, wie Du richtig sagtest, aber nicht eingestehen willst, die Partei verekelt.

Es ist doch richtig, wenn man theoretische Schulungskurse über proletarische Grundfragen, „Sozialismus" oder „Kommunistisches Manifest", behandelt, daß man diese auch dann mit der Praxis (d. h. mit den Taten der jetzigen Führer) vergleichen muß. Daß da bei einem Vergleich den jungen Arbeitern bei diesen Auseinandersetzungen die Partei verekelt werden muß, ist selbstverständlich. Denn sie sind es ja, welche am meisten unter den verbrecherischen Anschlägen ihrer Führer zu leiden haben.

Keine Unterstützung den Jugendlichen, Pflichtarbeit, Umschulung für landwirtschaftliche Arbeiten, das ist die sozialistische „Kulturarbeit" der SPD.-Führer, nicht nur für ihren jugendlichen Nachwuchs, sondern für die gesamte Jugend in der deutschen Republik.

Was mögen wohl die SAJler sagen, wenn sie lesen müssen, daß sie keine Abwehrorganisationen gegen den Faschismus bilden dürfen, wo sie doch fast jeden Tag im Reiche Zusammenstöße mit den provozierenden Faschisten haben?

Darum, Arbeiterjugendbündler, die ihr in Widerspruch mit den Ausführungen Eures Ver„führers" Ollenhauer steht, für Euch gibt es nur eins, Euch einzureihen in die Kolonnen des Kommunistischen Jugendverbandes. Mitzuarbeiten an der Befreiung der Arbeiterklasse in den Reihen der KPD.!

---

**Wittenberg.** Schweres Verkehrsunglück im Nebel. Am Ende der vorigen Woche ereignete sich in der Collegienstraße ein schwerer Verkehrsunfall, der den Tod des Gemüsegärtners Knape zur Folge hatte. Knape war mit seinem Sohn im Lastkraftwagen auf der Fahrt nach Elster. An einer Straßenecke wurde das Lastauto von einem — trotz des Nebels unbeleuchteten — Berliner Personenkraftwagen so heftig angefahren, daß es umschlug. Knape stürzte vom Führersitz auf das Straßenpflaster. Das Dach des umstürzenden Wagens traf ihn auf den Kopf Als man Knape aufhob, war er bereits tot.

**Heringen (Kreis Sangerhausen).** Aus acht Meter Höhe abgestürzt. Einen bedauerlichen Unfall erlitt ein Roßlaer Telegraphenarbeiter. Bei Abmontierungsarbeiten brach ein Leitungsmast und der Arbeiter stürzte aus acht Meter Höhe in die Tiefe, wo er besinnungslos liegen blieb. Er wurde in das Nordhäuser Krankenhaus gebracht.

**Deuben (Kreis Zeitz).** Sturz vom Fabrikschornstein. Auf der Grube Voß stürzte bei Gerüstarbeiten an einem Fabrikschornstein, um den zur Zeit von einer Kölner Baufirma große Ringe gelegt werden, ein Arbeiter aus 15 Meter Höhe ab. Er fiel erst auf eine Mauer, wodurch die Wucht des Falls gemindert wurde. Mit erheblichen Verletzungen am Kopf, an der Schulter und am Bein, wahrscheinlich auch mit inneren Verletzungen, wurde er dem Krankenhaus in Weißenfels zugeführt.

---

# Heraus gegen die faschistische Diktatur!

## Versammlungen der KPD.

**Am Dienstag, dem 9. Dezember:**

**Teutschenthal: 20 Uhr, im „Würdenhof". (Bericht vom Reichskongreß werktätiger Frauen.)**

**Am Mittwoch, dem 10. Dezember:**

**Kretzschau: 20 Uhr, bei Töpel. (Bericht vom Reichskongreß werktätiger Frauen.)**

**Präßen: 20 Uhr, bei Conrad.**

---

## An einem einzigen Abend in drei Orten

**gelang es, gelegentlich der von der Kommunistischen Partei jetzt überall durchgeführten Versammlungen gegen Lohnraub und faschistische Diktatur, folgende Neuaufnahmen zu machen.**

**Osmünde: 8 Neuaufnahmen, wobei in derselben Versammlung ein parteifeindliches Element ausgeschlossen wurde.**

**Lettin: 8 Neuaufnahmen, und zwar durchweg Arbeiterfrauen.**

**Wettin: 12 Neuaufnahmen, und zwar ebenfalls ausschließlich Arbeiterfrauen.**

**Das sind gute Beispiele planmäßiger und erfolgreicher Werbetätigkeit unter Arbeiterinnen, die überall Nachahmung finden müssen. Welche nächste Ortsgruppe meldet ebenfalls auf einen Hieb**

## 28 Neuaufnahmen

---

## Skandalöse Zustände in einem Nordhäuser Rechtsanwaltbüro

**Unterschlagungen eines Bürovorstehers auf Kosten von Mandanten**

Vor dem Großen Schöffengericht begann am Freitagvormittag der mit Spannung erwartete Prozeß gegen den Bürovorsteher Müller. Der Andrang des Publikums war außerordentlich stark. — Die Anklageschrift umfaßt nicht weniger als 260 Seiten. Sie wirft Müller folgendes vor: Fortgesetzte Untreue in Tateinheit mit Unterschlagungen in 34 Fällen im Betrage von etwa 52 000 Mk., ferner Unterschlagungen in unbekannter Höhe von Beträgen aus der Kasse des Rechtsanwalts Beetz (bei dem Müller tätig war), sowie vom Postscheckkonto und Bankkonto Beetz; ferner fortgesetzte Privaturkundenfälschung (rund 200 Schecks und mehrere Wechsel), Urkundenfälschung in Tateinheit mit Betrug in fünf Fällen; ferner Blankettfälschung, fortgesetzte Urkundenvernichtung und schließlich in je zwei Fällen Pfandbruch und Abgabe falscher eidesstattlicher Versicherungen.

Müller hat die Bücher des Büros in überaus unübersichtlichem Zustand zurückgelassen. Bei den Unterschlagungen handelt es sich zum großen Teil um fremde Gelder, die von oder für Mandanten dem Büro zur Weiterleitung übergeben waren. Müller hatte sich für seine Betrügereien ein regelrechtes System geschaffen, alte Löcher wurden durch neue Unterschlagungen beseitigt. Müller fing sehr geschickt Briefe ab, vernichtete sie, ließ andere nicht abgehen; wieder andere versah er mit der Unterschrift seines Chefs.

Müller gibt die Beschuldigungen teilweise zu, er entschuldigt sich damit, daß er die fehlenden Gelder vielfach für Ausgaben des Büros verwandt habe.

Die Oeffentlichkeit interessiert sich besonders dafür, daß Müller **schwere Vorwürfe gegen Rechtsanwalt Beetz** erhoben und gegen diesen mehrere Anzeigen erstattet hat. Hier muß der Prozeß Klärung bringen.

Zu der Verhandlung sind 80 Zeugen und die Sachverständigen Dr. Schatz-Halle und Justizoberinspektor Franz-Nordhausen geladen. Der Prozeß dürfte bis kurz vor Weihnachten dauern.

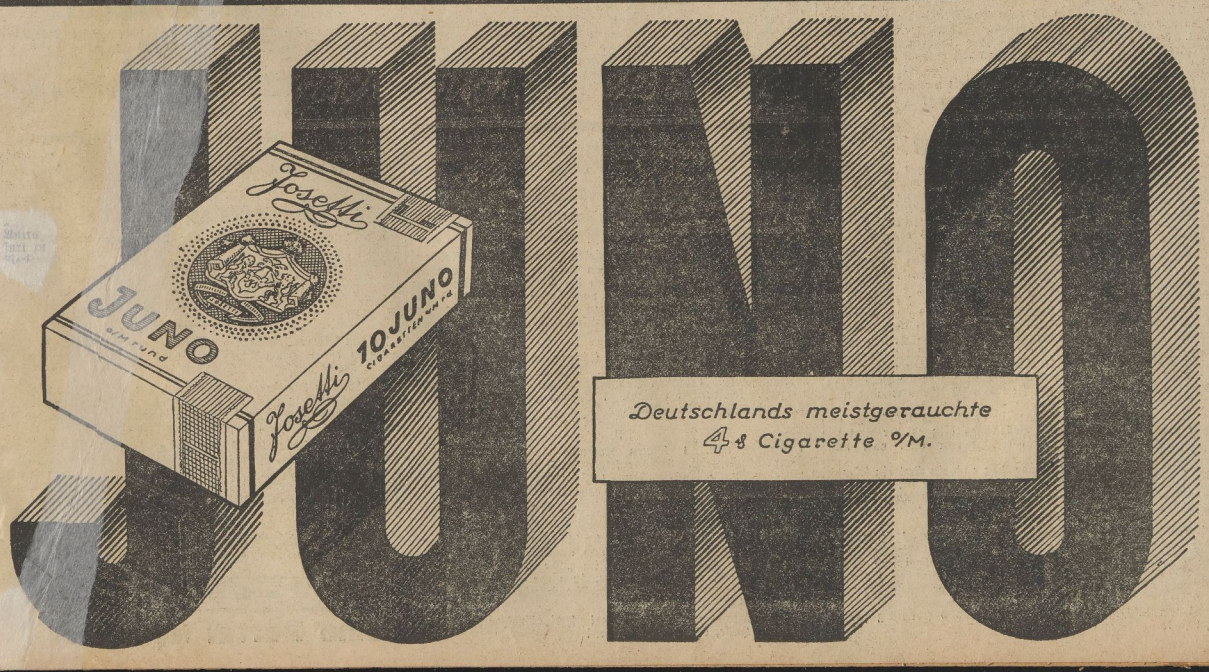
---

## Preisabbau von hinten . . .

Wie bereits in anderen Städten, so hat auch der Gastwirteverein für Merseburg und Umgebung beschlossen, mit Rücksicht auf die Erhöhung der Biersteuer eine Erhöhung des Bierpreises vorzunehmen,

---

*Das proletarische Buch ist eine Waffe im Klassenkampf!*



HALLE

Montag, 8. Dezember 1930

# Der Racheprozeß gegen die „Rote Schmiede"

## Anschauungsunterricht vom „Dritten Reich" — Reichsbannergeneral Gebhardt wird von seinem Schüler halbtot geschlagen — Das andere Gesicht der Klassenjustiz — Klassenurteil gegen Jungkommunisten

Das war ein groteskes Schauspiel, das die preußische Klassenjustiz am Sonnabend in dem düsteren Raum des hallischen Schöffengerichts gab. Prozesse gegen Nazis und Kommunisten vor einer Kammer sind bestimmt auch etwas Außergewöhnliches. Eine Anzahl Schupos ist im Gebäude des Amtsgerichts untergebracht, um die Ordnung zu garantieren. — Ein vortrefflicher Anschauungsunterricht über die „Objektivität" der Klassenjustiz wurde da gegeben. Während man in jedem Kommunisten einen Hochverräter sieht, bei dem man Beweise an den Haaren herbeizieht, um zu einem Terrorurteil zu kommen, faßt man die Nazis mit Samtpfoten an.

Bei dem Prozeß gegen den Nazi Jähnert handelt es sich um den **Ueberfall auf den Reichsbannergeneral Gebhardt** am 22. Juni in der Poststraße. Typisch hierbei ist, daß J. aus der Schule Gebhardts hervorgegangen ist und nun die Reichsbannertheorien in der Praxis an seinem früheren Lehrer probiert. Gebhardt hatte jedenfalls eine jämmerliche Ladung erwischt. Ein großzügig angelegter Straßenüberfall soll es gewesen sein. G. ist bewußtlos gewesen, hat aber trotzdem in seinem früheren Bundeskameraden J. den Straßenräuber erkannt und vor den Kadi geschleift. 14 Nazis marschierten als Zeugen auf. Widerspruch auf Widerspruch in jeder Aussage. Rücksichtsvoll erinnert der Herr Vorsitzende (in diesem Falle zufällig der Vorsitzende des Bundes republikanischer Richter, Gröhe) jeden einzelnen daran, acht zu geben vor einem Meineid.. Zehn Meineide sind bestimmt geschworen worden. Es waren ja keine Kommunisten! Die Verhandlung beleuchtete treffend das Strolchtum unter den Nazis. Sagten doch einige Zeugen selbst, daß man es am fraglichen Abend auf die Antifa abgesehen hatte. Daß man Gebhardt das Fell streichelte, dürfte wohl mehr auf ein Versehen zurückzuführen sein. Da es sich in der Person Gebhardt um ein Mitglied der staatsbejahenden SPD. handelt, konnte man den Nazi nicht ganz ungeschoren lassen. In Anbetracht der Schwere des Vergehens ist eine Haft von sechs Monaten gegenüber den Terrorurteilen bei Kommunisten als lächerlich zu bezeichnen. — Ein ganz anderes Gesicht zeigten die Instrumente der Klassenjustiz im

### Prozeß gegen Genossen der „Roten Schmiede"

Es kommt bei derartigen Prozessen weniger auf die Einzelheiten an, die der Anklage wegen Vergehens gegen Severings Republikschutzgesetz zugrunde liegen und in der Hauptverhandlung zur Erörterung standen, als auf den ganzen Charakter dieser Verhandlung und die Methoden, die angewandt wurden, um „im Namen des Volkes" ein Urteil gegen einen kommunistischen Funktionär zustande zu bringen, das jedem objektiven Zuhörer den Klassencharakter des bürgerlichen Gerichts drastisch veranschaulichte.

Seit langer Zeit ist die „Rote Schmiede", die revolutionäre Propagandatruppe der klassenbewußten Arbeiterschaft, ein Dorn im Auge der Klassenjustiz. Mit Hilfe des Severingschen Republikschutzgesetzes will man die „Rote Schmiede" zur Strecke bringen. Durch Terrorurteile gegen Genossen dieser Truppe sucht man zu schrecken. Der Genosse Strohbach, den man vor den Klassenrichter zerrte, um ihm als Führer der „Roten Schmiede" einen Prozeß wegen Verstoß gegen das Republikschutzgesetz zu machen, hat den Herren in der schwarzen Robe nicht im unklaren darüber gelassen, daß kein Terrorurteil, keine Polizeischikanen die „Roten Schmiede" von ihrer Aufklärungsarbeit abbringen. Was hatte der Genosse Str. verbrochen? In einer öffentlichen Veranstaltung der „Roten Schmiede" in Merseburg und Halle soll er beleidigende Aeußerungen gegenüber dem Reichspräsidenten gemacht haben.

Er soll Hindenburg einen „Massenschlächter" und die deutsche Republik eine „Geldjackrepublik" genannt haben. Eine Abfuhr holten sich die Kronzeugen des Staatsanwalts, Polizeihauptmann Dallmann und Krimmer Molle, die beeiden sollten, daß Genosse Strohbach anläßlich einer Jungwählerversammlung im „Volkspark" den Reichspräsidenten beschimpft und das Republikschutzgesetz glossiert haben soll.

**Das Gericht stellte ausdrücklich fest, daß die Aussagen dieser beiden Polizeizeugen nicht zuverlässig genug seien**

und demnach eine Verurteilung in diesem Falle nicht erfolgen konnte.

Staatsanwalt Altmaier hielt den Genossen St. im Sinne der Anklage für überführt. Die Autorität des Reichspräsidenten ist verletzt worden. Zudem handelte es sich ja bei diesem Angeklagten um einen Kommunisten, und die werden bei ihm grundsätzlich bestraft. Selbstverständlich sind solchen Hochverrätern mildernde Umstände zu versagen. Er beantragte sechs Monate Gefängnis.

Genosse Strohbach kennzeichnet in seinem Schlußwort nochmals den Terror gegen die „Rote Schmiede". **„Mit dem Klassenurteil treffen sie einen roten Schmied, einen Kommunisten, den eine Verurteilung nicht schreckt."** So sprechen Jungkommunisten vor der Klassenjustiz.

Das Gericht ging weit unter die Anträge des Staatsanwalts. Im Falle „Volkspark" erkannte es auf Freispruch. Für das „Vergehen" in Merseburg wurde an Stelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von zwei Wochen auf eine Geldstrafe von 70 Mark erkannt.

Dieses Urteil ist ein Terrorurteil gegen das Proletariat. Die Arbeiterschaft wird aus solchen Urteilen die entsprechende Lehren ziehen. Jede Niederlage, die uns die Klassenjustiz durch die Verurteilung unserer Genossen hier und da an den einzelnen Frontabschnitten der revolutionären Bewegung beibringt, ist nur eine scheinbare Niederlage; **denn sie bringt dem klassenbewußten Proletariat die revolutionäre Erfahrung, die klassenkämpferische Schulung, die notwendig ist, um über das herrschende kapitalistische System zu siegen.**

**Beantwortet den Justizfeldzug mit einem Masseneintritt in die KPD. und den KJVD.**

## Das Rote Sprachrohr, Berlin

**die beste Arbeiterspieltruppe Deutschlands, wirkt mit in der Veranstaltung der Marxistischen Arbeiterschule am Freitag, dem 12. Dezember, 20 Uhr, im „Wintergarten".**

## Das proletarische Buch

**Die Ansprache hält der bekannte proletarische Dichter Johannes R. Becher, Berlin. Mit der Veranstaltung verbunden ist eine große**

## Buch-Ausstellung

**Karten im Vorverkauf: 75 Pf., für Erwerbslose 30 Pf. in den Volksbuchhandlungen Lerchenfeldstraße 14, Harz 1 und in der Lesegemeinschaft „Volkspark". An der Abendkasse: 1 Mark, für Erwerbslose 45 Pfennig.**

## Arbeiter von Halle, erscheint in Massen!

## Das nennt sich Arbeiterpartei!

### Nazis und Sozis im nationalistischen Wettbewerb

Aus dem Bericht des „Volksblattes" vom Sonnabend über die Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Litke am vergangenen Freitag im Reichstag:

„Er (Litke) verlas einen „Vorwärts"-Artikel aus dem Jahre 1918, aus dem Feder (Nazi) ganz im Gegensatz zum wirklichen Inhalt herausgelesen hat, daß die Sozialdemokratie die Niederlage Deutschlands gewollt habe. Litke erklärte, wenn Feder oder ein anderer diese Behauptung noch einmal aufstellte, so sei der betreffende nichts anderes, als ein niederträchtiger Lump (!). Der jüdische sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Frank sei als Kriegsfreiwilliger gefallen, während der Naziführer Dr. Frick sich während des ganzen Krieges in der Heimat den Hintern gewärmt habe. Nicht nur die Sozialdemokraten, auch andere Parteien unterstrichen diese kräftige Wendung mit demonstrativem Beifall (!), in dem der Ordnungsruf des Präsidenten unterging."

Die Sozialdemokratie rühmt sich also, daß sie es gewesen sei, die alles andere aber nur keine Niederlage des imperialistischen Deutschland im Weltkriege gewollt habe. Die Partei des Sozialfaschismus übertrumpft durch diesen übelsten Nationalismus und durch dieses unverblümte Bekenntnis zum imperialistischen Völkermorden nicht nur die Nazis, sondern alle nationalistische und wilhelminische Kriegsverherrlicher. Das „Volksblatt" und die gesamte SPD.-Presse versuchen immer und immer wieder den Beweis zu erbringen, daß nicht die Nazis, sondern die SPD. die Partei des wahren Nationalismus sei. Die nationalistische Kriegshetzerrede des Sozialdemokraten Litke im Reichstag hat dann auch den demonstrativen Beifall der bürgerlichen Parteien gefunden! Wir erklären hier als Kommunisten, daß wir der SPD.-Presse Glauben schenken und der festesten Ueberzeugung sind, daß nicht die Nazis, sondern die Sozialdemokraten die wahren Nationalisten und Verteidiger der Kriegspolitik des deutschen Imperialismus sind.

Die sozialdemokratischen Arbeiter mögen darüber gründlich nachdenken und daraus die Konsequenzen ziehen. Litke hat in seiner Reichstagsrede im Anschluß an seine nationalistische Tiraden erklärt, daß „die Sozialdemokratie die einzige deutsche Arbeiterpartei" sei. Jeder ehrliche und klassenbewußte Arbeiter wird sich für diese „Arbeiterpartei", die vor Nationalismus und Kriegsbegeisterung übertrieft, schönstens bedanken.

## Für die politischen Gefangenen

**Die gestern vom Stadtteil Südwest durchgeführte Sammlung zur Winterhilfe der RHD. erbrachte den Betrag von**

**44,09 Mark.**

**Das ist das Resultat emsiger Arbeit weniger Genossen, das noch besser hätte sein können, wenn sich alle Genossen daran beteiligt hätten.**

## Achtung, Funktionäre des Stadtteils Zentrum!

**Der Funktionärkursus beginnt heute, Montag, den 8. Dezember, 20 Uhr, in der „Goldenen Kette". Starke Beteiligung wird erwartet.**

**Die Kursusleitung.**

## Schlachtefest auf der Straße

Am Sonnabend gegen 13.50 Uhr stürzte vor dem G[illegible] Königstraße 8 ein Pferd und brach das Bein. Die hinzu[illegible] Feuerwehr sowie der Besitzer des Wagens veranlaßten die Tötung des Tieres. Der Kadaver wurde von der Firma Thurm weggebracht. Es trat eine Verkehrsstörung der Straßenbahn von etwa 15 Minuten ein. An der Unfallstelle sammelten sich etwa 400 bis 500 Personen an.

**In den Morgenstunden** des gestrigen Tages ist bei einem Kaufmann in der Beesener Straße ein Einbruch verucht worden, gestohlen wurde nichts.

**Der Maurer Miethe aus Halberstadt,** der von der Strafkammer des Landgerichts in Halle am 25. November 1930 wegen fahrlässiger Tötung (Kurpfuscherei) zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist hat gegen das Urteil abermals Revision eingelegt.

**Glühendes Eisen.** Am Sonnabend gegen 13.10 Uhr rückte die Feuerwehr nach dem Grundstück Thüringer Straße 18 aus. Dort war in der Eisengießerei ein Stück glühendes Eisen von einer Walze abgesprungen und gegen die Decke geschleudert worden. Die Feuerwehr brauchte nicht in Tätigkeit zu treten und konnte sofort wieder abrücken.

**Spielplanänderung im Stadttheater.** Infolge Erkrankung von Generalmusikdirektor Bond und Kammersänger Faßbinder muß die für heute angesetzte Vorstellung Krenek „Das Leben des Orest" ausfallen. Es gelangt statt dessen Verdis „Othello" zur Aufführung.

**Spielwaren ◆ große Auswahl ◆ Gummi-Tieder**

## Deine Partei ist die KPD.

## Wie lebt der russische Arbeiter?

### Wie sieht es in der Sowjetunion aus?

**Heraus zur öffentlichen Versammlung heute abend, 8 Uhr im „Deutschen Gesellschaftshaus"!**

**Um ein für alle Mal auf die vielen Fragen unserer Kollegen über die materielle Lage der russischen Arbeiter Auskunft zu geben und der Gewerkschaftsbürokratie und der bürgerlichen Presse das Lügenmaul zu stopfen, geben wir nachfolgend bekannt, was wir uns während unserer siebenmonatigen Arbeitszeit in Sowjet-Rußland für den Unterhalt unserer Familien haben anschaffen können.**

I.

1 großen Koffer. 2 Lederjacken (schwarz und braun). 1 Paar Juchtenstiefel. 5 Paar Schnürstiefel. 10 Paar Strümpfe. 2 Paar Lederhandschuhe. 1 blauen Kammgarnanzug. 1 wollene Damenunterjacke. Kleiderstoff (Seide). 1 Dutzend Handtücher. Taschentücher und andere Kleinigkeiten.

Max Schneider, Halle.

II.

1 Regenmantel. 1 blauen Kammgarnanzug. 1 Lederjacke. 5 Paar Schnürstiefel. 3 Paar Kinderstiefel für meinen Jungen. 8 Oberhemden. 8 Nachthemden. 1 Pelzmütze. 1 Paar Juchtenstiefel. 2 wollene Unterjacken und andere Kleinigkeiten.

Karl Ruß, Halle.

★

**Heute abend 8 Uhr werden vier hallische Bauarbeiter, die in der Sowjetunion arbeiten und augenblicklich ihren Halbjahrsurlaub in Halle verbringen, im „Deutschen Gesellschaftshaus", Leipziger Straße, in einer großen öffentlichen Versammlung über die Verhältnisse in der Sowjetunion Bericht erstatten!**

**Deshalb heraus zur Versammlung! Freie Aussprache! Werktätige von Halle, erscheint in Massen!**

## Mißstände in der Poliklinik

A.-K. Wiederholt hat sich schon unser Organ mit den hiesigen Universitätskliniken beschäftigt. Ein neuer Fall, welcher den Abscheu gegen die Inanspruchnahme von ärztlicher Hilfe seitens der Kliniken verstärkt, betrifft die medizinische Poliklinik. Der Zustand eines kranken, jungen Mannes, der in genannter Klinik behandelt wurde, verschlimmerte sich am 27. November 1930 dermaßen, daß die Mutter desselben ärztliche Hilfe von der medizinischen Poliklinik erbat. Dieselbe wurde auch zugesichert. Das geschah vormittags. In der 14. Stunde wurden sämtliche Familienangehörige zusammengerufen, da stündlich mit dem Ableben des Kranken zu rechnen war. Dennoch war kein Arzt gekommen. Nunmehr ging der eine Sohn nochmals zur Klinik. Da sich aber immer noch kein Arzt sehen ließ, der Kräfteverfall des Kranken aber immer mehr zunahm, sah sich die Mutter gezwungen, einen anderen Arzt zu rufen, welcher auch sofort zur Stelle war. Um 16 Uhr erfolgte dann das Ableben des Kranken. Um 17 Uhr rief ein Nachbar wieder telephonisch bei der medizinischen Poliklinik an, wo er die Mitteilung erhielt, daß ein Arzt unterwegs sei. Bis 20 Uhr war aber noch kein Arzt da.

Bei der seitens des einen Sohnes in der 14. bis 15. Stunde erbetenen ärztlichen Hilfe (zweite Bestellung) hieß es, der Arzt sei zum Mittagessen. Warum kam der Arzt nun nicht nach dem Mittagessen?

Gewiß wollen wir nicht verkennen, daß auch ein Arzt ein Mensch ist, welcher Ruhepausen benötigt, aber dann muß er für einen Vertreter Sorge tragen, damit in evtl. Fällen Hilfeleistung sofort erfolgen kann.

**Kriminalstatistik vom November.** Im Polizeibezirk Halle (S.) wurden im Monat November 1930 insgesamt 201 Personen festgenommen. Durch die Tätigkeit der Kriminalpolizei sind Werte und Wertgegenstände, welche durch strafbare Handlungen abhanden gekommen waren, für etwa 10 562 Mark wieder herbeigeschafft worden. Von 33 als vermißt gemeldeten Personen wurde der Aufenthaltsort von 12 Personen ermittelt, während 9 freiwillig zurückgekehrt sind.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301208-14/fragment/page=0008

# Entfaltet das internationale Streikbanner!

**Bergproleten, unterstützt den Kohlenstreik in England durch die Tat — Die beste Unterstützung ist der eigene Kampf — Darüber hinaus sammelt sofort für die englischen Kumpels — Sammelt auch für die zwei mitteldeutschen Delegierten die zur Essener Konferenz fahren — Aktivität ist das Gebot der Stunde!**

Aufruhr in den Kohlenrevieren Europas

## Vor dem Kohlenstreik in ganz England

**Die schottischen Bergarbeiter streiken weiter unter revolutionärer Führung — Vor schweren Lohnkämpfen in Oberschlesien — Streikvorbereitungen an der Ruhr — Mitteldeutschland in die Front**

Der Streik der 92 000 schottischen Bergarbeiter, der unter revolutionärer Leitung geführt wird, bereitet sich aus. In Südwales sind sechs Gruben in den Kampf getreten. Im Revier Durham haben sich 4000 Bergarbeiter dem Streik angeschlossen. Die Bergarbeiter von Yorkshire haben sich gestern gegen die von den Unternehmern geforderte Verlängerung der Arbeitszeit ausgesprochen.

Heute findet eine Konferenz des Bergarbeiterverbandes statt. Trotz aller Bemühungen von Cook ist wahrscheinlich daß diese Konferenz, unter dem Druck der Kampfstimmung in den Bergrevieren, den Kampf beschließen wird. Der unter revolutionärer Führung stehende Bergarbeiterstreik in Schottland wirkt zündend auch in den anderen Distrikten. Macdonald wird die reformistischen Führer des Bergarbeiterverbandes voraussichtlich noch im Laufe des heutigen Tages zu sich einladen um den allgemeinen Streik zu verhindern. Die Stimmung der Bergarbeiter ist aber für den Streik.

### Lage in Oberschlesien

Der Unternehmerverband für das Berg- und Hüttenwesen hat den Gewerkschaften der Bergarbeiter die Mitteilung zukommen lassen, daß das Lohnabkommen das am 31. Dezember 1930 abläuft, am 1. Dezember gekündigt worden ist. Die Kündigung dieses Lohnabkommens bedeutet den Beginn von schweren Lohnkämpfen in Ost-Oberschlesien, die besonders scharfe Formen annehmen dürften.

### Die Kampffront an der Ruhr

Die Belegschaften der Schachtanlagen an der Ruhr treffen Streikvorbereitungen unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. In der Massenversammlung der Belegschaft von Thyssen 4 in Hamborn wurde am 30. November einmütig ein Kampfaufruf beschlossen. Die versammelten Kameraden wenden sich an alle Schachtanlagen des Ruhrgebiets mit der Aufforderung, gegen das verbindlich erklärte Mehrheitsabkommen, gegen den Anschlag der Grubenbarone auf die Löhne, für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich und für Lohnerhöhung zu streiken. Kampfausschüsse sind schon bisher auf vielen Schachtanlagen gewählt, darunter Thyssen 4, Brassert und Scharnhorst in Dortmund.

*

In allen Kohlenrevieren des kapitalistischen Europas wächst die Rebellion gegen den mörderischen Angriff des internationalen Grubenkapitals. Unter der Führung des Roten Bergarbeiterverbandes und der revolutionären Minderheitsbewegung stehen 92 000 schottische Bergarbeiter im Streik. Die anderen Bergarbeiterdistrikte wollen zusammen mit ihren schottischen Brüdern für den Siebenstundentag bei vollem Lohnausgleich kämpfen

Für die deutschen Bergarbeiter hat der „christliche" Reichsarbeitsminister vor kurzem den Achtstundentag für verbindlich erklärt. Jetzt wollen die Grubenbarone mit Hilfe von Stegerwald, Imbusch und Husemann die Löhne um 10 Prozent herabsetzen.

Das Spiel der Grubenbarone in Deutschland und in England muß vereitelt werden. Alle Bemühungen der Kapitalsknechte hüben und drüben, der Husemann und Cook, Stegerwald und Macdonald, müssen zunichte gemacht werden.

**Nie wieder die Schande vom Jahre 1926! Nach dem Eingeständnis der Gewerkschaftsbürokratie haben 6½ Millionen Tonnen deutsche Streikbrecherkohle zum Zusammenbruch des heroischen Kampfes der englischen Bergarbeiter geführt. Die Niederlage der englischen Kameraden war das Signal für die Zechenbesitzer aller Länder, die Rationalisierung mit ihren mörderischen Auswirkungen verschärft durchzuführen.**

Der Front der internationalen Kohlenmagnaten muß die internationale Bergarbeiterfront gegenübergestellt werden. Diese Front organisiert die Rote Gewerkschaftsinternationale!

## Naumburger Transportarbeiter streikbereit

**Sie geloben sich mit allen Kräften für 10 Prozent Lohnerhöhung einzusetzen.**

A.-K. Die vor kurzem im Naumburger Hotel „Zur Post" tagende Transportarbeiterversammlung stand wieder einmütig hinter den Forderungen der RGO. Der Bonze Bezirksleiter Stubzies erklärte: Nur keine Forderungen stellen, die nicht erfüllt werden könnten. Einstimmig wurde beschlossen, **den Kampf mit allen Mitteln für 10 Prozent Lohnerhöhung und Einreihung von Naumburg aus Lohnklasse 3 in Lohnklasse 2 aufzunehmen.** Des weiteren wurde ein Antrag angenommen, einen Kollegen zur Lohnkommission nach Erfurt zu delegieren. Ein Sturm der Entrüstung setzte ein, als der Versammlung bekannt wurde, daß man einen oppositionellen Kollegen aus dem Vorstand auszuschließen beabsichtigt. Unter schärfster Kampfansage der Kollegen an die Bonzen erklärten dieselben: „Dem betreffenden Kollegen geschieht nichts. Wir wollen nur mal sein Buch sehen."

Als der Bonze vor Schluß der Versammlung noch erklärte, der Bericht im „Klassenkampf" vom 29. November 1930 stände den Tatsachen gegenüber, wurde er von den Anwesenden eines anderen belehrt. Sofort wurde beschlossen den Artikel vorzulesen, der bei den Kollegen einen reinen Freudentaumel entfachte und der Sozialfaschist Stubzies blau wie ein Karpfen wurde. Kollegen aus den Transport-, Gärtnerei- und Gemeindebetrieben, zieht hieraus die Lehre. **Abonniert den „Klassenkampf"! Hinein in die RGO.!**

## Stellt die Kampffragen auf die Tagesordnung

**Was können die Bonzen Euch überhaupt noch erzählen?**

A.-K. Der DMV.-Bonze Sauer aus Hettstedt hatte vor kurzem eine Mitgliederversammlung angesetzt. Heimlich still und leise. Man wollte unter sich sein. Die RGO. war aber doch da. Insgesamt hörten 30 Kollegen den Bericht Sauers vom Verbandstag an der eine einzige Kommunistenhetze war. Jetzt wurde der Verbandstagsbericht gegeben! Sauer meinte, er habe Rücksicht genommen auf die Feldarbeit, die die Kollegen während des Herbstes zu leisten hatten! Die RGO. rechnete mit Sauer gründlich ab. Beim Verbandstagsbericht, wie beim zweiten Punkt, Berliner Streik. Die RGO. schlug eine große Gewerkschaftsversammlung vor, in der neben dem Verbandsbonzen auch ein RGO.-Mann über Berlin berichten sollte. Natürlich lehnten die getreuen Fridoline Sauers diesen Antrag ab, obwohl verschiedene parteilose Kollegen ebenfalls im Sinne der Opposition sprachen. An Hand der Lehren des Mansfelder Streikes wurden die Bonzen wieder einmal gründlich entlarvt. In der Versammlung wurde viel geredet. Sauer zog alle Register der Rußland-Hetze. Einen positiven Erfolg hatte die Versammlung nur durch das Auftreten der RGO. Metallproleten, bestimmt in allen Versammlungen den Kurs. Laßt die Bonzen nicht solange meckern, stellt die Kampffragen auf die Tagesordnung: **Den zweiten Mansfeld-Streik, den großen Bergarbeiterkampf, den bevorstehenden Metallarbeiterstreik!**

## Es wird immer schöner mit jeden Tag

**SPD.-Bonze begünstigt Mietwucher**

A.-K. Im Punkte geistiger Einstellung bei den verjumpften Gewerkschaftsangestellten wird es immer schöner. Wie weit die ideologische Versumpfung bereits Platz gegriffen hat, dafür ein Beispiel aus Falkenberg:

Der Angestellte des Einheitsverbandes der Eisenbahner, Herr Hermann Baier, hat es vorgezogen, sich um eine Altbauwohnung zu bemühen. (Das wird ihm kein Mensch übelnehmen.) Aber um ja von dem Vermieter, einer Frau Arndt, die Zusage zu bekommen, machte er sich der Begünstigung zum Wohnungswucher schuldig, indem er 10 Mark pro Monat für die Wohnung mehr bot, als diese bisher kosteten!

Das sind Vertreter der Arbeiterschaft??

Hier zeigen sie ihre wahre Fratze! Das ist Deutschlands neue Bourgeoisie in Reinkultur. Denen ist jedes Mittel recht, um ihre egoistische, antimarxistische Einstellung durchzusetzen Längst ist erwiesen, daß diese Garde die Arbeitnehmerschaft von Lohnabbau zu Lohnabbau führt. Rückt ab von solchen Leuten, die Euch das Brot vom Tische stehlen und die Wohnungen verteuern! Hinein in die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition Heraus aus der SPD., deren Mitglied und Sprecher dieser Baier ist.

Weitere Lohnabbauoffensive steht bevor:

## Metallarbeiter in die Kampffront!

**Kämpft mit den Bergkumpels — Am 31. Dezember laufen die Tarife für 600 000 Metallproleten ab Mobilisiert die Betriebe — Belegschaften nehmt Stellung — Wählt sofort Kampfleitungen**

**Nachdem der heldenhafte Kampf der Berliner Metallarbeiter von den sozialfaschistischen Gewerkschaftsführern erdolcht war, gingen die Metallindustriellen in allen Teilen Deutschlands zum Generalangriff über. Eine Tarifkündigung folgte der anderen. Für über 600 000 Metallarbeiter und -arbeiterinnen sind die Tarife zum 31. Dezember gekündigt. Davon allein in Sachsen 150 000, in Rheinland-Westfalen 135 000, in Baden, Württemberg und Pfalz zusammen 130 000 bis 140 000, in Thüringen und Mitteldeutschland 60 000, in Hessen und im Köln-Aachener Industriegebiet zusammen 80 000.**

In Bielefeld stehen schon 11 000 Metallarbeiter gegen einen beabsichtigten Lohnraub von 9 bis 32 Pfennig die Stunde im Kampf. Trotz einmütiger Ablehnung durch die Arbeiterschaft wurde von den Reformisten der Schlichtungsausschuß angerufen, der in Uebereinstimmung mit Unternehmer und Reformisten die Entscheidung bis nach den Gemeindewahlen, die in Bielefeld am Sonntag, dem 30. November stattfanden, hinauszögerte und dann einen neuen Lohnraub-Schiedsspruch mit 5 Prozent Lohnabbau fällte.

In Mainz-Wiesbaden stehen 1200 von 5000 Kollegen im Kampf. Die Bürokratie, die unter dem starken Druck der von der RGO. mobilisierten Massen stand, hat hier folgende verräterische Taktik angewandt:

**Sie gestattet nur einem Teil der verschiedenen Belegschaften in den Kampf zu treten und begründete dies damit, daß die Unternehmer bei einem solchen Vorgehen zur Aussperrung schreiten würden und dadurch der Verband um die Bezahlung der Streikunterstützung herumkomme, da den ausgesperrten Kollegen die Wohlfahrtsunterstützung bezahlt werden müsse.**

Es ist ganz klar, daß der wirkliche Grund der ist, durch einen Teilstreik dem Drucke der empörten Mitgliedermassen auszuweichen und die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches zu beschleunigen.

Die Kollegen in Hannover, etwa 10 000, denen die Unternehmer durch Anschlag einen Lohnabbau von 10 bis 30 Prozent aufzwingen wollen, sind am 1. Dezember in den Kampf getreten.

In Stettin haben die Kollegen gegen die beabsichtigte Senkung der Löhne um 6 Prozent durch einen Schiedsspruch den Kampf aufgenommen, während in Köln-Deutz in der West-Waggonfabrik die Arbeiter seit vier Wochen gegen eine beabsichtigte Reduzierung der Akkorde im Streik stehen.

In Niedersachsen und Braunschweig, wo die Schlichter — dem Diktat der Brüning und Stegerwald folgend — einen Schiedsspruch mit 5 und 10 Pfennig Lohnabbau fällten, wächst der Kampfwille trotz der Sabotage der Reformisten von Tag zu Tag.

Am 25. November fanden zwischen Unternehmer und Reformisten für die Metallarbeiter des Wuppertals, etwa 30 000, Lohnverhandlungen statt, bei der in freier Vereinbarung ein Abkommen abgeschlossen wurde, wonach den dortigen Metallarbeitern ab. 1. Februar ein sechsprozentiger Lohnabbau aufgezwungen werden soll.

Hier hat die Bürokratie zum ersten Male ganz offen und ohne irgendwelches scheinradikale Manöver, den Lohnabbau gutgeheißen. Es ist ganz klar, daß diese Burschen nun mit der Behauptung kommen werden, daß, wenn sie dieses verbrecherische Abkommen nicht abgeschlossen hätten, ein Schiedsspruch gefällt worden wäre, der dann nicht 6, sondern 8 oder 10 Prozent Lohnabbau gebracht haben würde. Die Wuppertaler Kollegen haben dieser Gesellschaft bereits die richtige Antwort durch die Aufstellung von Kampfforderungen und die Wahl von Kampfausschüssen gegeben und werden unter Führung der RGO. den Kampf aufnehmen.

Die Erfurter Metallarbeiter haben in einer vom AGGB. einberufenen am 26. November stattgefundenen Versammlung den Streikbrecher Urich, Berlin, der über den Berliner Metallarbeiterkampf berichten wollte, aus der Versammlung hinausgejagt. Sie und mit ihnen Millionen Metallarbeiter haben die wirklichen Streikbrecher erkannt. Immer mehr sozialdemokratische und parteilose Arbeiter, die noch vor kurzer Zeit die Politik der Brandes und Urich verteidigten, sagen sich von dieser Politik los und strömen zu Zehntausenden in die RGO., in der sie mit Recht das Fundament für die Schaffung einer kommenden selbständigen revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Deutschland erblicken.

Dieses wachsende Vertrauen zur RGO. und damit zum Kampf gegen die Lohnräuber macht es allen Mitgliedern und Funktionären der RGO. und der ihr angeschlossenen revolutionären Verbände zur Pflicht, noch stärker als bisher an die Organisierung des Kampfes heranzugehen. Wenn die Metallarbeiter in allen Bezirken den Kampf aufnehmen, so wird es uns so eher gelingen, diese Lohnräuber zurückzuschlagen. Darum müssen die Anhänger der RGO. überall alle Kraft einsetzen, um überall die Gegenwehr zu organisieren und auszulösen.

**Jeden Tag, jede Stunde im Betrieb, auf der Stempelstelle und durch unsere revolutionäre, planmäßige und zähe Aufklärungs- und Mobilisierungsarbeit in den reformistischen und christlichen Gewerkschaften, gilt es, dieses Vertrauen zu stärken und organisatorisch zu festigen. Jeder Betrieb seine Betriebsgruppe der RGO., in jedem Betrieb ein an die Tagesnöte und Kämpfe der Belegschaften anknüpfendes Kampfprogramm, in jedem Betrieb Herstellung der Kampfeinheit aller ehrlichen Klassengenossen, ob Kommunist, Christ, Sozialdemokrat oder Parteilos, auf der Grundlage dieses Kampfprogramms und in jedem Betrieb als Organ dieser Einheit ein Kampfkomitee gewählt und es wird uns gelingen, das Vertrauen der Arbeiter zu uns zu rechtfertigen und sie in den Kampf zu führen:**

**Gegen jeden Pfennig Lohnabbau!**
**Für höhere Löhne und die 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich!**
**Gegen Schlichtungsschwindel und reformistischen Verrat!**
**Gegen Faschismus und für den Sturz des Kapitalismus!**
**Für die Herrschaft der Arbeiterklasse!**

3 wichtige Broschüren
die jeder Arbeiter lesen und verbreiten muß

Von Ebert bis Brüning
Die Lehren des 9. November / 24 Seiten
10 Pfennig

Kapitalisten, Bonzen, Metallarbeiter
Eine Reportage über den Streik der 140000 Berliner Metallarbeiter / 16 Seiten
10 Pfennig

Der neue Reichstag und die Forderungen der Werktätigen
Die Broschüre zeigt, was die Arbeiter von dem neuen Reichstag zu erwarten haben
24 Seiten / 10 Pfennig

Internationaler Arbeiter-Verlag
Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28

## Entlassungen auf Grube „Schäde", Zipsendorf

A.-K. Was wir bereits berichteten, ist nun Tatsache geworden. Die Verwaltung der Prehlitzer Braunkohlen A.-G. führt die Kündigungsaktion durch. Zur Entlassung waren vorgesehen 54 Arbeiter, darunter 7 zur Pensionierung. Von den übrigen sollten, wenn der Betriebsrat die Zustimmung gibt, 12 entlassen werden und bei weiterer Beschäftigung der restlichen 35, auf dem Abraum bis zu drei Feierschichten eingelegt werden. Der Arbeiterrat lehnte einstimmig eine Zustimmung zur Entlassung ab und berief eine Belegschaftsversammlung ein. In derselben sprach auch der Bergarbeiter-Verbandsangestellte Dreschmann, Zeitz. Er empfahl der Versammlung das „kleinere Uebel". Man müsse der Entlassung von 12 Mann zustimmen, um dadurch die 35 Mann vor der Entlassung zu schützen. Trotzdem sich unsere Genossen gegen die Auffassung Dreschmanns wandten, wurde nach dem Wunsche des Bonzen der Entlassung der 12 zugestimmt. Auch die Mehrheit des Arbeiterrats sprach sich in der Versammlung für die Zustimmung zur Entlassung der 12 aus und so wurde es dann auch am folgenden Tage mit der Verwaltung vereinbart.

**Kumpels, hier müßt Ihr erkennen, nur unter revolutionärer Führung lassen sich durch Kampf weitere Schandpläne der Unternehmer verhindern. Schließt Euch der RGO. an. Der Reformismus führt ins Elend.**

„Betrieb und Gewerkschaft"
das Kampforgan aller klassenbewußten Arbeiter und Arbeiterinnen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301208-14/fragment/page=0009

# Im Kampfe gegen Kommunisten sind sie sich einig

## Im Delitzscher Kreistage ist Einheitsfront von SPD. bis Deutschnationalen gegen die Kommunisten

**A.-K.** Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt der Genosse **Voigt** Umstellung der Tagesordnung dahingehend, die Dringlichkeitsanträge der KPD.-Fraktion als ersten Punkt zu behandeln. Der erste Antrag stellte die Forderung, einen größeren Raum zur Kreistagssitzung zu benutzen. Der zweite Antrag forderte Winterbeihilfe für Erwerbslose und alle Hilfsbedürftigen. Antrag 1 wurde mit 15 gegen 7 Stimmen der KPD. abgelehnt (SPD. Stimmenthaltung). Antrag 2 wurde mit 18 gegen 7 Stimmen der KPD. abgelehnt. (Nazi dafür. SPD. dagegen.)

**Schon bei dem ersten Punkt der Tagesordnung: „Wahl von zwei Kreisdelegierten", zeigte sich die Einheitsfront zwischen SPD. und Bürgerlichen. Die Bürgerlichen verfügten über zwölf Abgeordnete, die SPD. über sechs. Abgegeben wurden für den Vorschlag der Bürgerlichen neun Stimmen, für die SPD. ebenfalls neun Stimmen. Also, wie Du mir, so ich Dir. Man hatte dadurch erreicht, die bösen Kommunisten auszuschalten. Gewählt wurde Liebener (bürgerlich) und Raute (SPD.).**

**Bei den Wahlen der Amtsvorsteher und Stellvertreter halfen sich beide wieder gegenseitig. Die SPD. stimmte selbst dem reaktionärsten Amtsvorsteher zu.** Bei dieser Wahl verlangte der Nazi-Abgeordnete Schilling Auflösung des Kreistages, da dieser nur ein einziger Kuhhandel sei.

**Die Vorlage, in der ein Zuschlag von 2 Prozent zur Grunderwerbssteuer beschlossen werden sollte, wurde von der Einheitsfront angenommen.**

Ein Antrag der KPD.-Fraktion, Erwerber mit einem Einkommen bis 5000 Mk. freizulassen, wurde abgelehnt.

Es wurden dann einige weniger wichtige Punkte erledigt und dann über die Festsetzung und Genehmigung einer Kreissteuer-Nachtragsumlage beraten. Dieser Punkt entfachte eine heftige Diskussion. Auf Grund der wirtschaftlichen Verhältnisse durch Mehrausgaben im Wohlfahrtsetat und weiter durch einen erheblichen Steuerausfall ist ein Defizit von 340 981 Mk. entstanden, das durch eine Sondersteuerumlage von 24 Prozent behoben werden soll. Unsere Genossen rügten verschiedene Handlungsweisen des Kreiswohlfahrtsamts gegenüber Hilfsbedürftigen. Die Steuerumlage lehnten sie ab, solange nicht ein anderer Verteilungsschlüssel angewandt wird. Nachdem der Steuerausfall immer größere Formen annimmt, ist es ein Wahnsinn, den schwer um ihre Existenz Ringenden neue Steuern aufzuholsen. Die Nazis lehnten die Steuern ab, solange das Reich Tributlasten zahlt. Sie machten keine Erfüllungspolitik mit. (Zurufe: Reichstag. Auswärtiger Ausschuß!)

**Die SSD. erklärte durch mehrere Redner, daß sie der Umlage zustimmen würden, ebenso der Bürgermeister Baumgardt.**

Die Abstimmung ergab die Ablehnung der Steuerlasten mit 12 zu 12 Stimmen. Gegen die Umlage stimmten die KPD., Nazi und die bürgerlichen Abgeordneten Müller Herold und Lehmann.

Ein Antrag des Landbündlers Prausch, die Unterstützung der Wohlfahrtsempfänger in 50 Prozent Naturalien zu gewähren, wurde abgelehnt. Ein zweiter Antrag: Das Reich soll die Wohlfahrtslasten übernehmen, wurde angenommen. Die Anträge der KPD., die von dem Genossen Voigt eingehend begründet wurden, fanden in der Beratung keinen Anklang bei der Einheitsfront. Immer die alte Leier, kein Geld.

Der SPD.-Raute steigerte sich in eine wüste Kommunistenhetze und faselte von Verhöhnung der Erwerbslosen. Zurufe kamen: „Das mußt Du den Erwerbslosen sagen!" Aber **davor** haben diese Herrschaften zuviel Angst, — daher schon die Ablehnung, in einem größeren Lokal zu tagen, und die verstärkte Polizeieskorte vor dem Ständehaus. Wenn dieser Raute von Demagogie spricht, so gibt sein Verhalten die besten Beweise. Während er Sonnabend die Diktatursteuern, Bürger- und Biersteuer, der Gemeinden zwangsweise mit aktroyiert, zieht er Sonntag gegen Faschismus unter dem Transparent: „Gegen Diktatur! — Für Demokratie!" durch die Straßen. Gibt es eine größere Heuchelei. Die Massen, die täglich der Verelendung näher gehen, werden sich bei diesen Herrschaften bedanken!

## Vergebliche Mühe der Nazis

**A.-K.** Prösen. Wiederum erlitten die Nazis eine Pleite? Otto Rentzsch und der Herr Mader bringen sich noch um. Allerhand Redner bringen sie her. Diesmal war es ein ganz gerissener Ulgner und Demagoge. Mit dreister Frechheit behauptete dieser Kerl, die KPD. bekämpfe die polnischen Landarbeiter und auch die Kopfarbeiter. Zum Glück aber wissen die denkenden Einwohner von Prösen, daß alle Arbeitende — ganz gleich ob Intellektuelle, Angestellte und Beamte, Land- oder Fabrikarbeiter, zusammenstehen müssen.

Wenn das Otto Rentzsch, der Herr Mader und ein paar andere noch nicht wissen sollten, so müssen sie recht schnell für 10 Pf. eine kommunistische Broschüre kaufen und sich orientieren.

Am Mittwoch, dem 10. Dezember, 20 Uhr, findet im Gasthof Conrad eine öffentliche Einwohnerversammlung statt. Das Thema lautet: „Der Weg zur Revolution" und „Warum sind Schmidt, Brundisch und Prüfer nicht mehr Mitglied der KPD." Referent: Bezirksleitung Halle.

Der Saal ist gut geheizt. Nazis und Sozis sind eingeladen und erhalten reichlich Redezeit. Die gesamte Einwohnerschaft erscheint in dieser wichtigen Versammlung.

## Mache Deinen Kollegen zum „Klassenkampf"-Leser!

## Die Regierung unterbindet Hilfe für die Erwerbslosen

**A.-K.** Holzweißig. Am 1. Dezember fand die nicht beendete Gemeindevertretersitzung ihre Fortsetzung. Es waren wieder so viele Einwohner erschienen, die der Sitzung mit beiwohnen wollten, daß der Raum nicht ausreichte. Nach der Erledigung einiger unwichtiger Punkte entspinnt sich eine längere Aussprache über die Kanalisation.

**Die Kosten würden eine steuerliche Belastung von 40 Mk. pro Haushalt ausmachen. Also noch eine Steuer, wo die Proleten doch schon bis aufs Letzte ausgepumpt werden.**

Die Schulden der Gemeinde Holzweißig haben sich im letzten Jahre um 100 000 Mk. vermehrt. In der Etatsberatung kommen verschiedene interessante Tatsachen ans Licht. Die Gesamtverwaltungskosten betragen 75 000 Mk. Die Gehälter der Beamten steigen von 3000 bis 9000 Mk. Da läßt sich's ganz gut dabei leben. Der Zentrumsmann Lassok appellierte an das Verständnis der Beamten und bittet, selber eine Kürzung vorzunehmen! (Das Schwein wird er wohl nicht haben.) Er ersucht, in einer geschlossenen Sitzung über diese Angelegenheit zu beraten. (Damit die Proleten nichts merken.) Der Sozialfaschist Peter macht genau dieselben Ausführungen wie Lassok, und das ist doch gewiß sehr bezeichnend.

Genosse Holzstein erklärt die Stellung der Kommunistischen Partei zu diesen Gehältern und fordert Abbau. Er weist darauf hin, daß dem Ortsstatut, welches diese Gehälter vorsieht, 13 Sozialdemokraten zugestimmt haben.

Ein kleines Beispiel, wie schlecht gewirtschaftet wird, wollen wir anziehen. Der Baumeister von Holzweißig bekommt einen Wohnungszuschuß von über 800 Mk. Er bezahlt aber für Miete für seine Altwohnung 20 bis 25 Mk. monatlich. **So hat er noch 500 Mk. Ueberschuß.** Die Rechnungskommission soll sich mit all diesen Fragen befassen. Die Beratung über den Wohlfahrtsetat kann wegen der vorgerückten Zeit nicht zu Ende geführt werden. Die Sitzung wird vertagt.

**Zum Schluß wird ein Schreiben verlesen, in welchem die Regierung mitteilt, daß die Erwerbslosenanträge, die die Gemeindevertretung angenommen hat, nicht durchgeführt werden dürfen.**

(Das nennt man Demokratie! Gemeindevertretung beschließt, Regierung verbietet.) Der Einwohnerschaft von Holzweißig rufen wir zu: Besucht die Gemeindevertretersitzungen. In den Taten der SPD. und bürgerlichen Vertreter spiegelt sich die Politik ihrer Parteien, und Ihr könnt daran ersehen, daß Ihr unerbittlichen Kampf gegen diese Feinde der Arbeiterschaft führen müßt.


**Erich Weinert**

**der proletarische Dichter aus dem roten Berlin kommt nach Zeitz!**


# Weißenfels-Naumburg-Zeitz

**Das ist die SPD.!**

## Spiele und Gummiknüppel ihr einzigstes Rezept

**A.-K.** Die SPD. hat sich hier in Zeitz noch nicht um das Erwerbslosenelend bekümmert. Erwerbslosenversammlungen hat sie stets nur kurz vor den Wahlen gemacht, um dort das Blaue vom Himmel zu versprechen, aber nicht das geringste zu halten.

Jetzt aber hat der Zeitzer SPD. das „Gewissen" geschlagen. Die sozialfaschistischen Bonzen haben ihr verkaltes Hirn angestrengt, wie sie diesem Elend wirksam steuern könnten, und kamen zu dem Resultat, den hungernden, frierenden Proleten ein — — — Freikonzert des städtischen Orchesters zu Gehör zu bringen. Am vergangenen Mittwoch, vormittags 10 Uhr, fand dasselbe statt. Die Erwerbslosen glaubten alle, einer ihrer Bonzen würde die Gelegenheit ergreifen und zu den Verelendeten sprechen, sie auffordern, den Kampf gegen den Hunger aufzunehmen. Weit gefehlt! Keiner dieser gut besoldeten und fett gefressenen Bonzen ließ sich sehen. Sie schämten und fürchteten sich jedenfalls, den Proleten gerade an dem Tage entgegenzutreten, an welchem ihre Führer in Berlin der Brüningschen Notverordnung zustimmen und damit die offene Diktatur über das deutsche Volk aussprechen. Die Massen blieben also hübsch unter sich, spendeten den Musikern, welche zum Teil selbst am Hungertuche nagen, für das Gebotene regen, wohlverdienten Beifall.

Kurz vor Schluß ergriff der Renegat und Bonzenanwärter Köhler das Wort und erlaubte sich im Namen des Kulturkartells und der zuhörenden Lebensgenossen dem Orchester seinen Dank auszusprechen. Er meinte, wenn wir wieder in den Produktionsprozeß eingereiht sind (hat der eine Ahnung, als ob das im kapitalistischen Staat jemals wieder möglich würde), wird es unsere Pflicht sein, die Veranstaltungen des Orchesters rege zu besuchen. So hatte die SPD., welche die Massen nur noch als Stimmvieh ansieht, durch diese Veranstaltung dokumentiert, daß es ihr nur darauf ankommt, die Massen auch weiterhin einzuschläfern, sie abzuhalten von jedem Kampf und mitzuhelfen, Herrn Minister Bredts Wunsch zu erfüllen, 20 Millionen nach dem Friedhof auswandern zu lassen. In Zeitz Konzert für die Erwerbslosen, am gleichen Tage wurden die verzweifelten Massen in verschiedenen Städten auch wieder von SPD.-Verrätern mit dem Gummiknüppel und noch härteren Waffen attackiert. Zuckerbrot und Peitsche, das ist SPD.-Politik.

**Erwerbslose, schließt Euch zum Kampf zusammen! Verteidigt Euer Recht aufs Leben. Jagt alle Ausbeuter und deren Lakaien zu Paaren und ruht nicht früher, als bis dieses fluchwürdige System endgültig beseitigt ist.**

**Weißenfels. Gesangsabteilung 1893.** Umstände halber findet die Singestunde nicht am Dienstag, sondern am Mittwoch statt.

**Denkt an die politischen Gefangenen! Gebt Winterhilfe!**

# Merseburg-Leuna-Querfurt

## Sozialfaschisten kuhhandeln mit Bürgerlichen wegen Gemeindevorsteherposten

**A.-K.** Kötzschau. Wenn jemals die Einwohnerschaft eines Ortes getäuscht worden ist, so ist es die Einwohnerschaft von Kötzschau bei der Wahl des Gemeindevorstehers geworden. Nach der Wahl hat die kommunistische Gemeindevertreterfraktion erfahren, daß Heilmann, der Kandidat der SPD., schon Verhandlungen mit den Bürgerlichen gemacht hat, wegen der Besetzung des Gemeindevorsteherpostens. Bei der Wahl halfen sie dann durch Stimmenthaltung, daß der bürgerliche Vertreter aus Ruder kam und dafür sollte die SPD. alle Schöffen bekommen. Es war also ein reaktrechter Kuhhandel. Durch das Los wurde aber ein kommunistischer Schöffe gewählt.

Die Herrlichkeit des bürgerlichen Gemeindevorstehers war bald zu Ende, und als nächster bekam das Amt des Gemeindevorstehers Heilmann in Vertretung übertragen. Da unser Genosse durch die Regierung als Schöffe nicht bestätigt wurde, mußte die Gemeindevorsteherwahl wiederholt werden. Gar zu gern wollte Heilmann diesen Posten einnehmen. Da er aber genau weiß, daß die Arbeiterschaft für ihn nichts übrig hat, machte er Kniefälle bei den Bürgerlichen, und er wurde dann auch von der SPD.-Fraktion bis zu der Bürgerblockfraktion einstimmig als Gemeindevorsteher gewählt. SPD.-Heilmann will Arbeitervertreter sein!

**Arbeiter von Kötzschau — fragt Euch selbst. Ist das ein Arbeitervertreter, der sich von Bürgerlichen wählen läßt? Seht diesen Strebern genau auf die Finger.**

Anschließend an die Wahl war die Abstimmung über den Etat 1930/31. **Die Erhöhung der Grundvermögensteuer und Einführung der Biersteuer** wurde gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion beschlossen. Auf eine dumme Unpöbelei des Heilmann, wonach denn die Kommunisten Erwerbslosenunterstützung bezahlen wollten, wenn sie keine neuen Steuern bewilligen, gaben unsere Genossen diesem Sozialfaschisten ausreichende Antwort.

**Arbeiter und Arbeiterfrauen von Kötzschau, schon jetzt leidet Ihr Not. Durch die Eintreibung neuer Massensteuern werdet Ihr noch mehr gedrückt. Seht Euch diese Steuereintreiber an. Gebt ihnen die richtige Antwort. Kämpft mit der KPD. für die Beseitigung des kapitalistischen Systems und dann ist auch Arbeit und Brot für alle da. Sowjet-Rußland hat uns den Weg gezeigt!**

## Auch in Zaucha neue Massensteuern

**A.-K.** Zaucha. Die Erwerbslosen von Zaucha hatten einen Antrag auf eine einmalige Sonderunterstützung für ledige Erwerbslose, die keinerlei Unterstützung beziehen, eingebracht. Die Gemeindevertretersitzung nahm dazu Stellung. Die SPD.-Fraktion beantragte, für die in Frage kommenden Ausgesteuerten je 10 Mk. zu bewilligen. Genosse Kuhnat begründete den Antrag der KPD.-Fraktion, daß gemessen an der Elendslage der Ausgesteuerten 10 Mk. nur ein Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten.

Der Sozialfaschist Geißler wollte die Situation für die SPD. retten und warf dem Genossen Kuhnat immer wieder vor, daß die Kommunisten nur Agitationsanträge stellen und sich keinerlei Gedanken darüber machten, ob Deckung vorhanden sei. Genosse Kuhnat zeigte die Mittel und Wege, um Gelder zu bekommen. Die Vorschläge der KPD. gefielen natürlich SPD.- wie bürgerlichen Vertretern nicht. Sie hielten es für unumgänglich notwendig, zur Deckung des Wohlfahrtsetats die Biersteuer einzuführen. Die Erfüllungspolitiker Meißner und Geißler erzählten, es wäre doch gar nicht schwer für Gastwirte und Brauereien, diese Biersteuer zu tragen. Wissen denn diese beiden „Politiker" noch nicht, daß besonders die Brauereien nicht auf einen Pfennig ihres Profits verzichten und es verstehen werden, alles auf die Verbraucher abzuwälzen?

**Die Biersteuer wurde dann mit knapper Mehrheit angenommen.**

Ein Antrag der kommunistischen Fraktion, zukünftig die Sitzungen im Gasthof abzuhalten, wird durch den Gemeindevorsteher Meißner diktatorisch übergangen.

Werktätige und Arbeitslose! Ihr habt gesehen, daß die Jauchaer SPD. und die Bürgerlichen nichts für Euch tun wollen. **Darum kämpft mit der KPD. für die Beseitigung dieser Zustände.** Denkt immer daran, daß noch viele Millionen Menschen hungern und daß niemand einen Ausweg aus der Krise zeigt als nur allein die Kommunisten. Die Sozialdemokraten, denen Ihr noch bei der letzten Wahl das Vertrauen geschenkt habt, haben sich ganz offen auf die Seite der Ausbeuter gestellt.

**Euch allen rufen wir zu: Setzt Euch zur Wehr gegen Ausbeutung und faschistische Diktatur! Kämpft mit, bis wir ein Sowjet-Deutschland errichtet haben.**

# Mansfeld-Sangerhausen

## Ein SPD.-Arbeiter ruft auf: Heraus aus der Partei des Arbeiterverrats!

**A.-K.** Gerbstedt. In Gerbstedt hat bis vor kurzem ein Unfallbeschädigter die „Mansfelder Volkszeitung" ausgetragen. Nun sind in der SPD. noch einige „Genossen", welche danach streben, die paar Groschen selber zu verdienen. Da sucht man nun diesen Invaliden Müller auf kaltem Wege zu erledigen. Vor einiger Zeit hat er einkassiertes Geld verloren und seine „Genossen" bezichtigen ihn nun sofort der Unterschlagung. Seit 1922 ist bei der Arbeit des Müller keine Unregelmäßigkeit vorgekommen und das wüste Kesseltreiben gegen ihn ist deshalb vielen Arbeitern unverständlich. Der Invalid Müller gibt nun folgende Erklärung ab:

„Ich habe zu spät erkannt, daß diese in Gerbstedt gewählten Vertreter der SPD. nicht Arbeitervertreter, sondern Arbeiterverräter sind. Ich weiß, daß der Egoismus bei diesen Personen an erster Stelle steht. Später werde ich mich noch eingehend dazu äußern. Ich rufe aber allen SPD.- sowie Reichsbannerkameraden zu: lernt erkennen, daß Ihr durch Eure Führer verraten werdet. Ihr wißt, daß ich lange Jahre bei Euch gestanden habe und daß man jetzt die schofelsten Mittel gebraucht, um mich zu erledigen. So wie man es mit mir macht, wird man es mit Euch machen, wenn Ihr den Herren unbequem werdet.

Die letzte Stadtverordnetensitzung hat mir die Augen geöffnet. Unsere örtlichen Führer der SPD. fürchten die Oeffentlichkeit. Sie haben für das Einlaßkartensystem gestimmt. Das beweist ihr schlechtes Gewissen gegenüber der Arbeiterschaft.

**Ich bin jetzt fest entschlossen, in der Kommunistischen Partei zu arbeiten und gegen diese politische Versumpfung zu kämpfen. SPD.-Arbeiter, Reichsbannerkameraden von Gerbstedt, geht denselben Weg! Kämpft mit der Kommunistischen Partei! Der Kampf ist das einzige, was uns Errettung aus unserem Elend bringen kann.**

Der Kollege Müller bittet alle Gerbstedter Einwohner, ihm sofort zu melden, wenn etwas über das verlorene Geld bekannt wird. Er will seinen guten Ruf wieder herstellen, indem er den Sozialfaschisten beweist, daß er keine Unterschlagung begangen hat.

## Ein neuer Gemeindevorsteher

**A.-K.** Gehofen. Unser Bericht hat etwas geholfen. Der Landwirt Zimmermann ist nur als Gemeindevorsteher bestätigt. Für die Arbeiterschaft springt natürlich auch bei diesem Gemeindevorsteher nichts heraus, darüber sind wir uns klar.

Die Arbeiter und Kleinbauern erwarten aber, daß der neue Gemeindevorsteher eine klare Stellung zu den Diktatursteuern einnimmt, daß er einsieht, daß die Arbeiterschaft keine neue Belastung mehr vertragen kann. Sein Vorgänger wollte die Negersteuer einführen. Wir fordern, daß der neue Gemeindevorsteher Stellung dagegen nimmt. Die Arbeiterschaft muß jetzt alle Gemeindevertretersitzungen recht rege besuchen und die Arbeit des Gemeindevorstehers kontrollieren.

**Hettstedt.** Am Mittwoch, dem 10. Dezember, wird der Hettstedter Arbeiterschaft beim Filmabend der IAH. der große Russenfilm „Der Kampf um die Erde" gezeigt. **Jeder muß diesen gewaltigen Eisenstein-Film sehen! Einwohner von Hettstedt, erscheint alle!**

**Teutschenthal.** Am Dienstag fand in Teutschenthal eine Fasanenjagd statt. Dabei leistete sich der Stahlhelmer Hugo Dittmar ziemliche Frechheiten. Er brüllte Arbeiter, die auf den Feldern waren, an: „Verlassen Sie sofort den Acker" und drohte auch schon loszuschlagen. Diesmal ist er an die falsche Adresse gekommen, und der Arbeiter hat sich zur Wehr gesetzt. Es ist nicht das erstemal, daß sich Arbeiter gegen die Flegeleien des Faschisten Dittmar wehren müssen. Arbeiter von Teutschenthal, zieht die Konsequenzen: **Hinein in den Kampfbund gegen Faschismus!**

**Werbt für Eure Partei und Presse!**


Verantwortlich: Ernst Schneider, Berlin, für Politik und Beilagen; Bruno Rothe, Halle, für Lokales und Saalkreis; Elsa Seibel, Halle, für Provinz; Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebs- und Gewerkschaften; Fritz Krob, Halle, für Anzeigenteil.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301208-14/fragment/page=0010

# Arbeiter-Sport

Nr. 287 — Montag, 8. Dezember 1930


## Fast 5000 Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer stoßen zur roten Sportbewegung

### Der gestrige oppositionelle Gautag — ein großer Erfolg!

Wir marschieren auf allen Fronten und füllen die Kampfreihen der Streiter für die rote Sporteinheit immer mehr auf. Das zeigte auch der gestern in Halle stattgefundene außerordentliche Gautag der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrervereine des 17. Gaues, der ein großer Erfolg der Opposition war. Das kam schon in der regen Anteilnahme der Vereine des 17. Gaues zum Ausdruck, die zumeist unter großen Opfern Delegierte entsandt hatten.

**121 Vertreter von 103 Vereinen, die insgesamt über 4600 Mitglieder vertraten, waren aus allen Bezirken, sogar aus den fern abgelegensten, zu dieser Kampftagung erschienen.**

Der außerordentliche Gautag stand von Anfang an im Zeichen der roten Kampfgemeinschaft. Vertreter der Kommunistischen Partei, der Landesleitung der IG. sowie der roten Konsumvereine entboten der Tagung der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer revolutionäre Grüße und betonten die Notwendigkeit der engsten Kampfgemeinschaft aller revolutionären Arbeiter im Kampfe gegen Faschismus und Sozialfaschismus. Die besonderen Aufgaben, die den Arbeiter-Rad- und Kraftfahrern in diesem Kampfe und im Kampfe um die rote Sporteinheit erwachsen, wurden alsdann nach Eintritt in die Tagesordnung von einem Vertreter der Reichsleitung der IG. aufgezeigt und in der sich anschließenden gründlichen Diskussion, in der bald 20 Delegierte aus allen Bezirken zu Worte kamen, unterstrichen. In vollster Einmütigkeit wurde dann nach dem Schlußwort des Referenten folgende Resolution beschlossen, die allen mitteldeutschen Arbeiter-Rad- und Kraftfahrern den Weg weist, den sie jetzt gehen müssen:

**„Die am 7. Dezember zum außerordentlichen Gautag versammelten Delegierten der Arbeiterrad- und Kraftfahrervereine des 17. Gaues erklären sich nach eingehender Stellungnahme zur Lage im Arbeitersport bereit, mit allen Kräften für die Stärkung der revolutionären Klassenfront und für die rote Sporteinheit einzutreten.**

**Die Delegierten beschließen, sich in allen Vereinen für den**

**sofortigen Anschluß an die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit**

**einzusetzen. Die Versammelten sprechen den sozialfaschistischen Spaltern das Recht ab, sich noch als „Führer" des Arbeitersports aufzuspielen, da deren Maßnahmen täglich den Beweis dafür erbringen, daß sie die Arbeitersportbewegung bewußt in das Lager unserer Klassenfeinde überführen.**

**Die Versammlung erklärt sich für den uneingeschränkten Klassenkampf des gesamten revolutionären Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei, der einzigen Vertreterin aller Ausgebeuteten."**

Im Sinne dieser Entschließung wurde alsdann im 2. Tagesordnungspunkt der organisatorische Aufbau der Rad- und Kraftfahrersparte in der Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit sowie die Frage der Versicherung, des Rechtsschutzes und der bevorstehenden Aufgaben besprochen. Im Anschluß daran erfolgte die Wahl einer arbeitsfähigen Spartenleitung für das Landesgebiet Sachsen.

Einen Höhepunkt erreichte die Kampftagung unter anderem, als aus der Mitte der Delegierten heraus die Annahme eines Appells an alle Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer des 17. Gaues gefordert und dann auch durchgeführt wurde, der die Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer und alle übrigen Arbeitersportler auffordert,

**den kollektiven Beitritt zum Kampfbund gegen den Faschismus zu vollziehen.**

Dieser Beschluß wurde der gleichzeitig tagenden Konferenz des Kampfbundes gegen den Faschismus durch eine Delegation übermittelt und wurde daselbst mit großer Begeisterung aufgenommen.

Ueber den Gesamtverlauf dieser Kampftagung der Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Mitteldeutschlands werden wir noch ausführlich berichten.

## Geschlossen einschwenken

### in die Reihen des Kampfbundes gegen den Faschismus!

Diese Losung gab die am 4. Dezember tagende Sitzung des Ortskartells Wörmlitz-Böllberg für alle Vereine aus, indem es eine Entschließung annahm, in der es heißt:

**„Die am 4. Dezember 1930 tagende Sitzung des Ortskartells Wörmlitz-Böllberg erkennt die Notwendigkeit des Kampfes gegen den Faschismus an und gelobt daher, mit allen Mitteln für den Ausbau der Kampforganisation Sorge zu tragen. Alle Delegierten des Kartells setzen sich ein**

**für den Kollektivbeitritt in den Kampfbund gegen den Faschismus.**

**Gleichzeitig nehmen die Delegierten des Kartells mit Entrüstung Kenntnis von der Sabotage des sozialistischen Aufbaues in der Sowjetunion. Sie erwarten von den russischen Brüdern, daß sie**

**mit aller Schärfe gegen die Schädlinge des proletarischen Vaterlandes vorgehen!"**

## Und wieder ein Unentschieden

### Die Entscheidung fällt kommenden Sonntag in Bitterfeld

Das Spiel um die Landesfußball-Meisterschaft, das gestern auf dem Sportplatz Brandberge ausgetragen wurde, endete unentschieden. Reideburg sowie Holzweißig lieferten einen typischen Meisterschaftskampf. Die einzelnen Kampfmomente waren z. T. sehr aufgeregt. Guten Sport brachte die erste Halbzeit. Beiderseitig gute Angriffe, harte Arbeit der Läufer und entscheidende Freischläge der Verteidigung wechselten in bunter Folge ab. Zuweilen wurde hart gespielt, es reichte bis an die Grenzen des Erlaubten heran. Ein paar derbe Schnitzer wurden mit Platzverweis geahndet. Bei derartigen Spielen offenbart sich sehr geschickt, wer zu Spielen versteht.

Zu einem Vertreter eines Bezirks gehört nun eben mehr, als zu einer anderen Mannschaft. Man muß auch im Punkt Spielweise einen anderen Schneid auflegen und nicht lo machen, wie es gestern wieder zutage trat. Disziplinlosigkeiten müssen verschwinden, wenn man Sympathie gewinnen will. Beides kann man nur erringen, wenn man sich einer Kritik unterzieht.

**Holzweißig** war schnell im Aufbau, schnell in der Abwehr, nur fehlte der entscheidende Torschuß. Ihr Spiel war zeitweilig halbhoch. Die Flügelangriffe wurden nie gefährlich, umsomehr, da es im Innentrio wohl im Zusammenspiel weniger klappte. Wenn sich die Mannschaft erst noch das kurze Zuspiel angewöhnt, wie es in einzelnen Fällen zur Schau gebracht wurde, dann werden Siege nicht ausbleiben.

**Reideburg** trat mit Ersatz für den MV. an, der sich sehr gut anpaßte. Im allgemeinen war ihr Spiel überzeugender, als bei den Bezirksspielen. Das harte Angehen einzelner Spieler fiel auf und wurde vom Schiri unterbunden. Ihre wechselvollen Angriffe brachten trotz der neun Mann, die noch auf dem Felde waren, den Ausgleich.

Durch Absage des Leipziger Schiri leitete Förster (Lettin) das Spiel, der gefallen konnte. Er ging sehr scharf zu Werke und ließ sich von keiner Seite beeinflussen. Seine Entscheidungen traf er sicher, und wenn R. einzelne Kritik anzulegen glaubte, so verstand er es, diese zu überzeugen. Jedoch fand diese unsichöne Handlungsweise R.s bei den zahlreichen Zuschauermassen kein Verständnis.

Die Zuschauer wurden von den Phasen des zuweilen temperamentvollen Kampfes mitgerissen und, was auf unseren Sportplätzen nie wieder vorkommen sollte, feuerten die Spieler an.

Der Sportplatz war in bester Verfassung und bei dem Wetter ließ sichs mit kalten Füßen sehr gut zuschauen.

Die Entscheidung fällt somit nächsten Sonntag in Bitterfeld. Wir laden hiermit die Arbeiterschaft zu diesem Spiele ein.

## Arbeiter-Athleten. Bezirk Halle

Die gestern im „Volkspark" ausgetragenen Vereinskämpfe waren ein guter Erfolg. Die Zuschauer bei solchen guten erstklassigen Kämpfen ließen sehr zu wünschen übrig. Im ersten Kampf siegte 09 1. gegen Mücheln 1. mit 26 : 6 Punkten. Im zweiten Kampfe Achilles 1 gegen Könnern 1. mit 19 : 13 Punkten. Im letzten Kampf Atlas über Merseburg mit 21 : 11 Punkten.

Tabellenstand

| Verein | Kämpfe | gew. | verl. | Punkte | Gesamtpunkte |
|---|---|---|---|---|---|
| 09 | 2 | 2 | — | 2 : 0 | 28 |
| Mücheln | 4 | 2 | 2 | 2 : 2 | 26 |
| Atlas | 2 | 2 | — | 2 : 0 | 21 |
| Achilles | 2 | 2 | — | 2 : 0 | 19 |
| Könnern | 2 | — | 2 | 0 : 2 | 13 |
| Merseburg | 4 | — | 4 | 0 : 4 | 23 |

Die nächsten Kämpfe finden Sonntagnachmittag 3 Uhr in Möckerling statt. Mücheln, Achilles, Merseburg — 09.

## Die Kreisübungsstunde der Spielleute

fand gestern bereits statt und hatte einen stattlichen Besuch aufzuweisen. Es wurde festgelegt, daß die nächste am 3. Mai, wahrscheinlich in Merseburg stattfindet. Näherer Bericht folgt.

## In Gellerts Armen gelandet

### Feinde des roten Sportes wollen ihre Schändlichkeiten mit persönlichen Verleumdungen übertünchen

Die aus dem HFC. „Teutonia" ausgeschlossenen Krüger und Sennewald sind, wie das „Volksblatt" kürzlich jubelnd verkündet hat, wohlbehalten in den Armen Gellerts gelandet. Um von dieser Tatsache, durch die diese Brüder deutlich genug charakterisiert werden, abzulenken, haben sie im „Volksblatt" eine ganze Serie von Verleumdungen gegen den Sportgenossen Stenzel, einen der Funktionäre des roten Sportes, losgelassen, wozu uns von diesem folgendes geschrieben wird:

„In Nr. 277 des hallischen Spalter- und Käseblättchens werden die haarsträubendsten Verleumdungen gegen mich zum besten gegeben, durch deren Verbreitung die aus unserem Verein verjagten Schädlinge Krüger und Sennewald ohne Zweifel nur von ihren Schandtaten ablenken wollen. Selbstverständlich ist wohl für jeden klassenbewußten Arbeiter, daß Elemente, wie Krüger, der die RGO. der Lüge und des Schwindels bezichtigte und im Verbund mit den Sozialfaschisten gemeinsame Sache machte, nicht Vorsitzender eines roten Sportvereins sein kann. Wenn die neuen Bundesgenossen des „Volksblatt" nun mit der Neuigkeit herausrücken, daß ich 1926 beim Bau des E.-Werkes Ueberstunden geleistet hätte, so seien sie zunächst daran erinnert, daß dieses Werk 1924 gebaut wurde und ich im März 1925 daselbst zu arbeiten aufgehört habe, ohne einem meiner Kollegen mit dem Beile den Kopf gespalten zu haben. Wenn schon schwindeln — dann alle geschickter schwindeln!

Wenn nun weiter gefaselt wird, ich hätte mein Glück schon als Profis-Spieler versucht, so sei gerade hierzu bemerkt, daß Krüger schon damals im Zustand übersprudelnder Bundestreue meinen Ausschluß aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund mitbeschlossen hat.

Jedenfalls bin ich noch nicht von einem Verein geschieden und habe gleichzeitig ihm gehörige Gelder und Beitragsgroschen mitgeschleppt. Da sich Krüger außerdem dazu aufschwingt, proletarische Grundsatzfestigkeit zu nennen und mir in diesem Zusammenhange Grundsatzlosigkeit vorwirft, so sei doch nur daran erinnert, daß er gerade in guten Beziehungen zur Kirche steht, sich sogar kirchlich trauen ließ und darüber hinaus sein eigenes Kind als Brautjungfer einspannte. Das ist doch sogar Beitrag an „Euer Hochwürden".

Im übrigen brauche ich mich auch nicht an Arbeitergroschen zu vergreifen, indessen sich allerdings Krügers Kumpel, Sennewald, im „Lindenhof" auf die Tasche klopfen konnte und prahlte: „Ich habe die Kasse, die kann ich verlaufen!" Warum gibt übrigens Sennewald die dem Verein gehörige Kasse trotz dreimaliger schriftlicher Aufforderung nicht heraus? Sollte da doch ein Hähnchen dran sein?

Die Aufteilung der beiden Kumpane darüber, daß wir die Vereinsgeräte rechtzeitig sichergestellt haben, ist allerdings bezeichnend. Das hätte denen wohl so passen können, wenn mit sie zum Stehlen hätten lassen können.

Die „Klärung", wie sie diese beiden Renegaten verstehen, ist übrigens höchst interessant. Sie haben sich, wie schon bekannt,

**mit bürgerlichen und sonstigen arbeitsfeindlichen Elementen zu einem Familienklub verbunden.**

Da kann man nur sagen: „Wer nunmehr sein Geld nutzbringend anlegen will, melde sich sofort an."

Bei der klassenbewußten Arbeiterschaft sind diese Brüder jedenfalls abgemeldet!

## Bezirkstag in Bitterfeld

Am 14. Dezember, vormittags 9 Uhr, ist allgemeiner Bezirkstag in Bitterfeld im Volkshaus. Erscheinen ist Pflicht. Genossen, da wir nicht in der Lage sind, auf den allgemeinen Bezirkstag unsere Arbeit zu regeln, setze ich auf den 13. Dezember, 8 Uhr, in Bitterfeld im Volkshaus eine Sitzung für Handballspieler und Schiedsrichter an.

Jeder Verein ist verpflichtet, am Sonnabend zu erscheinen. Die Spiele gehen nur durch den Bezirk, alle anderen Spielabschlüsse gibt es nicht. Also, Genossen, macht rege Propaganda und erscheint vollzählig.

**Esperantogruppe von Atlas.** Aus technischen Gründen muß der heute abend stattfindende Esperanto-Kursus auf morgen, Dienstag, verlegt werden.

**Atlas, Vorstand.**

## Die mitteldeutschen Arbeitersportler rüsten zur Spartakiade

### Geht allerorts zur Schaffung von Spartakiadekomitees über

Der Aufruf der roten Sportinternationale zur Durchführung einer internationalen Spartakiade aller revolutionären Arbeitersportler hat überall begeisterten Widerhall gefunden. In allen Vereinen beschäftigen sich die Arbeitersportler mit diesem, im kommenden Sommer bevorstehenden Ereignis und treffen die ersten Maßnahmen, um die Mitbeteiligung breitester Arbeitermassen an dieser Veranstaltung schon jetzt sicherzustellen. Zunächst heißt es vor allem, die gesamte Arbeiterschaft an der Spartakiade zu interessieren und zu diesem Zwecke Mobilisierungsarbeit zu leisten. Unsere Vorbereitungsarbeiten zur Spartakiade in Berlin müssen im Zeichen der Einheitsfront mit den bundesangehörigen Sportlern stehen. Darüber hinaus müssen wir uns das Ziel setzen, bis zur Spartakiade auch in entscheidender Weise in das Lager des bürgerlichen Sports einzubrechen.

Wie das geschehen kann, wurde kürzlich in einer öffentlichen Sportlerversammlung in Schkeuditz erörtert, in der u. a. einstimmig nachfolgende Entschließung, in diesem Sinne auch in allen anderen Orten gearbeitet werden muß, zur Annahme gelangte:

**„Die am 29. November in Schkeuditz versammelten Arbeitersportler begrüßen die im kommenden Jahr in Berlin geplante Spartakiade und geloben, sich in ihren Vereinen für die alsbaldige Bildung eines Spartakiade-Komitees einzusetzen, in das neben den Bundesvereinen auch alle übrigen Arbeiterorganisationen von Schkeuditz einbezogen werden sollen.**

**Darüber hinaus versichern die Versammelten, ihre ganzen Kräfte für die Zentralisation der Schkeuditzer Arbeitersportbewegung einzusetzen, um den Arbeitersport im Kampfe gegen sozialfaschistische Spaltung und faschistischen Terror zu stärken."**

### Programm

Ab 9 Uhr Eintreffen der Sportlerjugend. 10—11 Uhr Versammlung, anschließend Demonstration. 13—14 Uhr Handballspiel. 14 bis 15 Uhr Fußballspiel, Stadt — Land. 15 bis 16 Uhr Sportlerinnen-Handball, ASC. — Schwimmer. Leichtathletische Kämpfe. Schülerabteilungen.

Abends: Abschlußveranstaltung im „Adler", Ammendorf.

Agitprop: Sportler, Löbejün; Blaue Blusen, Ammendorf Bogen usw.

Spielmannszug: ASC. — Schwimmer.

Sportlerjugend, heraus zu Eurem Treffen und gestaltet dieses zu einer wuchtigen Kundgebung für die rote Sporteinheit!

Landesleitung, Jugendsparte.

## Bezirkstreffen der roten Jungsportler im 6. Bezirk

Auf der Jungsportlerkonferenz am 23 November in Halle wurde neben den besonderen Aufgaben auch ein Jungsportlertreffen beschlossen, welches

am 21. Dezember in Ammendorf

stattfindet. Dieses Treffen soll das erste dieser Art sein! Da die Jungsportler die aktivsten Elemente der Kampfgemeinschaft für die rote Sporteinheit sind, sind sie berufen, die oppositionelle Arbeitersportbewegung zu einer Massenorganisation zu gestalten. Darum soll dieses Treffen dazu beitragen, in der Jungsportlerschaft den Geist der Solidarität und Zusammengehörigkeit den Willen der Kampfbereitschaft gegen alle Feinde der Arbeiterschaft zu fördern und zu stärken. Keine Feierstunden mit Frühstücks, womit die Spalter die Jugend vergeblich ködern wollen, sondern

**Kampfaufmarsch**

ist die Parole am 21. Dezember!

## Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit Bezirk Weißenfels

**An alle Bezirksvereine!**

Im Interesse unserer Bewegung und um einer Ueberfastung wie im vergangenen Jahre vorzubeugen, machen wir die Vereine aufmerksam, daß demnächst ihre wichtigsten Veranstaltungen mitzuteilen, damit auch der Bezirk sein Jahresprogramm aufstellen kann. Als letzter Termin gilt der 20. Dezember 1930.

J. A.: Paul Lux, Weißenfels, Zeitzer Straße 44.

## Döllnitz für die Zentralisation

Die kürzlich stattgefundene Versammlung der roten Sportler in Döllnitz beschloß endgültig, die Zentralisation der Vereine Fußball, Handball und Schützen als Sport- und Spielvereinigung Döllnitz. Die Naturfreunde erklären die Solidarität.

**Darum weiter verstärkten Kampf gegen faschistische, bürgerliche, Werksportvereine und sozialfaschistische Spalter! Hinein in die Kampfgemeinschaft für rote Sporteinheit!**

## Der „Mitteldeutsche Arbeitersport" erscheint ab heute im Tageszeitungsformat

**Lest und verbreitet dieses Kampforgan der roten Sportler! Werbt überall im Verein und unter allen sonstigen Arbeitern neue Leser!**


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301208-14/fragment/page=0011

## Schluß der Anklagerede des Genossen Krylenko

# Poincaré auf der Anklagebank

**Moskau, 5. Dezember. Der Schluß der Anklagerede des Genossen Krylenko beschäftigt sich neben der besonderen Charakterisierung der Rolle des französischen Imperialismus und der persönlichen Rolle Poincarés besonders eingehend mit der Tätigkeit der Schädlinge in den einzelnen Industriezweigen der Sowjetunion. Genosse Krylenko führt aus:**

### Jeanin, der Vertreter Poincarés

Der Name Jéanin als Vorsitzender der Kommission zur Ausarbeitung des Planes für die Intervention gegen die Sowjetunion ist hier genannt worden. Jéanin ist für diesen Posten als Militär mit praktischer Erfahrung bei der Intervention in Rußland die denkbar beste Kandidatur. Die Vorbereitung von Sabotageakten in der kriegswichtigen Sowjetindustrie sowie der Beginn des Aufbaus einer Militärorganisation sind Tatsachen. Ebenso glaubwürdig sind die Mitteilungen der Angeklagten über ein

**Zusammentreffen zwischen dem Torgprom und Poincaré.**

Poincaré fragt nach Einzelheiten des „angeblichen" Plans einer Intervention gegen die Sowjetunion. Sein eigener Artikel vom 28. Februar 1930 im „Excelsior" gibt Antwort: sein Hinweis auf „Die Gefahr von Grenzkonflikten in Bessarabien und Polen" fällt zusammen mit den Aussagen der Angeklagten. Ebenso läßt sein Artikel vom 30. Oktober: „Die Krallen der Sowjetunion" keinen Zweifel über

**den bösartigen Haß des Autors gegen die Sowjetunion, um sie zu vernichten.**

In dieser Atmosphäre ist die Verbindung mit dem Torgprom, das sich selbst als

**„inoffizielle Botschaft der russischen Emigranten in Frankreich"**

bezeichnet, mehr als wahrscheinlich. Poincaré schließt seinen Artikel mit den Worten: „Genug gescherzt!" Auch wir sagen: „Genug der Scherze!" Die detaillierte Vorbereitung der Sprengung von Kriegsbetrieben, die ausgedehnten Aktionen französischer Agenten, der Aufbau einer verräterischen Militärorganisation, — das sind keine Scherze. Alles das macht die Glaubwürdigkeit dieser Teile der Aussage der Angeklagten vollkommen sicher. Unsere Aufgabe ist nunmehr, die individuelle Schuld am Dienste des Torgprom, der französischen Regierung und des französischen Generalstabes festzustellen.

### Die Arbeit der Schädlinge

Gründlich wurde die Tätigkeit der Industriepartei in allen Zweigen der Sowjetwirtschaft untersucht. In der Brennstoffindustrie konzentrierte sich die Tätigkeit der Schädlinge vor allem auf das Donez-Kohlenbecken, auf das Moskauer Kohlengebiet und das Kohlenrevier Kusnietzk. Ueberall wurde die Zurückhaltung der Produktion und die Verhinderung der Entwicklung der Transportwege betrieben.

**Ohne Zusammenarbeit mit einem konkreten Interventionsplan wäre diese Schädlingsarbeit sinnlos.**

Das gleiche Bild zeigt sich in der Metallindustrie, im Eisenbahnwesen und in der Textilindustrie. Gerade in der letzteren ist ein gewisser Rekord an Schädlingsarbeit geleistet worden. Infolge des frühen Beginns der Schädlingsarbeit in der Textilindustrie war sie dort außerordentlich differenziert und die Verdeckungsmethoden besonders raffiniert ausgearbeitet.

**Das Gericht konnte feststellen, wie sogar schwerige persönliche Interessen der Schädlinge an Empfang von Bestechungsgeldern englischer Fabrikanten durch tiefgründige theoretische Argumente ehrwürdiger Professoren verschleiert wurden.**

Der Bau luxuriöser Textilfabriken wurde unter der demagogischen Losung von Fabrikpalästen angepriesen. Hierdurch wird es verständlich, daß die Schädlinge so lange Zeit ihr Handwerk ungestört verrichten konnten.

Besonders gemein erscheinen die Methoden der Schädlinge, wenn sie sich

**gegenseitig in öffentlichen Diskussionen planmäßig als Schädlinge verdächtigten.**

Auch die Spezialfragen militärischen Charakters haben wir kennengelernt. Wir haben die

**Sabotageakte in der Kriegsindustrie, die Tätigkeit in den Militärorganisationen und die Verbindung mit den französischen Agenten**

endgültig geklärt. Auch hier sind die Ausführungen der von der Zentrale gegebenen Direktiven in unserer Hand. Die geheimnisvollen Herren R... und K... sind persönlich genau festgestellt und uns als lebendige Menschen bekannt. Die Richtigkeit der Aussagen der Angeklagten über die Rolle dieser Personen und

**ihre Verbindung mit dem französischen Generalstab ist widerspruchslos geklärt.**

Nach dieser Untersuchung können wir mit größtem Nachdruck von der

**realen furchtbaren Gefahr einer Intervention unter französischer Führung sprechen.**

Genosse Krylenko nimmt dann eine ausführliche Charakterisierung der einzelnen Angeklagten vor, wobei er die Rolle jedes einzelnen noch einmal besonders herausstreicht. Anschließend daran erfolgt der bereits gestern mitgeteilte Antrag auf Todesstrafe durch Erschießen für sämtliche Angeklagten, der **unter stürmischer Begeisterung der im Gerichtssaal anwesenden proletarischen Massen aufgenommen wurde.**

---

## Das Land ohne Arbeitslosigkeit

Das ungeheure Wachstum der Volkswirtschaft der Sowjetunion, dank der Masseninitiative der Arbeiter und Bauern, hat zur restlosen Liquidierung der Erwerbslosigkeit geführt. Die Arbeitsnachweise verwandeln sich aus Organen, die die Verteilung der Erwerbslosen zur Aufgabe hatten, in Organe zur Heranbildung neuer qualifizierter Arbeiterkaders für die wachsende sozialistische Industrie. Unser Bild zeigt eine der Abteilungen der Werkstättenlehrkurse des Moskauer Arbeitsnachweises.

---

## Die Stimme der Millionen

### Gegen die konterrevolutionären Schädlinge

**Die Nachricht von der Aufdeckung der Verschwörer und Schädlinge brachte Millionen Proletarier und Werktätige der Sowjetunion in Bewegung. In allen Industriezentren von Leningrad bis Sibirien und Ural, auf den Kollektivwirtschaften und den Sowjetgütern, in den Truppenteilen der Roten Armee und auf den Kriegsschiffen, in den Elementar- und Hochschulen, überall werden tausende Versammlungen einberufen, in denen die Anklageakte in Sachen der konterrevolutionären Industriepartei erörtert werden.**

Die Redaktionen der Zentralorgane sowie der ungezählten Provinzzeitungen der Sowjetunion werden mit ihren Kommentaren zu den zahlreichen Resolutionen und Zuschriften aus den Reihen der Arbeiter, Bauern und Kollektivwirtschaftsbauern nicht fertig. Aber auch die anderen Schichten der Bevölkerung, die **Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker**, Pädagogen, Künstler, die Mannschaften der Roten Flotte und die Rotarmisten haben zahllose Resolutionen angenommen, die die Zeitungen nicht alle abdrucken können.

Diese Stimme der Millionen ist an die leninistische Partei, an ihren stählernen Führer, das Zentralkomitee der KPSU. gerichtet. Die Massen erklären einmütig, daß die Intrigen des internationalen Imperialismus und die Aktionen seiner Schädlingsagentur den festen Willen des täglich an den Maschinen und Traktoren, auf den Bauten und in den Eisenbahnwerkstätten, in den Kohlenschächten und an den Hochöfen für das Stoßtempo zur Durchführung des sozialistischen Fünfjahrplans in vier Jahren kämpfenden Proletariats nicht brechen werden. Kein Nachlassen des eingeschlagenen Tempos, kein Abweichen von den Beschlüssen des XVI. Parteitages oder von der Generallinie, kein Beiseiteschieben.

In den Betrieben entstehen immer **neue und neue Stoßbrigaden**, es werden neue Wettbewerbsverträge geschlossen, es beginnen neue Zeichnungen für die Staatsanleihe des Fünfjahrplanes in vier Jahren. Es werden Lustschiffe gebaut. Die Kumpels des Donezbeckens sagen dreitägige und zehntägige **Sturmangriffe auf die Kohlenschichten** an. Es ist unmöglich, alle Formen der Aktivität und Initiative der Arbeiterschaft aufzuzählen, die durch die Alarmnachricht über die Entdeckung der Schädlingsorganisationen angeregt wurden. Die Zahl der **Kollektivwirtschaften** nimmt zu, und tausende neue Einzelwirtschaften schließen sich ihnen an, in die Getreidesammelpunkte strömen rote Wagenkolonnen mit dem außerplanmäßig gelieferten Getreide der Kollektivwirtschaften wie der Einzelbauern unter den Losungen der Ergebenheit für den sozialistischen Aufbau, unter Flüchen gegen die Spionenbanden und unter dem Gelöbnis, die Sowjetunion mit ihrem Leben zu verteidigen, falls die Imperialisten es wagen sollten, sie anzugreifen.

Diese Proteste in den Versammlungen der Millionenmassen sind eine **drohende Demonstration** der kampfbereiten Kräfte. Dies ist die **wahre Stimme** der Millionen Proletarier und Werktätigen der Sowjetunion. Sie werden es nicht gestatten, daß man ihre schöpferische, friedliche Arbeit antastet, aber wenn es sein muß, werden sie mit dem gleichen Eifer, mit dem sie jetzt die riesengroßen Industriewerke und das sozialistische Dorf aufbauen, die Interventionisten angreifen und ihnen die Luft zur Restauration des Kapitalismus im Lande der Oktoberrevolution nehmen.

---

**Geheimnisvolles Massensterben im belgischen Maastal**

# Giftgase morden 60 Menschen

### Experimentiert man im belgischen Festungsgebiet mit neuen Giftgasen?

**Brüssel, 6. Dezember. In acht verschiedenen Dörfern des belgischen Maastales hat sich eine Katastrophe zugetragen, die bisher 60 Menschenleben gefordert hat und über deren wahre Ursachen man nach offiziellen Verlautbarungen zur Stunde vollkommen im Dunkeln tappt. Durch giftige Nebel, dessen Natur und Ursprung völlig ungeklärt ist, sind bis jetzt in den verschiedenen Dörfern rund 60 Personen getötet worden. Man befürchtet jedoch, daß diese Todeszahlen noch unvollständig sind, da sie auf polizeilichen Angaben beruhen. Die Krankheitssymptome sind Schmerzen in der Brust und ein heftiger trockener Husten. Im Laufe des Sonnabends breiteten sich die mörderischen Giftgase auch auf die nördlichen Provinzen Frankreichs aus.**

### Todeskampf der entsetzten Bevölkerung

Der rätselhafte Giftgasnebel erstreckte sich bis weit in die Vororte von Lüttich hinein. Ueberall bemächtigte sich in den Dörfern und kleinen Städten der Bevölkerung Panikstimmung. Kaum wagen sich die Menschen aus ihren Häusern.

Die Lage der Todesdörfer

Mit allen möglichen Hilfsmitteln versuchen sie Türen und Fenster gegen das Eindringen der Giftgase abzudichten. Sogar in Belgiens Hauptstadt, in Brüssel, trifft man Vorbereitungen, um sich gegen das mörderische Gas zu schützen.

### Das große Rätselraten um den geheimnisvollen Massenmord

Ganz Belgien steht unter dem Eindruck dieser ungeklärten Katastrophe und diskutiert leidenschaftlich deren wahre Ursache. Ueberall werden Aerzte und sonstige Wissenschaftler befragt, die aber ebenfalls nur mit den Achseln zucken. Die belgischen Nationalisten, deren Skrupellosigkeit in bezug auf Völkerverhetzung nicht den deutschen Patrioten nachsteht, faseln vom „deutschen Giftgas", das vom Weltkrieg her in dieser Gegend vergraben und nun erst die Luft verpestet. Von offizieller belgischer Seite dagegen will man der Welt Glauben machen, daß die Ursachen bereits aufgeklärt sind, und zwar soll der ungewöhnlich dichte Nebel ganz besonders auf bereits Herz-, Lungen- und Kehlkopfkranke gewirkt haben. „Das Geheimnis des Massensterbens wäre damit vollkommen gelöst. Es hätte zwar eine ungewöhnlich große Zahl an Todesfällen gegeben, die aber alle auf ganz natürlichen Ursachen beruhen." Soweit das Beruhigungsgerede der belgischen Regierungskommission für Hygiene. Aber seltsam, nach Meldungen aus allen Dörfern stirbt jedoch

**auch das Vieh auf den Feldern unter den gleichen rätselhaften Umständen**

und straft somit allem Beruhigungsgerede Lügen. Drittens neigt man zu der Annahme, daß der tatsächlich ungewöhnlich dichte Nebel der letzten Tage von Giftgasen durchtränkt war, deren Herkunft aus der Gegend von Lüttich zu suchen ist, wo sich viele Kohlengruben, Eisen- und Zinkwerke sowie chemische Fabriken befinden. Man folgert nun, daß die giftigen Abgase chemischer Fabriken, anstatt wie bei klarem Wetter in die Luft abzuziehen, durch den Nebel zu Boden gedrückt worden sind und Personen, die herz-, lungen- und kehlkopfkrank waren, einfach erstickten.

### Unsere Ansicht

Alle diese Erklärungen sind, so scheint es uns, vollkommen ungenügend. Chemische Fabriken mit starkem Gasabzug durch die Luft gibt es schon seit Jahrzehnten, und noch nie hat man davon gehört, daß Menschen dadurch umgekommen sind. Daher sind wir der festen Meinung, daß im Lütticher Festungsgebiet sich Geheimlaboratorien befinden, durch deren chemischen Experimente ein neues Giftgas zu erfinden, wie im Falle der Hamburger Phosgen-Explosion das Massensterben verursacht wurde.

---

### Es wird wieder warm

Nach den Berichten der Wetterpropheten soll die in den letzten Tagen über Deutschland lagernde kühle Witterung bereits heute wärmeren Luftmassen weichen. Die Temperaturen in Berlin sind bereits gestern wieder einige Grad über Null gestiegen. Die Erwärmung soll in den nächsten Tagen fortschreiten. Mit Niederschlägen ist nicht zu rechnen. Für heute lautet die Prognose wärmer, trübe und verhältnismäßig trocken

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301208-14/fragment/page=0012

# Klassenkampf

**Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg**

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Berkenfeldstr. 14. Fernruf: 21045 (Red.); 21047 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Berkenfeldstr. 14.

**Einzelpreis 15 Pf.** | **Halle, Montag, 8. Dezember 1930** | **10. Jahrgang • Nr. 287**


## Der Reichstag hat beschlossen:

# Deutschland ist eine faschistische Republik

## Die rechten und „linken" Sozialfaschisten haben für die faschistische Brüning-Diktatur gestimmt — Die Deutsche Volkspartei fordert weiteren Ausbau des Diktaturapparates unter Einbeziehung Hitlers Allein die KPD. ruft das werktätige Volk zum revolutionären Befreiungskampf!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 7. Dezember.

In der gestrigen Reichstagssitzung sprachen für die kommunistische Fraktion die Genossen Schumann, Putz und Torgler.

Nach längeren Debatten kam man in den Abendstunden endlich zu den Abstimmungen. Zuerst wurde über den Antrag auf Aufhebung der Notverordnung abgestimmt, wobei der kommunistische Antrag mit anderen Anträgen gleicher Art verbunden wurde. Die Abstimmung war namentlich. 253 Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen, der Nazis, der Wirtschaftspartei und der Landvolkpartei stimmten für Aufhebung der Notverordnung, während die SPD. und die übrigen Parteien sich mit 293 Stimmen für die Beibehaltung der Diktaturverordnung entschieden.

Vor der Abstimmung der Mißtrauensanträge gab es eine kleine Katzbalgerei über den „Vertrauensantrag" der Nazis, der schließlich mit 298 gegen 233 Stimmen bei 22 Enthaltungen als unzulässig erklärt wurde.

Die Mißtrauensanträge wurden gemeinsam gegen 256 Stimmen und einer Enthaltung mit 291 Stimmen abgelehnt, wobei wieder die SPD. der faschistischen Diktatur ihr Vertrauensvotum ausstellte.

Auch der kommunistische Antrag zur Aufhebung der Juli-Notverordnung wurde mit 235 gegen 307 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt.

*

(Eig. Drahtmeldg.) Magdeburg, 8. Dezember.

Der kürzlich gewählte Vorsitzende der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, hielt auf einem außerordentlichen Parteitag des Wahlkreises Magdeburg-Anhalt eine Aufsehen erregende Rede, in der er ankündigte, daß die Volkspartei der Brüning-Regierung ihre Gefolgschaft verweigere, wenn sie es versäume, „die wertvollen Kräfte in der nationalsozialistischen Bewegung", gegen die man sich zwar wegen ihres unklaren Programms wehren müssen, in den Aufbau des Staates mit einzuspannen. Dingeldey wandte sich gegen das Verhalten der preußischen Polizei gegenüber den Nationalsozialisten und gegen die Politik des Reichsinnenministers Wirth gegenüber Thüringen. Zum Schluß forderte Dingeldey die Beseitigung der parlamentarischen Regierungsform unter weiterer Stärkung der Macht des Reichspräsidenten, die Beseitigung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts und schließlich die Schaffung einer ersten Kammer.

*

Was sich im Laufe dieser Woche vollzogen und in den Abstimmungen des Sonnabend bekundet hat, ist nicht mehr und nicht weniger als die

**Sanktionierung der errichteten faschistischen Diktatur durch den Reichstag, der politische Selbstmord der Weimarer „Demokratie".**

Das „Berliner Tageblatt" vom Sonnabend charakterisiert die gegenwärtige Verfassung Deutschlands folgendermaßen:

„Dem Reichstag fiel in diesen Tagen keine imponierende Rolle zu. Als der überragende Faktor, der von den Gegnern der Verfassung oft als schrankenloser Parlamentarismus angegeißelt worden ist, hat er vorläufig ausgespielt. Er ist zur Funktion eines Kontrollorgans herabgedrückt, zu einer Art zweiten Kammer, in deren Händen nicht mehr die Gestaltung der Reichsgesetze und Reichspolitik liegt, sondern nur die Befugnis, ja oder nein zu sagen, ein Vetorecht, dessen Ausübung noch weiter dadurch eingeschränkt ist, daß das Parlament in seiner heutigen Zusammensetzung zur Bildung einer andern Mehrheit gar nicht in der Lage ist."

Die Funktion eines „Kontrollorganes" hat das Parlament auch — im Italien Mussolinis — es hat noch selten eine Diktatur gegeben, die es nicht zweckmäßig fand, sich der „Bestätigung" durch irgendeine Art von „Kundgebung des Volkswillens" zu unterwerfen. Darum bleibt Diktatur doch Diktatur. Dem „Vorwärts" von gestern blieb es vorbehalten, diesen nackten Tatbestand zu beschönigen durch die Erklärung, daß sich

**„die Staatsmacht von dem durch das Volk gewählten Reichstag dem ebenfalls vom Volke gewählten Reichspräsidenten verschoben hat."**

Das sind so ziemlich wörtlich die Formulierungen Luis Napoleons des „Dritten" für seinen Staatsstreich, den Marx „18. Brumaire" genügend gekennzeichnet hat. Der SPD. blieb es vorbehalten, den Satz „Mehr Macht dem Reichspräsidenten", die alte Parole der Reaktion, als „demokratisches" Prinzip darzustellen.

**Wenn die SPD. behauptet, durch ihre Sonnabend-Abstimmung die Demokratie gerettet zu haben, so stehen die Dinge vielmehr umgekehrt so, daß sie, um einen Anteil an der Ausübung der faschistischen Diktaturgewalt zu erhalten, die Verwandlung der bürgerlichen „Demokratie" in die offene faschistische Diktatur sanktionierte.**

Wenn „Vorwärts" und „Volksblatt" in ihrer letzten Nummer behaupten, daß durch die „Duldung" des „minderdemokratischen" Brüning die „völlige Beseitigung der Demokratie" verhindert worden sei, wenn sie darauf hinweisen, daß es in Deutschland ja noch Vereins- und Versammlungsfreiheit, öffentliche parlamentarische Diskussionen und dergleichen gäbe — (wobei der „Vorwärts" noch die Ungeschämtheit hat, die systematische Niederknüppe-

wurden, und die nun den Betrug erkennen müssen, dem sie zum Opfer gefallen sind:

**Der Faschismus ist da! Wer auf der Seite der SPD. steht, steht auf Seiten des Faschismus. Der Faschismus ist die Ausbeuterherrschaft. Wer den Faschismus stürzen will, muß unter Führung der Kommunistischen Partei, um den Sturz der Ausbeuterherrschaft kämpfen!**

## Nur die KPD. kämpft gegen die Hunger-Diktatur!

### Entschließung:

**Die Belegschaft der Engelhardt-Brauerei nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Terror-Urteilen gegen die kommunistischen Kommunalfunktionäre. Insbesondere solidarisiert sie sich mit ihrem gemaßregelten Arbeiterratsmitglied und Stadtrat Otto Stauch.**

**Die Belegschaft erkennt, daß einzig und allein die kommunistischen Kommunalfunktionäre trotz Terrorurteile die Interessen der Werktätigen vertreten und wird ihren Teil dazu beitragen, daß die Aufforderung der Kommunalfunktionäre zum Steuerstreik in die Tat umgesetzt wird.**

## Volksrevolution gegen faschistische Diktatur!

Halle, 8. Dezember.

Mit dem Dienstag der vorigen Woche, an dem die neuen Diktaturverordnungen der Hindenburg-Brüning erlassen wurden, und mit dem Sonnabend, an dem der Reichstag unter Führung der Sozialfaschisten sie sanktionierte, ist die politische Entwicklung Deutschlands an einem Wendepunkt angelangt.

**Die Weimarer Demokratie ist tot, die faschistische Diktatur ist Wirklichkeit geworden.**

Die faschistische Diktatur ist mit dem vorgestrigen Tage noch nicht vollendet — aber das war sie auch in Italien nicht an dem Tage, wo Mussolini in den Formen der hergebrachten Verfassung vom König zum Ministerpräsidenten ernannt wurde. Und auch Hitler wollte ja in den Formen der Weimarer Verfassung die Macht übernehmen. Die faschistische Diktatur entwickelt sich durch die eiserne Logik der Tatsachen, durch die Tatsache, daß sie dem arbeitenden Volk kein Brot geben kann, daß ihr demagogischer

## Erklärung der KPD.-Fraktion

### zur Abstimmung über die Diktatur

**Die Abstimmung über die Artikel-48-Gesetze der Volksausplünderung dient lediglich der Verschleierung der faschistischen Diktatur. Im Programm der Brüning-Regierung sind alle wesentlichen Forderungen des Finanzkapitals zur Ausplünderung und Unterdrückung des arbeitenden Volkes enthalten. Durch diese faschistische Diktatur will das Finanzkapital seine Herrschaft retten, den Verfaulungsprozeß der kapitalistischen Gesellschaft aufhalten. Die Zustimmung der großen Koalition von den Nazis bis zu den Sozialdemokraten im Reichsrat zeigt die Rolle dieser Parteien als Stützen des Finanzkapitals. Wenn die Vertreter der Nazis die Aufhebung der Notverordnung verlangen, so bedeutet das angesichts der Zustimmung ihrer Vertreter im Reichsrat nur ein demagogisches Manöver. Die Erklärung der Sozialdemokratie zeigt dem gesamten arbeitenden Volke, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zu einem Instrument der faschistischen Diktatur geworden ist.**

**Für das arbeitende Volk, für die Millionen Arbeiter, Arbeiterinnen, Jungarbeiter, Angestellte, Kleingewerbetreibende und schaffenden Bauern, bedeutet die faschistische Diktatur den Weg zur Hungerkatastrophe. Für das arbeitende Volk gibt es nur einen Ausweg:**

**Das ist der Sturz der faschistischen Diktatur, das ist die Organisierung der Volksrevolution gegen die drohende Hungerkatastrophe, das ist der siegreiche Kampf um ein Sowjet-Deutschland.**

**Die Kommunistische Partei ruft die werktätigen Massen auf, die Einheitsfront zum Kampf gegen die faschistische Diktatur zu bilden, überall**

**Aktionsausschüsse zum Kampf gegen die faschistische Diktatur zu wählen und zum politischen Massenstreik im Kampfe gegen den Faschismus zu rüsten.**

## Das Urteil im Moskauer Sabotage-Prozeß

(Eig. Drahtmeldg.) Moskau, 8. Dezember.

**Der Oberste Gerichtshof der Sowjetunion hat nach 36stündiger Beratung am Sonntagabend das Urteil gegen die weißgardistischen Verschwörer und Saboteure gefällt. Die Angeklagten Ramsin, Laritschew, Kalinikow, Tscharnowski, Fjedotow wurden zum Tode durch Erschießen verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig.**


Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301208-14/fragment/page=0013